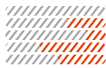


Was blüht dem Dorf?

Demokratieentwicklung
auf dem Land

BUNDESVERBAND
MOBILE
BERATUNG



INHALT

04 **Vorworte**

ESSAY

10 **„Sie fühlen es nur nicht“**

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE EINORDNUNG

16 **„Soziale Orte“ – Basis einer Politik des Zusammenhalts**

30 **Unausweichliche Schrumpfung?**

40 **Inklusion von Migrant*innen wird gemacht**

46 **„Widerstand ist zwecklos, Sie werden assimiliert werden“**

ERFAHRUNGEN AUS DER PRAXIS

54 **„Den Wert eines Dorfladens kann man nicht in Mark und Pfennig ermessen“**

60 **„Für Nazis geschlossene Ortschaft“**

64 **„Es ist wichtig, dass es einfach einen Ort gibt, um Gemeinschaft zu pflegen“**

70 **Politische Bildung auf dem Land – selten war sie wertvoller als heute!**

76 **„Partizipation ist Grundlage einer gelungenen Integration“**

80 **Das Ostritzer Friedensfest**

88 **Was ist eigentlich Mobile Beratung?**

PERSPEKTIVEN UND FORDERUNGEN

92 **„Rettet das Dorf!“**

100 **„Integration bedeutet, dass beide Seiten einen Schritt aufeinander zu machen“**

106 **Zivilgesellschaft im Dorf stärken**

112 **Leseempfehlungen**

114 **Mobile Beratungsteams im Bundesverband Mobile Beratung**

118 **Impressum**

Erklärung zur Gender-Schreibweise in dieser Publikation

Die Herausgeber*innen verwenden in den Fließtexten das Gender-Sternchen, da sie das Ziel verfolgen, möglichst alle geschlechtlichen Identitäten abzubilden und eine inklusive Sprache anstreben.

Für die Interviews wurde meist die Schreibweise sowohl des weiblichen als auch des männlichen Geschlechtes gewählt. Auch wenn sich in dieser Schreibform das binäre Geschlechtersystem reproduziert, entspricht sie am ehesten den aktuellen Sprachgewohnheiten.

Vorwort der Bundeszentrale für politische Bildung

Ländliche Räume – der Plural ist angesichts der Verschiedenartigkeit und der unterschiedlichen Ausgestaltung der Regionen notwendig – werden oft als Gegenpol von Urbanität und Ballungszentrum wahrgenommen. Und je nach Blickwinkel ist der Begriff positiv oder negativ besetzt.

Geht man von bestimmten Indikatoren aus wie Einwohnerdichte, Infrastruktur, Wirtschaftskraft, Freizeitangebote, Sozial- und Altersstruktur bis hin zu den Lebenschancen der Bevölkerung, sind deutliche Unterschiede zwischen Stadt und Land erkennbar.

In der Wissenschaft ist das Verhältnis zwischen beiden Gegenstand zahlreicher Untersuchungen. Vielfach wird ein Auseinanderdriften der Lebensverhältnisse und damit verbunden der politischen Präferenzen und Kulturen in Stadt und Land festgestellt. Inwiefern diese Analysen zutreffen und inwiefern die politische Polarisierung entlang der Linie Stadt/Land festgemacht werden kann, ist noch offen und muss weiter diskutiert werden. Um diese Fragen verlässlich

beantworten zu können, ist eine systematische Analyse der sehr heterogenen ländlichen Räume dringend notwendig.

Insbesondere die Fragestellung nach der Demokratieentwicklung in ländlichen Räumen und ihren spezifischen Ausgangslagen und Anforderungen wird bisher in den Fachdebatten kaum berührt. So war es das Ziel der Konferenz, die der Bundesverband Mobile Beratung e. V. und die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) mit Akteurinnen und Akteuren aus Kommunalpolitik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Bildungsarbeit und Kultur im November 2018 in Göttingen veranstalteten, eben diese Herausforderungen zu diskutieren. Neben der Analyse der demokratiegefährdenden Tendenzen ging es darum, Lösungs-



Foto: unsplash/Nigel Tadyanehondo

möglichkeiten zur Stärkung der Demokratie durch erhöhte Partizipation vorzustellen, die in der Praxis bereits existieren.

Mangelndes Wissen über und mangelnde Kontakte zu andere(n) Kulturen rufen Ängste hervor, die durch Aufklärung über die eigentlichen Sachverhalte und durch Beteiligung an der Lösung der Probleme beseitigt werden – und sogar eine positive Wendung nehmen können. Dies zeigte sich in den vergangenen Jahren an vielen Orten bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Hier ist die Arbeit der politischen Bildung stark gefragt.

Der ländliche Raum in seiner Vielfalt – von der Uckermark bis zum Bayerischen Wald, von Friesland bis zur Sächsischen Schweiz – ist gekennzeichnet durch viele Chancen und

Möglichkeiten, gleichzeitig aber auch durch gravierende Veränderungen und Herausforderungen. In den meist peripheren Landstrichen stehen Häuser leer, Schulen werden geschlossen, Arbeitsplätze fehlen, die Abwanderung der Jungen führt zu „Überalterung“. Was bleibt, ist das Gefühl, vergessen zu werden, „abgehängt“ zu sein. Da ist es nicht verwunderlich, wenn auch das Vertrauen in die Politik und die demokratische Repräsentanz schwindet. Diese Entwicklung öffnet Freiräume für populistische und extreme Tendenzen und führt zu einer zunehmenden Emotionalisierung von Politik, Medien und Gesellschaft, zu neuen oftmals verstörenden Formen des sozialen und kommunikativen Miteinanders.

Schrumpfende Dörfer und Regionen werden auch künftig zu unserem Land ge-



Foto: Flickr/Bert Kaufmann | CC-BY-NC

Raum zu fördern. Gleichzeitig sollen Weiterbildung und Vernetzung der Teilnehmenden mit Regionalkonferenzen und weiteren Schulungsangeboten unterstützt werden.

Bereits seit 2010 werden mit dem Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (ZdT) Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus in ländlichen und strukturschwachen Gegenden gefördert. Unter anderem werden Vereine und Verbände dabei unterstützt, demokratische Verbandsstrukturen zu etablieren und diskriminierende und demokratiefeindliche Vorfälle im Verband zu bearbeiten. Auch über zahlreiche Print- und Onlineprodukte widmet sich die BpB seit langem der Thematik „ländlicher Raum“.

hören. Erst allmählich entsteht in Politik und Gesellschaft ein Bewusstsein dafür, welche Folgen es hat, wenn die sozial Mobilien fortgehen, die Daseinsvorsorge vernachlässigt wird und Bindungen wegbrechen. Um den ländlichen Raum zu gestalten, bedarf es Bereitschaft zu Innovation, Bereitschaft, die Potenziale zu erkennen und sie kreativ und attraktiv für die dort lebenden Menschen und für das Gemeinwesen zu nutzen.

Politische Bildung kann bei der Erneuerung und Belebung der ländlichen Räume helfen. Sie kann die kreative und dynamische politische Kultur von ländlichen Räumen durch gezielte, auf die Menschen und

die jeweiligen Lebenskontexte abgestimmte Maßnahmen dauerhaft stärken. Dabei geht es darum, jene zu erreichen, die bislang nicht von klassischer Bildung im Sinne von Demokratiebildung erreicht wurden. Politische Bildung muss hier neu denken und vor allem auf Kommunikation und Zuhören setzen. Politische Bildung muss sich bewegen und verstärkt aufsuchende Bildungsarbeit in ländlichen Regionen anregen, Bedarfe ermitteln und ihr eigenes Innovationspotenzial unter Beweis stellen. Das sind die Voraussetzungen, um die „abgehängten“ und „abwärtsdriftenden“ ländlichen Regionen überhaupt zu begreifen, ihre Probleme zu erkennen und mit gezielten Bildungsmaß-

nahmen wie Selbstorganisation, Stärkung der Handlungskompetenzen, Erlernen von Gesprächskultur und Partizipation dabei zu helfen, Chancen und Perspektiven für sich und die Gemeinschaft zu erkennen und diese zu realisieren.

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat die Aktivitäten zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum deutlich verstärkt, unter anderem über das im Herbst 2018 gestartete Kompetenz- und Qualifizierungsprogramm „Miteinander Reden“. Ziel dieses mehrjährigen Programms ist es, Projekte zur Stärkung der Gesprächskultur und zur Kooperation von Kommunen im ländlichen

Die BpB hat die Initiative des Bundesverbandes für Mobile Beratung zu der gemeinsamen Konferenz „Was blüht dem Dorf? Konferenz mit Impulsen zur Demokratiestärkung“ sehr begrüßt. Diese Publikation fasst Ergebnisse und Erfahrungen aus der Fachkonferenz zusammen und soll die „Chancen und Herausforderungen von ländlich geprägten Regionen in ein neues Licht rücken“ (Thomas Krüger). Der Handlungsbedarf ist klar, die Bemühungen müssen fortgesetzt und stärker sichtbar werden.

Hanne Wurzel

Leiterin des Fachbereichs „Extremismus“ der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)

Vorwort

des Bundesverbandes Mobile Beratung

Warum befasst sich ein Bundesverband Mobile Beratung mit Fragen der Demokratieentwicklung auf dem Land? Die Antwort hängt eng mit seiner Historie zusammen.

Die ersten Mobilen Beratungsteams entstanden 1992 zunächst in Brandenburg. Sie wurden durch engagierte zivilgesellschaftliche Träger aufgebaut und hatten von Anfang an nicht nur das Ziel, rechtsextremistischen Einstellungen und Aktivitäten entgegenzuwirken, sondern ein positives Leitbild zu vertreten, also Demokratie und Menschenrechte zu stärken. Durch verschiedene Programme der Bundesregierung wurde die Mobile Beratung ausgebaut und weiterentwickelt, erst in den ostdeutschen Bundesländern und ab 2007 dann auch flächendeckend im Westen Deutschlands.

Unser Ansatz verhindert nicht, dass es Rassist*innen oder Neonazis gibt – sondern er stärkt die Demokrat*innen. Er berät und unterstützt Engagierte, die vor Ort Demokratie entwickeln, ausbauen und für sie eintreten wollen. Damit ist der Fokus Mobiler Beratung klar gesetzt: auf die rund 80 Prozent der Bevölkerung in Deutschland, denen Demokratie am Herzen liegt. Sie stehen – ebenso wie die Mobile Beratung – durch die Entwicklung der vergangenen Jahre vor neuen Herausforderungen: Rechtspopulismus breitet sich aus. Verschiedene Akteure

der extremen Rechten versuchen einen breiten Schulterchluss, von (pseudo) intellektuellen Kräften über rassistische und islamfeindliche Bürger*innen bis hin zu offen gewalttätigen Neonazi-Strukturen. Die teils gewalttätigen Demonstrationen im August und September 2018 in Chemnitz haben diese Zusammenarbeit erstmalig einer breiteren Öffentlichkeit vor Augen geführt.

In unserer mittlerweile 25-jährigen Geschichte hat sich gezeigt, dass die Beratung auf dem Lande ein Hauptarbeitsfeld ist und dass sie sich stark von der Arbeit in städtischen Kontexten unterscheidet. Die alle bewegende und alles überwölbende Frage lautet: „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ Stets geht es um Demokratiebildung, aktive Beteiligung an Dorf- und Regionalgestaltung, den Umgang mit Minderheiten und die Wertschätzung unseres Gesellschaftsvertrages, unserer Verfassung. Diesen Themen und Herausforderungen stellt sich die Mobile Beratung in ihrer Arbeit¹ – gemeinsam mit den Menschen vor Ort, die für Demokratie und Menschenrechte eintreten, ganz konkret in ihrem Dorf, in ihrer Stadt. Mobile Beratung denkt diese speziellen Herausforderungen unter regionalen, strukturellen und soziokulturellen Gegebenheiten genauso mit wie die Haltung zu den Grundwerten unserer Gesellschaft, die Beratungsnehmer*innen oft als missachtet oder ver-

letzt sehen und daran gemeinsam mit Kommunalpolitik, Veralterung, regionaler Wirtschaft, Kirchen, Sportverbänden, Sozialeinrichtungen, Bürgerinitiativen und Vereinen arbeiten wollen.

Der Bundesverband Mobile Beratung hat deshalb im Herbst 2018 mit der Tagung „Was blüht dem Dorf? Impulse zur Demokratiestärkung auf dem Land“ zahlreiche Menschen aus Theorie und Praxis eingeladen, mit uns gemeinsam über die Demokratiestärkung auf dem Land zu beraten. Der Kongress brachte in einzigartiger Weise Menschen zusammen – jenseits vom oft dominierenden Denken in Verwaltungsstrukturen, Förderlogiken oder politischen Präferenzen. Sie verband einzig der Wunsch sich auszutauschen, neue Impulse zu bekommen und zu erfahren, wie Demokratieentwicklung auf dem Land gelingen kann. Die Impulse der Konferenz wurden in der vorliegenden Publikation fachlich reflektiert, mit gelungenen Beispielen unterlegt und zu einer Darstellung der Profession der Mobilen Beratung auf dem Lande verdichtet.

Zunächst ordnet der Band aus wissenschaftlicher Sicht die speziellen Herausforderungen ländlicher Regionen ein. Demographischer Wandel und Infrastrukturentwicklung sind genauso Themen wie die soziokulturelle Dimension von Wachstum und Schrumpfung auf dem Lande. Nicht nur die Zuwanderung nach Deutschland wird betrachtet, sondern ebenso die innerdeutsche Migration.

Im zweiten Abschnitt finden sich gelungene Beispiele aus der Praxis. Hier geht es ganz konkret etwa um den Mehrwert von Dorfläden für eine Gemeinde und um politische Bildung in ländlichen

Regionen, um Chancen durch Migration und um mutige, engagierte Kommunalpolitiker*innen.

Der dritte Teil der Publikation behandelt Perspektiven der Demokratieförderung in ländlichen Regionen – also das, was für eine positive Entwicklung notwendig ist. Dazu gehört die politisch-planerische und sozial-topografische Sicht genauso wie die migrantische und postmigrantische Perspektive. Last but not least schließt die Publikation mit einem Blick auf die Mobile Beratung selbst, die mit all diesen Engagierten und Gruppen und in vielfältigen Problemlagen arbeitet.

Wenn Mobile Beratung gelingt, wenn irgendwo Demokratie und Menschenrechte gestärkt werden, dann gehört dieser Erfolg nie den Berater*innen, sondern immer den Menschen vor Ort. Deshalb bin ich ganz besonders froh, dass sowohl die Konferenz wie auch diese Publikation Kommunalpolitiker*innen, Vereine und Bündnisse, politischen Bildner*innen, Menschen aus Bildungsarbeit, aus Behörden und Verwaltungen, aus Kirchengemeinden, Sport, von den Landeskordinierungsstellen, Migrant*innenorganisationen und Wissenschaft versammelt hat. Ihre vielfältigen Perspektiven geben kaleidoskopartig Antwort(en) auf die Frage „Was blüht dem Dorf?“

Ich wünsche Ihnen spannende Erkenntnisse und neue Impulse. Über Ihr Feedback freuen wir uns.

Grit Hanneforth

Sprecherin im Bundesverband Mobile Beratung.

1. Was genau ist Mobile Beratung? Und was kann man von ihr erwarten? Siehe dazu S. 88 und <http://www.bundesverband-mobile-beratung.de>



„Sie fühlen es nur nicht“

Die Schriftstellerin Manja Präkels hat ein Buch geschrieben über ihre Jugend in der ostdeutschen Provinz kurz vor und nach der Wiedervereinigung. „Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß“ wurde mit mehreren Preisen ausgezeichnet. In den vergangenen Monaten war sie damit auf Lesereise – und erfuhr dabei einiges über demokratische Kultur auf dem Land.

Von Manja Präkels

Erühling in der Lausitz. Ich fahre durch leere Landschaften, durchquere typische Straßendörfer. Die Häuser ducken sich aneinander, mit Sicherheitsabstand zur Straße. Damit niemand hineinschauen kann.

Kein Mensch zu sehen. Verandas, Gärten und Hollywoodschaukeln wurden, geschützt vor zufälligen Begegnungen, zu den zartgrünen Feldern hin ausgerichtet. Ein blonder Junge, der plötzlich am Straßenrand auftaucht, führt einen massigen, schwarzen Hund spazieren. Er trägt ein T-Shirt der Band Landser, die in Neonazikreisen kultisch verehrt wird, und blinzelt friedlich in die Sonne.

Ich bin unterwegs auf einer kleinen Lesetour durch Brandenburg. Noch am selben Abend begegne ich einer jungen Aktivistin, sie organisiert mit Freunden Gegendemonstrationen zu Nazi-Aufmä-

rschen und ist sichtlich nervös. „Die Polizei war bei uns zu Hause.“ Die Beamten hätten sie gewarnt: Dein Name steht auf einer Liste. Halte dich zurück. Wir observieren euer Wohnhaus.

Erst wenige Wochen zuvor war ich im sächsischen Wurzen einem Mitglied des Stadtrats begegnet, der regelmäßig die Radmutter seines Autos überprüft, seit Unbekannte sie lose geschraubt hatten. Auch er ist dafür bekannt, dass er für eine offene Gesellschaft eintritt, für Vielfalt und Toleranz. An einem anderen Abend, in dem nach Amadeu Antonio, einem der ersten Opfer rechtsextremer Gewalt nach 1990, benannten Veranstaltungshaus in Eberswalde, berichtete mir ein Student von seiner Abiturfeier im fränkischen Vogtland. Die endete damit, dass ein Pulk von Neonazis das Wirtshaus, in dem sie feierten, umzingelte, um die Herausgabe des einzigen nicht-weißen Schülers zu fordern. Lynchstimmung.



Foto: Flickr/herr.g | CC BY-SA

Menschen in Ausnahmezuständen? Das war einmal. In den ersten Jahren nach dem Mauerfall. Inzwischen haben sich Bedrohungslagen wie diese an zahlreichen Orten als Normalität etabliert – nicht nur im Osten. Im Schutze entlegenerer, ländlicher Räume konnten Rechtsextreme in den vergangenen Jahrzehnten als Konzertveranstalter, Besitzer von Gasthäusern und Bauernhöfen, Betreiber von Sicherheitsdiensten und Sportklubs Strukturen schaffen, die nachhaltig wirken.

Der Preis der Freiheit? Ist oftmals das Verdrängen dessen, was war

Ich bin selbst in so einer Gegend aufgewachsen. Ab vom Schuss, wie man bei uns sagt. Dabei ist Berlin nur eine Fahrstunde entfernt. Meine Jugendweihe, das Einschwören auf Staatstreue und DDR-Sozialismus, fiel ins selbe Jahr wie die Maueröffnung. Später war ich eine der wenigen aus meinem Abiturjahrgang, die nicht sofort gen Berlin, gen Westen aufbrach. Wurde Zeugin des großen Umbruchs der Neunzigerjahre. Zeugin auch

einer Welle rassistischer und fremdenfeindlicher Gewalt, die nicht selten Träume von Neubeginn und Aufbruch in Alpträume von Angst und Gewalt verwandelte.

Ich hatte großes Glück bei der Arbeitssuche. Die neue, westdeutsche Lokalzeitungschefin stellte mich ohne Referenzen ein. Aus purer Sympathie. Zu meinen ersten Aufgaben als Journalistin gehörte es, sämtliche Jugend- und Kultureinrichtungen im Landkreis aufzusuchen. Das war nicht leicht und oftmals traurig. Viele der Jugendzimmer, Kinos und Klubs waren von Schließung bedroht oder existierten bereits nicht mehr. An manchen Orten kämpften Schülerinnen, Auszubildende, Sozialarbeiter und zivilgesellschaftlich Engagierte enthusiastisch um den Erhalt ihrer Räume, um Gelder und Betriebsstellen. Die meisten verloren. Rieben sich auf.

Im Zuge massiver Kündigungswellen, die Menschen aus landwirtschaftlichen Betrie-

ben genauso betrafen wie die Angestellten, Arbeiter und Ingenieure der Industriewerke, blieb vielen nichts anderes übrig als fortzuziehen. Das hält bis heute an. Inzwischen sind die Jahrgänge unserer Eltern im Rentenalter, folgen Kindern und Enkeln gen Westen. Selbst die Friedhöfe werden leerer.

Aus dem jeweiligen persönlichen Durchkommen durch diese Zeit und Fortkommen aus den Provinzen erklären sich heute die so unterschiedlichen Bewertungen jener Jahre – Gewinn für die einen, soziale Katastrophe für die anderen. Der Preis der Freiheit? Ist oftmals das Verdrängen dessen, was war. Das Leugnen der Herkunft. Das Vergessen. Bei einer Lesung in Kiel begegne ich einer Mecklenburgerin, aufgewachsen in Waren an der Müritz. Sie hört sich mit großem Interesse Auszüge aus meinem Buch an, das die Auswirkungen des Systemzusammenbruchs auf das Leben von Teenagern in der ostdeutschen Provinz beschreibt. „Komisch“, sagt sie dann. „Ich bin ja dieselbe Generation, aber ich kann mich an nichts erinnern.“ Der Strom der Ereignisse, Veränderungen, Lern- und Anpassungsprozesse haben ihr Gedächtnis verschluckt. Ein Spezifikum ostdeutscher Erfahrung nach 1989. Auch Erinnerungslücken nachzurecherchieren wird schwieriger. Meine alte Lokalredaktion gibt es nicht mehr. Das Zeitungssterben hinterlässt eine unbestellte Öffentlichkeit. Archive werden aus Kostengründen nicht digitalisiert. Papierne Fundgruben, Zeugnisse des Gestern, die in Kellern zu Staub zerfallen.

Die Zukunftsforscher sind hier draußen kaum einen Witz wert

Städter sehnen sich oft danach; wer es aber hat, will fliehen oder muss fort – das Landleben kann Paradies und Hölle sein. Die grundlegenden Lebensbedingungen haben sich in

“**Städter sehnen sich oft danach; wer es aber hat, will fliehen oder muss fort – das Landleben kann Paradies und Hölle sein.**

den vergangenen dreißig Jahren stark verändert. Im Osten früher und drastischer als im Westen. Doch trotz regionaler Spezifik der Problemlagen gibt es auch Parallelen. Infrastruktur wird hier wie dort weggespart. Wer auf dem Land lebt, braucht ein Auto, wer keins hat, hat Pech. Schon deshalb sind chronisch Kranke und ältere Menschen nicht nur vom Ärztemangel besonders hart betroffen. Fahrende Händler beleben einmal wöchentlich verwaiste Dorfplätze. Rollende Bibliotheksbusse und in Turnhallen improvisierte Kinos entstehen aus Eigeninitiativen. Die Zukunftsforscher, die in der Großstadt über „Smart City“-Konzepten brüten, sind hier draußen kaum einen Witz wert. Und allzu oft wird die Langeweile unausgefüllter Tage und Nächte betäubt – mit Drogen, Kampfsport, Hassgesängen, mit der Jagd. Waren die in meinem Roman beschriebenen Gewaltausbrüche der frühen Neunziger noch hauptsächlich von Saufgelagen angetrieben, fluten seit einigen Jahren neue Stoffe die Kinder- und Jugendzimmer. In Erfurt, Dresden und Chemnitz landet so viel Crystal Meth im Abwasser wie nirgends sonst in Europa. In den Dörfern drumherum gibt es solche Messungen nicht. Die Crystal Meth-Küchen in den Wäldern grenznaher Gebiete werden oft von ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeitern betrieben. Im weiteren Verteilungskreislauf sind Nazi- und Drogenmilieu kaum voneinander zu trennen. Nach einem Einsatz beim traditionellen Baublütenfest in Werder/Havel wandte sich die diensthabende Notärztin im vergan-

genen Jahr an die Öffentlichkeit: „Das war Krieg.“ Innerhalb von sieben Stunden habe sie mehr als hundert Patienten versorgt. Die Hälfte minderjährig. Ein Drittel komatös. „Ich kam mir vor wie im Lazarett.“

Im fränkischen Bad Berneck, nur einen Steinwurf von der ehemaligen innerdeutschen Grenze entfernt, erklärt eine einheimische ZuhörerIn im Anschluss an meine Lesung: „Die Ostdeutschen dachten doch, die kriegen jetzt ein Haus, ein Auto. Alles. Das war so, wie es heute mit den Flüchtlingen ist.“ Ihre Freundin ergänzt: „Die da drüben sind eben rückständiger.“ Auch andere Gäste reagieren vorwurfsvoll auf meine Ausführungen zu ostdeutschen Lebenswirklichkeiten: „Neue Straßen, sanierte Innenstädte. Was wollt ihr denn noch? Seid doch stolz!“ Ansichten aus einer heruntergekommenen Kneipe im menschenleeren Kurort, der – so munkelt man später – aufgrund starker Einbrüche der Touristenzahlen seinen Status zu verlieren droht.

Groß ist das Unwissen übereinander hüben wie drüben. Ein eklatanter Mangel an Feingefühl begegnet mir auf einer Podiumsdiskussion im Thüringischen, als ein westdeutscher Landespolitiker dem sichtlich entsetzten Publikum erklärt: „Es geht Ihnen besser, Sie fühlen es nur nicht.“

Doch manchmal weicht die Friedhofsruhe leerer Dorfplätze dem lebendigen Austausch

Am Rande eines Kunstfestivals in der Uckermark berichtet mir ein zugezogenes Ehepaar aus Hamburg, dass die Grundstückspreise der bei Sommerfrischlern und Landflüchtlern immer beliebteren Gegend derart in die Höhe geschossen seien, dass den Einheimischen häufig nichts anderes mehr übrig blei-

be, als zu verkaufen: Geschwister könnten einander im Erbfall einfach nicht mehr auszahlen. „Letztes Weihnachten waren wir die Einzigen im Dorf. Außer uns wohnt hier keiner mehr ganzjährig.“ Dafür grasen nun Lamas auf der Wiese hinterm Hof. Im Sommer steigen Heißluftballons in den Himmel, von wo aus man die Sattelschweine, Pferde, Hirsche, Wisente und Dromedare in ihren Gehegen betrachten kann. In Mecklenburg-Vorpommern bilden entlaufene Emus inzwischen eine eigene Population. Anderswo – wie in Bad Berneck – schürt der Zuzug großstadtmüder Galeristen, Musiker, Keramiker und Maler noch Hoffnung auf neue Impulse. Der Künstlermensch als ein weiterer, Zukunft verheißender Exot.

Im winzigen Dorf Jamel bei Wismar, das von Neonazis gezielt als „nationalsozialistisches Musterdorf“ besiedelt wird, trat Mitte August vergangenen Jahres Herbert Grönemeyer als Stargast bei „Jamel rockt den Förster“ auf. Einem Festival, das 2007 aus Gegenwehr gegründet wurde. Nur drei Wochen nach seinem Auftritt verpachtete der SPD-geführte Gemeinderat die zentrale Freifläche von Jamel für wenig Geld an ein Mitglied der rechtsextremen Szene vor Ort. Der parteilose Bürgermeister rechtfertigte die Maßnahme später: „Wir leben jeden Tag mit diesen Leuten und müssen uns mit ihnen irgendwie auseinandersetzen.“ Auf der betreffenden Wiese werden im Juni wieder Neonazis eine „Sonnenwendfeier“ veranstalten. Mit Hüpfburg und Kremserfahrten im Kinderprogramm. Sie nennen es Zukunft. Und frieren Zeit und Menschen darin ein.

Die vielbeschworene und -diskutierte Willkommenskultur der vergangenen fünf Jahre dagegen hat in besonders stark von Überalterung und Wegzug betroffenen Ge-



Foto: libreshot/Martin Vorel

meinden Hoffnung geschürt und teilweise auch eingelöst. Wenn die Schließung des örtlichen Kindergartens durch den Zuzug einer afghanischen Familie abgewendet werden kann, stehen Türen und Herzen den Neankömmlingen prompt offen. Bei der Pflege von Häusern und Gärten entstehen Solidaritätsgemeinschaften von Geflüchteten und Rentnern. Hauptsache, die Bäckerei muss nicht schließen, weil plötzlich doch noch ein Lehrling gefunden wird, ganz egal woher. Doch es drohen Abschiebungen. Unverhältnismäßig hohe Hürden im Umgang mit Behörden.

Eine junge, sächsische Grundschullehrerin berichtete mir unter Tränen von „ihren“ Kindern einer dritten Klasse, die miterleben mussten, wie eine Mitschülerin aus dem Klassenzimmer geführt wurde. Das Mädchen, dem die neuen Freundinnen und Freunde so neugierig wie enthusiastisch dabei geholfen hatten, Deutsch zu lernen, verschwand für immer aus ihrer aller Leben. „Wie soll man so was Neunjährigen erklä-

ren?“ Deren Hilfsbereitschaft werde so noch im Nachhinein verächtlich gemacht. Dabei verweisen die Erfahrungen der vergangenen drei Jahrzehnte auf einen klaren Trend: Wo auch immer breite Bündnisse zwischen Verwaltungen, zivilgesellschaftlichen Akteuren, Einheimischen und Zugezogenen entstanden und in konkreten Auseinandersetzungen gewachsen sind – sei es gegen rechtsradikale Konzertveranstalter oder für den Erhalt von Schulen, Geschäften, Kleinbetrieben und Kulturorten –, weicht die Friedhofsruhe leerer Dorfplätze dem lebendigen Austausch über Ortsgrenzen und Zäune hinweg.

Manja Präkels, geboren 1974 in Zehdenick/Mark, ist Musikerin, Sängerin und Autorin. Von 1993 bis 1997 arbeitete sie als Lokaljournalistin für die Märkische Allgemeine Zeitung, studierte danach in Berlin Philosophie, Soziologie und Osteuropäische Geschichte. Präkels erhielt zahlreiche Stipendien und Auszeichnungen, für ihren zuletzt erschienenen Roman „Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß“ (Verbrecher Verlag 2017) unter anderem den Anna-Seghers-Preis und den Deutschen Jugendliteraturpreis.

„Soziale Orte“ – Basis einer Politik des Zusammenhalts

Wie steht es um die Demokratie in ländlichen Räumen? Und was kann man tun, um bürgerschaftliches Engagement zu stärken? Erste Ergebnisse eines Forschungsprojekts.

Von Claudia Neu

Unlängst hat die bekannte deutsche Schriftstellerin Juli Zeh viel Kritik einstecken müssen. In einem Interview mit der *Basler Zeitung* vom 21. Januar 2019 sprach sie von einer weiterhin bestehenden Kluft zwischen Stadt und Land, zunehmender „Offenherzigkeit beim Äußern von Fremdenfeindlichkeit um den Faktor 10.000“ sowie von „noch ein paar Jahrzehnte[n] Rückstand in der Entwicklung bestimmter Werte“ im ländlichen Raum Ostdeutschlands.

Zugleich betonte Juli Zeh, die selbst seit zehn Jahren im Havelland lebt, sie wolle aber auch die guten Seiten des Landlebens sehen: „Auf dem Dorf weiß man noch, was Hilfsbereitschaft und Loyalität bedeuten. Die Bindungen zwischen den Menschen sind stark, dafür interessiert man sich nicht so sehr für den Staat und seine Politik.“

Man hätte es ahnen können. Ist doch auch ihr Roman *Unterleuten* (2016) gespickt mit Klischees von fehlgeleiteten Städtern, die aufs Land ziehen, um ihren Traum vom guten Leben zu verwirklichen – und daran scheitern. Zugleich bleibt das Landleben in ihrem Interview wie im Roman ein Ort der Ewiggestrigen, der Tumben und Kleingeistigen, ein Hort der alltäglichen Gewalt. Juli Zeh wird es wahrscheinlich besser wissen, gleichwohl bedient sie freimütig den offenbar nicht zu überwindenden Antagonismus zwischen ländlicher Rückständigkeit und urbaner Moderne, zwischen kalter Großstadt und heimeligem Dorf, in dem Menschen mit robuster Konstitution füreinander da sind („Hier draußen sagen die Eltern noch zu ihren Kindern: ‚Hör auf zu heulen, sonst fängst Du Dir eine.‘“ – *Basler Zeitung* 2019: 8).



Das Bild von „Dörflichkeit“ als Seismograph gesellschaftlicher Entwicklung

Juli Zeh ist nur eine der vielen Schriftstellerinnen, Journalisten und Intellektuellen, die sich seit geraumer Zeit dem Thema Landleben widmen. Die Palette reicht von den sogenannten Heuballenheften (*Landlust & Co.*), über Landkrimis und Romane bis hin zu soziologischen Lebensberichten aus der französischen Provinz (Louis 2015). Nell/Weiland (2018: 24) stellen zu dieser neuen Welle literarischer Bearbeitung des Dörflichen fest: „Die kulturelle Erfindung des Dörflichen markiert den Beginn einer Faszinationsgeschichte, die offensichtlich selbst dann noch weitererzählt werden kann, wenn bereits allseitig das Verschwinden des Dorfes konstatiert und mitunter auch betrauert wird: Die Topoi und Narrative des Dörflichen erweisen sich im kulturell Imaginären als erstaunlich konstant und flexibel zugleich; [...] Dabei ist davon auszugehen, dass es das Dörfliche (ebenso wie das Ländliche) in seinen jeweiligen idealtypischen Ausformungen, wie sie sich in Literatur, Malerei oder Film als Gegenentwürfe zu den Bildern und Erfahrungen einer u.a. von Industrie, Verstädterung und sozialer Verdichtung geprägten Moderne finden lassen, in den historischen Zusammenhängen der zurückliegenden Jahrhunderte nie gegeben hat.“

Sicherlich bedienen Heuballenhefte und andere Lifestyle-Magazine die Sehnsucht gestresster Städter nach Ursprünglichkeit, Naturnähe und vermeintlicher Gemeinschaft (Neu 2016, 2018). Dementsprechend werden die „unschönen“ Seiten des Landlebens hier bewusst ausgespart. Dennoch griffe es zu kurz, den neuen Landtrend nur als Freizeitspaß für Hausfrauen, Krimifreunde

und Hobbygärtnerinnen abzutun. Vielmehr spiegeln sich in diesen Be- und Verarbeitungen die ökonomischen, demographischen und sozialen Veränderungen der letzten Jahrzehnte wider, die insbesondere auch in entlegenen ländlichen Räumen ihren Niederschlag finden. Das imaginierte Dorf ist der überschaubare Mikrokosmos, der als Wunsch- oder Zerrbild, Resonanzboden und Austragungsort gesellschaftlicher Verhältnisse dient, und der individualistische Orientierungsmuster und kapitalistische Handlungspraxen reflektiert wie kritisiert.

„Sicherlich bedienen Heuballenhefte und andere Lifestyle-Magazine die Sehnsucht gestresster Städter nach Ursprünglichkeit, Naturnähe und vermeintlicher Gemeinschaft.“

Erinnert sei in diesem Zusammenhang nochmals an „Unterleuten“, aber auch an Saša Stanišićs Roman *Vor dem Fest* (2014), der den Niedergang, aber auch das Beharrungsvermögen eines brandenburgischen Dorfes thematisiert. Oder an Édouard Louis (2015), der in seinem Roman *Das Ende von Eddy* sein Aufwachsen als schwuler Junge in der nordfranzösischen Provinz verarbeitet.

Allerdings wird das Ineinandergreifen von politischer Haltung und dem Niedergang peripherer ländlicher Räume nirgends deutlicher als bei Rechtspopulist*innen und völkischen Siedler*innenbewegungen und den sie „begleitenden“ Zeitschriften, Publizisten und Aktivisten, die sich im Sinne einer ‚Landnahme‘ um die Erschließung bzw.

„Es sind vor allem periphere ländliche Räume, die besonders von Abwanderung und Alterung betroffen sind.“

Wiederaneignung inzwischen brachliegender Landschaften, aufgegebener Höfe und bevölkerungsarmer Dörfer kümmern und an einer erneuten ideologischen Besetzung ländlicher Räume arbeiten“ (Nell/Weiland 2018: 39).

Polarisierung dörflicher Lebenswelten

Welche gesellschaftlichen und politischen Realitäten sind es nun, die so auflagenstark bearbeitet werden?

Juli Zeh beschreibt in dem Interview mit der *Basler Zeitung* die Veränderung in ihrem dörflichen Lebensumfeld so: „Als ich herzog, gab es noch nicht mal Internet. Da ist was passiert. Aber gleichzeitig wird sehenden Auges zugelassen, wie Infrastruktur sich in Nichts auflöst. Kein Wunder, dass sich die Leute von der Politik abwenden, wenn die letzte Regionalbahn gestrichen wird, der letzte Arzt die Praxis verlässt und die letzte Apotheke schließt. [...] Es kann doch nicht sein, dass in einem der reichsten Länder der Erde auf dem Land keine Schulbusse fahren.“

Auch wenn bisher die Schulbusse im ländlichen Raum noch fahren, so haben demographischer Wandel, unbewältigter Strukturwandel, Engpässe in den öffentlichen Haushalten und infolgedessen der Rückzug des Staates aus der Fläche (aber auch aus ganzen Stadtvierteln in den Metropolen) zu Investitionsrückständen, Verfall und Lücken in der daseinsvorsorgenden Infrastruktur geführt. Gleichwohl ist Zehs

Beschreibung unschwer als typisch für den abgelegenen ländlichen Raum (Ostdeutschlands) zu erkennen. Denn die Entwicklungen verlaufen keineswegs eindeutig entlang der Stadt-Land-Achse: So sind nicht die ländlichen Räume benachteiligt und die Städte bevorzugt. Ländliche Räume im Speckgürtel prosperierender Städte, ja sogar entlegene ländliche Räume im Schwarzwald boomen. Demgegenüber leiden auch Städte wie Dinslaken, Duisburg und Anklam unter unbewältigtem Struktur- und demographischem Wandel. Es sind vor allem periphere ländlichen Räume, die besonders von Abwanderung und Alterung betroffen sind. Je näher an der Agglomeration gelegen, desto besser stehen die Entwicklungschancen für den Ort – so zumindest der erwartbare Verlauf. Wengleich es überall disperse räumliche Entwicklungen, also Wachsen und Schrumpfen nebeneinander gibt – auch in den entlegensten ländlichen Regionen (BBSR 2012, 2017; Albrech/Fink/Tiemann 2015).

Immer deutlicher ist in den vergangenen Jahren jedoch geworden, dass nicht allein objektive Faktoren wie Arbeitsplatz, wirtschaftliche Sicherheit oder Bildung bestimmen, wie Menschen ihre Lebensverhältnisse subjektiv empfinden. Objektiv betrachtet ist Deutschland eine Insel der Glückseligen inmitten eines Meers von Jugendarbeitslosigkeit, Korruption und Flüchtlingscamps. Vielmehr ist es das „Gefühl der Welt“ (Heinz Bude 2016), das Gefühl von Eingebunden- oder eben von Abgehängtsein, das den Blick auf die Realität bestimmt. So entsteht die

paradoxe Situation, dass eine Mehrheit der Deutschen ihre persönliche Situation als hervorragend bezeichnet, aber dem Land schlechte Noten ausstellt – „mir geht es gut, aber Deutschland geht es schlecht“ (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband 2018). Dass auf der einen Seite händeringend Arbeitskräfte gesucht werden, auf der anderen Seite aber Zuwanderer angefeindet werden und Flüchtlingsheime brennen.

Verlust sozialer Orte

Oft sind die Infrastrukturlücken eben nicht nur Lichtungen, die Raum für Neues, Innovatives, Kreatives lassen, sondern sie sind Nutzungsbrachen, die Platz für das Engagement der Populisten und Rechtsextremen lassen (Kersten/Neu/Vogel 2013). Das alles ist nicht neu, aber politisch ist dies lange einfach ignoriert worden. Was nicht sein soll, kann nicht sein.

“ Oft sind die Infrastrukturlücken eben nicht nur Lichtungen, die Raum für Neues, Innovatives, Kreatives lassen, sondern sie sind Nutzungsbrachen.

Das hat auch zu einem (förder-)politischen „Weiter so!“ geführt. Jedenfalls haben die in der Vergangenheit praktizierten politischen und rechtlichen Ausgleichsinstrumente wie Länderfinanzausgleich, Solidaritätspakt und EU-Strukturfonds ebenso wenig eine Trendumkehr bewirkt wie die unübersehbare Zahl an Modellprojekten. Vielmehr haben sich die Versuche, regionale Krisen mittels eines flexibilisierten Zentrale-Orte-Konzepts¹ zu bewältigen, in vielen Schrumpfungsbereichen längst als überholt

erwiesen. Das raumplanerische Zentrale-Orte-Konzept, das die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Waren, Arbeitsplätzen sowie öffentlichen und privaten Dienstleistungen sicherstellen soll, konnte weder den infrastrukturellen Rückbau in Schrumpfungsbereichen hinreichend abfedern noch die infrastrukturelle und soziale Segregation städtischer Quartiere in Wachstumsregionen mildern. Vielmehr verloren Dörfer und Quartiere ihre soziale Mitte, ihren Ankerpunkt für Öffentlichkeit und Begegnung (Kersten/Neu/Vogel 2012, 2013).

Infrastrukturen und Engagement

Diese Entwicklung beeinflusst direkt das bürgerschaftliche Engagement – auch wenn es erst mal nicht so wirken mag. Auf den ersten Blick nämlich scheint sich das lieb-gewonnene Bild des unermüdlich aktiven Dorfbewohners, der nimmermüden Land-frau empirisch zu bestätigen: Die Durchschnittswerte, die im Rahmen des Freiwilligen-Survey 2014 (BMFSFJ 2016: 24ff) erhoben wurden, ergeben im städtischen Raum einen Anteil von 42,7 Prozent freiwillig Engagierter und auf dem Land einen Wert von 45,5 Prozent (gesamt 43,6 %).

Ein genauerer Blick aber ergibt ein differenziertes Bild: Die Unterschiede zwischen dünn besiedelten Räumen und kleinen bzw. mittleren Städten mit deren Umland sind gering, hier bewegen sich die Anteile von ehrenamtlich Engagierten zwischen 45 und 46 Prozent. Demgegenüber ist die Zahl in größeren und großen Städten mit 39 Prozent deutlich niedriger. Zudem zeigen sich deutliche Ost-West-Unterschiede: Vor allem im Westen weisen die ländlichen Räume ein hohes Engagement auf – dies lässt sich in Ostdeutschland (mit Ausnahme von

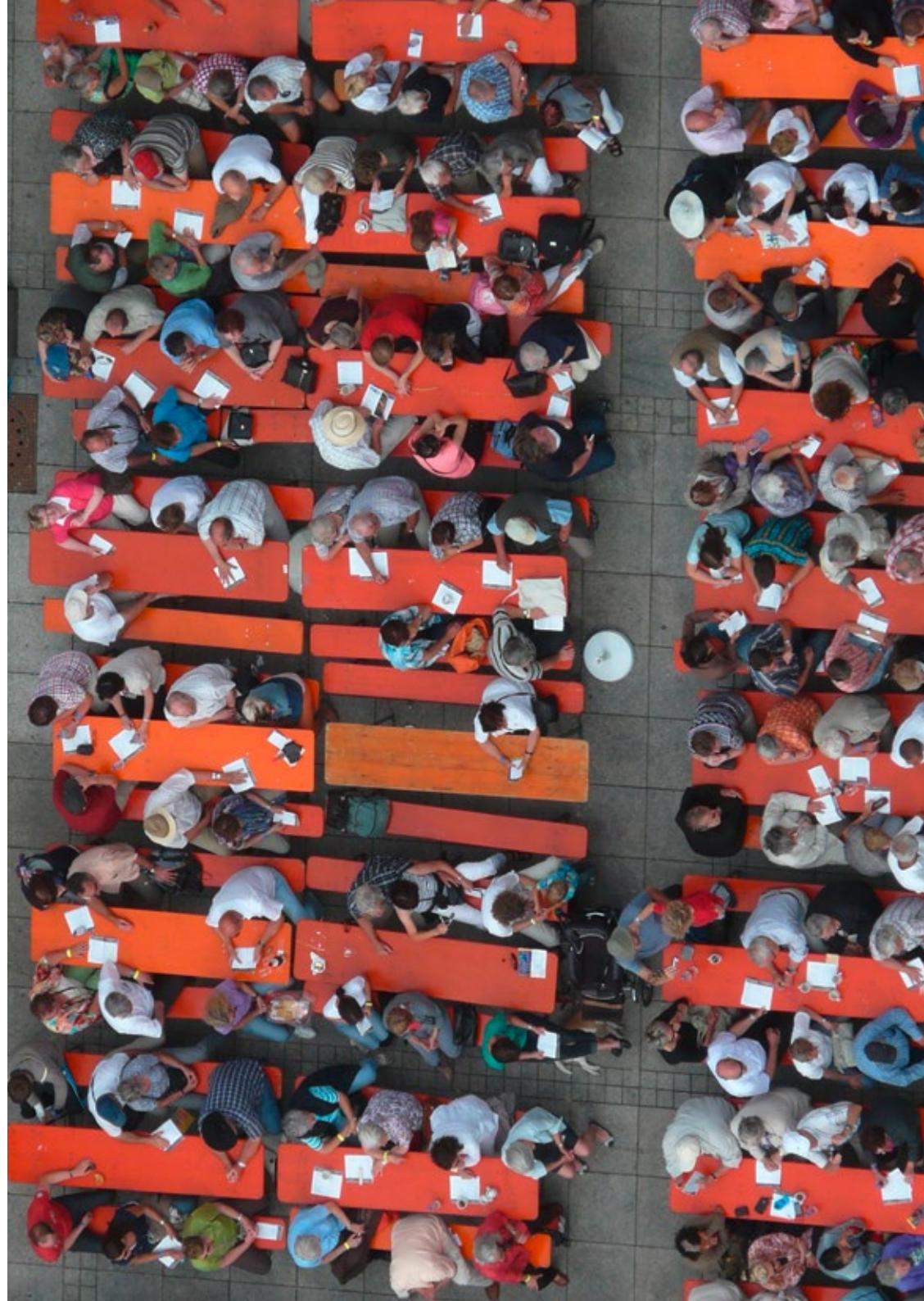




Foto: Flickr/herr.g | CC BY-SA

Mecklenburg-Vorpommern) nicht beobachten. Zwar trägt Hamburg die „rote Laterne“ (36 Prozent), und auch Berlin (37,2 Prozent) liegt weit hinten – aber neben diesen Großstädten stehen die Ost-Bundesländer Sachsen-Anhalt (37,1 %), Sachsen (38,3 %), Brandenburg (38,75 %) und Thüringen (39,3 %) weit abgeschlagen hinter den Engagement-Spitzenreitern im Südwesten Deutschlands. Dort gaben nahezu die Hälfte der Befragten an, bürgerschaftlich aktiv zu sein (Rheinland-Pfalz 48,3 Prozent, Baden-Württemberg 48,2 Prozent).

Es zeigt sich also, dass bürgerschaftliches Engagement vor allem dort blüht, wo Arbeitsplätze und Infrastruktur vorhanden sind, junge und gut ausgebildete Menschen leben. Demgegenüber spitzt sich die Lage in

etlichen entlegenen ländlichen Räumen zu: Arbeit weg, Infrastruktur weg, junge Leute weg, Engagement weg. Für junge Menschen bedeutet Aufwachsen im ländlichen Raum (Ostdeutschlands) eben oft nicht ein Leben in einem ländlichen Idyll, sondern ein Leben nahezu ohne freizeitkulturelle Angebote und nicht selten nur noch rechtsextremen Freizeit- und Sinnangeboten (Hafeneger 2006).

Wie weiter? Die Idee der „Third Places“

Die Empfehlungen zur Entwicklung ländlicher Räume und zur Bekämpfung rechtsextremer Auswüchse im ländlichen Raum sind vielfach benannt (ohne bisher wirklich Erfolge verzeichnen zu können):

- Daseinsvorsorge sichern, flexible Angebote unterbreiten,
- Rahmenbedingungen für Engagement verbessern, Jugendarbeit stärken,
- Frauen als Schlüsselpersonen ländlicher Entwicklung sehen,
- Vernetzung, (interkommunale) Zusammenarbeit,
- ressortübergreifendes Denken stärken.

Zudem wird seit einigen Jahren verstärkt das Fehlen öffentlicher Orte hervorgehoben. Die Evangelische Akademie Mecklenburg-Vorpommern forderte bereits 2013 in ihrem Projektbericht „Integrative Zusammenarbeit“: „Es braucht klar erkennbare und von den Menschen akzeptierte öffentliche Orte in den ländlichen Kommunen. Diese müssen als Zentren wirken; also Orte des Zusammenlebens der Verschiedenen sein. Angesichts der zunehmenden Pluralisierung müssen diese Orte von den unterschiedlichen Menschen angenommen werden.“ (Kaiser 2014: 68)

Es mangelt jedenfalls nicht an der Situationsanalyse oder lautstarken Appellen an den „aktiven Bürger“, sondern am politischen Willen zur Umsetzung der bekannten Empfehlungen. Und jetzt also auch noch öffentliche oder soziale Orte? Was können diese „sozialen Orte“ leisten? Wer „baut“ sie? Wie können sie als Zentren wirken? Wieder nur neuer Wein in alten Schläuchen? Was ist mit all den ungenutzten Dorfgemeinschaftshäusern, Kirchensälen und geschlossenen Jugendclubs? Das waren doch auch mal soziale Orte!?

Stimmt – allerdings zu einer Zeit, in der es fünf Fußballmannschaften im Ort gab, der Kirchenchor am Montag sang, sich der Frauenkreis am Dienstagnachmittag traf, die Se-

noren bei Skat und im Taubenzüchterverein zusammenkamen und die Freiwillige Feuerwehr nicht die einzige verbliebene Freizeitmöglichkeit für Kinder und Jugendliche im Dorf war. Nicht nur hat der demographische Wandel den Nachwuchs weniger werden lassen, zusätzlich haben auch lange Schultage, weite Wege und die Neuen Medien das Freizeitverhalten der Menschen verändert. Zusammenlegungen und Schließungen von Schulen, Kirchen, Banken oder Arztpraxen tun ihr Übriges, um Treffpunkte im Dorf (und im Stadtquartier) zu reduzieren. Dennoch oder gerade deshalb: Der Wunsch nach Austausch und gemeinsamer Aktivität im öffentlichen Raum bleibt bestehen.

“ Daher braucht es gerade in Zeiten veränderter Raumstrukturen und Lebensmuster, kleinerer Familien und längerer Lebenszeit soziale Orte, an denen sich Menschen wiederholt einfinden können.

Daher braucht es gerade in Zeiten veränderter Raumstrukturen und Lebensmuster, kleinerer Familien und längerer Lebenszeit soziale Orte, an denen sich Menschen wiederholt einfinden können, geplant oder spontan, sich austauschen, diskutieren, Zeit miteinander verbringen, sich kennenlernen und interagieren können. Diese Orte wurden erstmalig von dem Soziologen Ray Oldenburg 1989 in seinem Werk *The Great Good Place* begrifflich gefasst als „Third Places“. Völlig unabhängig vom „First Place“, dem Zuhause, und dem „Second Place“, dem Arbeitsplatz, sind diese „Dritten Plätze“ gemeinschaftlich nutzbarer, öffentlicher Raum.

Diese Kommunikationsorte ermöglichen verstetigte Kontakte, das Aushandeln des ortsüblichen Konsenses (in politischen, gesellschaftlichen und anderen Fragen) sowie die Entwicklung von Kooperation – alles Basiskomponenten von Zusammengehörigkeitsgefühl und sozialer Bindung, sowie elementar für die Zivilgesellschaft, das soziale Engagement und nicht zuletzt die Demokratie an sich.

Was qualifiziert die „Third Places“ als Soziale Orte? Schauen wir uns konkrete Fallbeispiele aus unserem BMBF-Projekt „Das Soziale-Orte-Konzept. Neue Infrastrukturen für sozialen Zusammenhalt“ an (Neu/Vogel: 2019):

In der ersten Phase des Projekts (2016)² wurden drei Orte in Hessen (im Landkreis Waldeck-Frankenberg) und drei Orte in Thüringen (im Landkreis Saalfeld/Rudolstadt) untersucht. Die ausgewählten Orte/ Ortsteile haben in den vergangenen Jahren, ungeachtet ihrer sehr unterschiedlichen Ausgangslage, Soziale Orte aufgebaut, den öffentlichen Raum zurückerobert und (neuen) Zusammenhalt geschaffen. Der kleine Ort Dalwigksthale (200 Einwohner) in Hessen hat beispielsweise eine Gastwirtschaft eröffnet, die als Genossenschaft geführt wird. Das hessische Löhlbach (1050 Einwohner) ist ein bürgerschaftlich sehr aktiver Ort, der viele Vereine zählt. Dennoch fehlte es an einem gemeinsamen Begegnungsort, an dem Martinsfeuer, Kaffeetrinken oder Weihnachts-singen möglich war. Erst mit der Eröffnung eines Dorfladens sowie der Sanierung des Dorfplatzes und der umgenutzten alten Schule entstand dieser öffentliche Raum wieder, der nun rege zu allen möglichen Anlässen genutzt wird. Die Diemelstädter hingegen (5000 Einwohner, ebenfalls Hessen) nahmen

die ankommenden Flüchtlinge zum Anlass, um sich zu fragen, wie sie künftig zusammenleben wollen. Sie verstehen die Integration der Flüchtlinge als Entwicklungsprozess, bei dem gemeinsame Aktivitäten und neuer Zusammenhalt für Alt- wie Neubürger geschaffen werden sollen.

In Thüringen wurde neben Saalfeld-Beulwitz und Saalfeld-Gorndorf Schwarzburg in die Studie mit einbezogen. Schwer gebeutelt von strukturellen Umbrüchen, vor allem in der Tourismusbranche, hat Schwarzburg seit vielen Jahren unter den Folgen des demographischen Wandels und dem Rückbau der Infrastruktur zu leiden. Die kleine Gemeinde mit rund 500 Einwohnern besinnt sich jedoch zunehmend auf ihr historisches

Erst mit der Eröffnung eines Dorfladens sowie der Sanierung des Dorfplatzes und der umgenutzten alten Schule entstand dieser öffentliche Raum wieder.

Erbe: das Schloss, die einmalige Sommerfrische-Architektur und seine Bedeutung für die Demokratie. Friedrich Ebert unterzeichnete im August 1919 während seines Sommerurlaubs in Schwarzburg die Weimarer Verfassung. Vielfältige Aktionen und Projekte schließen sich hier an: die Sommerfrische, Denkort Demokratie, Schwarzburger Gespräche und die Beteiligung bei der IBA Thüringen.

Als erste Projektergebnisse lassen sich festhalten:

- Soziale Orte sind Kristallisationspunkte und Kommunikationsorte, die öffentliche Räume und Güter konstituieren.
- Soziale Orte sind nicht nur ein einmaliges Projekt, sondern ein Prozess, der langfristige Entwicklungen vor Ort anstößt.
- Dies geht mit einer starken Netzwerkbildung einher, die überregionale Strahlkraft entwickelt und sich durch neue Formen der Beteiligung und des Zusammenhalts sowie Konnektivität (also die Fähigkeit, sich zu vernetzen) auszeichnet.

An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass Soziale Orte nicht per se „great good places“, also nicht automatisch großartig und toll sind. Ein solcher normati-

ver Ansatz würde übersehen, dass es gerade in entlegenen ländlichen Räumen häufig wenig demokratische Strömungen der Zivilgesellschaft sind (die sogenannte dark side of civil society), die den öffentlichen Raum besetzen, was sie – in Ermangelung anderer Akteure – ja auch nicht selten schaffen. Allerdings handelt es sich bei diesen „braunen“ Aktivitäten eben nicht um gemeinschaftlich nutzbaren öffentlichen Raum, sondern um exkludierende Angebote, die klaren völkischen oder rassistischen Regeln folgen. Bruno Hafeneeger (2006: 37) macht aus diesem Grund noch einmal deutlich, wieso es einer erhöhten Aufmerksamkeit für Engagement und Soziale Orte bedarf – besonders im Hinblick auf die umfassende Demokratiestär-

Foto: Wikipedia/Silar | CC BY-SA



kung und Rechtsextremismusprävention im ländlichen Raum:

- (Zivil-)gesellschaftliche Institutionen binden Menschen sozial, kulturell und mental ein und erkennen, nutzen und helfen im besten Fall bei der Entfaltung des eigenen (Entwicklungs-)Potenzials.
- Entscheidend ist, dass die Sozialen Orte unterschiedliche Wirklichkeiten, Erfahrungsräume und Deutungsangebote bereithalten, die miteinander in Wider- und Wettstreit treten können.
- Menschen aller Altersgruppen, aber insbesondere Jugendliche können hier kommunales Leben erfahren und gestalten.
- Letztlich bieten zivilgesellschaftliche Institutionen Anerkennung, Identität und Zugehörigkeit jenseits von prekären Lebensumständen oder (schlechten) Erfahrungen in Schule und Beruf.
- So begründen sie lokale Demokratie und schaffen soziales Bewusstsein.

“ Aber wie entstehen diese Erfahrungsräume? Was braucht es, damit sich Soziale Orte bilden und dauerhaft existieren?

Aber wie entstehen diese Erfahrungsräume? Was braucht es, damit sich Soziale Orte bilden und dauerhaft existieren? Die bisherigen Forschungsarbeiten im Projekt „Das Soziale-Orte-Konzept“ haben gezeigt, dass es vor allem vier Faktoren sind, die über „Gedeih und Verderb“ von Sozialen Orten entscheiden:

- Erstens ist es das Vorhandensein und das Vorhalten öffentlicher Infrastruktur (in der Fläche), um selbsttragende Prozesse

und eben nicht nur punktuelle Projekte zu ermöglichen.

- Zweitens bedarf es überdurchschnittlich engagierter und innovationsfähiger Akteure.
- Drittens ist eine öffentliche Verwaltung wichtig, die offen ist für partizipative Prozesse und innovative Kooperationen.
- Schließlich benötigen Soziale Orte überregionale Aufmerksamkeit und Einbindung.

Zugegeben, es scheint voraussetzungsvoll, die „Erfolgsfaktoren“ – Infrastruktur, Akteure, Verwaltung und Aufmerksamkeit – zusammenzubekommen, um einen „gelingen“ Sozialen Ort auf die Beine zu stellen. Da in unserer Untersuchung allerdings auch kleine Orte und prekäre Stadtteile vertreten sind, stimmt es doch einigermaßen hoffnungsvoll, dass nicht nur Premium-Dörfer und „Reiche-Leute-Viertel“ ihre Sozialen Orte stemmen. Unabhängig von der Größe des Ortes oder seiner wirtschaftlichen Stärke kann das Zusammenspiel von Politik/Verwaltung, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft gut funktionieren, wenn diese Akteure ihre jeweilige Rolle bewusst ausfüllen: eine Kommunalverwaltung als regulierendes, ermöglichendes Organ; private und öffentliche Unternehmen, die den Fokus mehr auf lokales Engagement im Rahmen ihrer CSR („Corporate Social Responsibility“, zu deutsch: unternehmerische Gesellschafts- oder Sozialverantwortung) legen; und eine Zivilgesellschaft, die mit ihren Vereinen und Verbänden, Nichtregierungs- und Non-Profit-Organisationen, Stiftungen, Selbsthilfegruppen und Bürgergemeinschaften den öffentlichen Raum zwischen Staat, Markt und privater Sphäre füllt.

Aus der Zivilgesellschaft stammen sehr häufig die Ideen und das Herzblut (*Ideen-*

“ Aber auch die freie Wirtschaft, Unternehmen und Handwerksbetriebe sind durchaus in der Lage und in der Pflicht, Räume oder Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

geber), die ein Projekt in Gang halten. Die Kommunalverwaltung belegt in den meisten Fällen die Position des *Raum- und/oder Ressourcengebers*, und der Bürgermeister oder Ortsvorsteher wird häufig zum agilen *Promoter*. Aber auch die freie Wirtschaft, Unternehmen und Handwerksbetriebe sind durchaus in der Lage und in der Pflicht – folgt man dem Corporate Citizenship-Ansatz –, Räume oder Ressourcen zur Verfügung zu stellen oder die Öffentlichkeitsarbeit für den neuen Sozialen Ort zu übernehmen. Denn Unternehmen profitieren von den staatlichen Infrastrukturen, Bildungs- und Sozialsystemen sowie den Sicherheitsorganen, wofür sie sich revanchieren sollten – und meist auch wollen. Hingegen wird bisher eher wenig diskutiert, welche wichtige Rolle kommunale Unternehmen und Dienstleister beim Aufbau Sozialer Orte spielen können.

Nicht zu vergessen die Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus: Sie werden in der Regel nicht gerufen, wenn alles super läuft – sie kommen oft erst, wenn es brennt. Sie sind besonders dann gefordert, wenn sich Rechtsaußen-Akteure anschicken, einen Sozialen Ort nach ihrem Geschmack aufzubauen. Unterstützung brauchen dann die demokratischen Kräfte, die sich nicht einschüchtern lassen wollen. Aber auch ohne solchen krisenhaften Anlass können Mobile Beratungsteams bereits in den Prozess der „Neugründung“ Sozialer Orte oder der Rückeroberung des öffentlichen Raums als *Katalysatoren* einbezogen werden. Denn Arbeit im öffentlichen Raum

mit diversen Beteiligten ist nie konfliktfrei, Prozessbegleitung kann hier als Demokratieförderung verstanden werden.

Das Soziale-Orte-Konzept

Ziel des geschilderten BMBF-Projektes ist nicht nur, Soziale Orte vorzustellen und zur Nachahmung zu empfehlen, sondern einen Schritt weiterzugehen: Das Soziale-Orte-Konzept (Kersten/Neu/Vogel 2017) bildet die Basis einer neuen Politik des Zusammenhalts (Kersten/Neu/Vogel 2019), die bei den Gestaltungswünschen und -möglichkeiten der Dorf- und Quartiersbewohner ansetzt.

Das Soziale-Orte-Konzept betrachtet Gemeinden – im Gegensatz zum Zentrale-Orte-Konzept – nicht rein formal, nach ihrer Funktion als Grund-, Mittel- oder Oberzentrum, sondern fokussiert auf den sozialen Zusammenhalt. Gemeinden werden hier nicht nur nach Bevölkerungs-, Arbeits-, Finanz-, Infrastruktur- und Wirtschaftsdaten bewertet, es werden daneben auch zivilgesellschaftliche Strukturen in den Blick genommen. Dies führt zu einer vollkommen neuen Einordnung: Es findet nicht nur ein Mapping von Verlust- und Gewinnregionen statt, nicht nur ein Kartografieren von Migration und demographischem Wandel – sondern es finden sich in Schrumpfsregionen durchaus resiliente Gemeinden mit der entsprechenden Selbstwirksamkeit, lebendige Gemeinschaften, die innovative Lösungen für neue Herausforderungen finden, seien es Digitalisierung oder Bewältigung



Foto: Wikipedia/Rainer Lippert

des Flüchtlingszuzugs. Umgekehrt lassen sich in Wachstumsregionen auch riskante Stadtbezirke und Orte finden.

Die neue Kartografie des sozialen Zusammenhalts soll Ressourcen und Potenziale aufzeigen. Ergänzend zu der bisher bereits existierenden Pyramide hierarchisch organisierter Zentraler Orte, die Güter und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge im Raum verteilen, soll ein Netz Sozialer Orte entstehen, das horizontal aufgebaut ist und aufgrund dieser Horizontalität und Lokalität erst Verantwortung für den Raum übernehmen kann. Die Lokalität erschwert es jedoch, eine Schablone zu entwerfen, nach der dann alle Gemeinwesen blühende Soziale Orte schaffen können. Die „Produktion“ von Sozialen Orten bedeutet, sich auf den Weg zu machen und einen langfristigen Prozess zu initiieren, der flexible Antworten auf aktuelle und künftige Herausforderungen und Bedürfnisse bereithält. So kann im Verlauf der Zeit ein Sozialer Ort aufgegeben werden und ein neuer entstehen. Was die Fragen und entsprechend die Antworten der Dörfer

und Stadtteile auf ihre jeweiligen Herausforderungen sind, hängt von den Beteiligten vor Ort ab – dies erfordert allerdings eine neue deutlich flexiblere Förderpolitik, als es sie bislang gab.

Mit Sozialen Orten für eine demokratische Alltagskultur im Dorf

Imaginierte Dörfer und ländliche Idyllen bevölkern Buchläden und Bahnhofskioske. Erscheint in den einen das Landleben als idealisierter Erholungsraum gegen die Überforderungen der städtischen Moderne, der man zumindest für ein paar ruhige Minuten mit einer Tasse selbstaufgebrühtem Tee mit Pfefferminze aus dem eigenen Gärtchen entfliehen kann, so verhandeln die neuen sehr erfolgreichen (Land-)Romane gesellschaftliche Verwerfungen wie Peripherisierung, Armut, den „Clash of Cultures“ zwischen Neubürgern und Alteingesessenen und letztlich auch die Frage nach Zusammenhalt und Gemeinschaft – wer macht mit, wer ist drin, wer draußen –, die in diesen Tagen öffentliche und politische Diskurse treibt.

Soll die (demokratische) Zukunft abgehängter Regionen in Stadt und Land jedoch nicht allein Sache der Literatur bleiben, dann gilt es Konzepte zu finden, die den Wunsch nach analoger Kommunikation und Begegnung ernstnehmen. Unser Projekt untersucht einerseits, wie Menschen diese Sozialen Orte aufbauen, was sie dafür brauchen und welche Akteure in welchen Konstellationen mitwirken. Andererseits wird in einem – noch ausstehenden – Schritt versucht werden, ein empirisch wie theoretisch fundiertes Konzept zu entwickeln, wie flexible Rahmenbedingungen zum Aufbau Sozialer Orte ausgestaltet sein müssen. So besteht die Chance, tatsächlich (ehrenamtliche) Betätigungsfelder und Erfahrungsräume zu schaffen, vielstimmiges Deutungsangebot zu sein und tragfähige demokratische Infrastrukturen des Zusammenhalts entstehen zu lassen.

Prof. Dr. Claudia Neu ist Leiterin des Fachgebiets Soziologie ländlicher Räume an der Universität Göttingen und der Universität Kassel, stellvertretende Vorsitzende des Sachverständigenrates „Ländliche Entwicklung“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft und Mitglied im Expertengremium „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Demographischer Wandel, Zivilgesellschaft sowie Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen.

1. Das Zentrale-Orte-Konzept geht auf den Geographen Walter Christaller zurück, der in den 1930-er Jahren eine Theorie zu unterschiedlicher zentralörtlicher Bedeutung von Städten entwickelte. Dieses theoretische Konzept wurde in den 1960er-Jahren weiterentwickelt und fand Eingang in die Raumplanung mit dem Ziel der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Waren, Arbeitsplätzen sowie öffentlichen und privaten Dienstleistungen. Dazu werden hierarchisch absteigend zentrale Orte verschiedener Stufen ausgewiesen: Oberzentren, Mittelzentren, Unterzentren sowie Grundzentren. Diese Zentralen Orte mit ihren Einrichtungen sollten nicht nur die Bevölkerung in der Siedlung selbst, sondern auch die Bevölkerung im Umland versorgen (Verflechtungsbereich). Für die Einwohner*innen des jeweiligen Verflechtungsbereiches soll der nächstgelegene Zentrale Ort mit zumutbarem Zeit- und Kostenaufwand erreichbar sein (Lexikon der Geographie).
2. Die erste Phase des Projekts wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert.

Literatur:

- Albrech, Joachim/Fink, Philipp/Tiemann, Heinrich 2016:** Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2015, Bonn 2015.
- Basler Zeitung:** „Wir können Mitte auch ohne Mutti“. Die deutsche Schriftstellerin Juli Zeh über Politik, Migration und die Kluft zwischen Stadt und Land, 21.1.2019, S. 8.
- BBSR (Hrsg.) 2012:** Raumordnungsbericht 2011, Bonn 2012.
- BBSR (Hrsg.) 2017:** Raumordnungsbericht 2017, Bonn 2017.
- BMFSFJ:** Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Vierten Deutschen Freiwilligensurveys, Berlin 2016.
- Bude, Heinz:** Das Gefühl der Welt, Berlin 2016.
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e. V.:** Brücken bauen: Potenziale des Sozialen. Paritätisches Jahrgutachten 2018.
- Hafeneger, Benno:** Rechte Jugend – jugendlicher Rechtsextremismus auf dem Lande, Sozialextra, 2006, S. 34-37.
- Kaiser, Klaus-Dieter (Hrsg.):** Lebendiger ländlicher Raum. Herausforderungen – Akteure – Perspektiven, Frankfurt/Main 2014.
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold:** Das Soziale-Orte-Konzept. Ein Beitrag zur Politik des sozialen Zusammenhalts, in: UPR Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis 2/2017, S. 50-56.
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold:** Demografie und Demokratie, Hamburg 2012.
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Berthold:** Lichtungen räumlicher und sozialer Strukturen, Kirche im ländlichen Raum, Heft 1/2013, Altenkirchen.
- Lexikon der Geographie:** Zentrale-Orte-Konzept, unter: <https://www.spektrum.de/lexikon/geographie/zentrale-orte-konzept/9211> (Zugriff: 8.3.2019)
- Louis, Édouard:** Das Ende von Eddy, Frankfurt/M. 2015.
- Nell, Werner/Weiland, Marc:** Zwischen Imagination, Projektion und Erfahrung: Topoi des Dörflichen und ihrer Funktion in der Gegenwart, in: ZAA 66/2/2018, S. 23-42.
- Neu, Claudia/Vogel, Berthold:** Soziale Orte. Fallbeispiele aus zwei Landkreisen in Deutschland, i.E.
- Neu, Claudia:** Akteure der neuen Dörflichkeit, in: ZAA, 66/2/2018, S. 11-22.
- Neu, Claudia:** Neue Ländlichkeit, in: APUZ, 46-47/2016, S. 4-9.
- Oldenburg, Ray:** The Great Good Places, New York 1989.
- Stanišić, Saša:** Vor dem Fest, München 2014.
- Zeh, Juli:** Unterleuten. Roman, München 2016.

Unausweichliche Schrumpfung?

Die heutige Situation vieler ländlicher Räume und ihre Probleme sind nicht naturgegeben, sondern das Ergebnis konkreter Politik. Deshalb lohnt es sich umso mehr, über Utopien nachzudenken.

Von Michael Mießner und Matthias Naumann



Die mediale und wissenschaftliche Darstellung ländlicher Räume schwankt häufig zwischen zwei Polen. Einerseits prägen „Sterbende Dörfer“, „Abwanderung“ oder „Verödung“ die Debatte um ländliche Räume in den Medien.

In der Forschung versuchen Begriffe wie „Peripherisierung“ (Keim 2006) oder „Wüstungen“ (Reichert-Schick 2013) die tiefgreifenden ökonomischen, demographischen und infrastrukturellen Probleme ländlicher Regionen zu beschreiben. Andererseits ist auch eine Wiederentdeckung (vermeintlich) ländlicher Lebensstile zu beobachten. Hierfür steht der Erfolg des Magazins *Landlust* und zahlreicher anderer Publikumszeitschriften, die ländliche Räume als idyllisches Gegenbild zu Großstädten darstellen (Baumann 2018).

Gemeinsam ist beiden Polen eine Überzeichnung ländlicher Entwicklung, die der Vielfalt und Widersprüchlichkeit von Dörfern und ländlichen Regionen nicht gerecht wird. Ländlicher Niedergang und ländliche Idyllen sind auch insofern miteinander verbunden, dass im Zuzug von großstadtmüden Mittelschichtsangehörigen eine Entwicklungsperspektive für Regionen gesehen wird, die von Abwanderung und Arbeitslosigkeit betroffen sind. Im vorliegenden Beitrag möchten wir nicht nur die stark vereinfachte Gegenüberstellung „Wüstung“ vs. „Idyll“ hinterfragen, sondern auch die häufig vorausgesetzte Zwangsläufigkeit der Schrumpfung ländlicher Räume. Damit soll ein Blick auf mögliche Zukunftsperspektiven ländlicher Räume eröffnet werden, der über die Rolle von Dörfern als Zweitwohnsitz für Großstädter*innen hinausgeht. Hierfür wird zunächst die Debatte um Alternativlosigkeit als wesentliches Element neoliberaler Politik

vorgelegt. Daran anschließend illustriert der politische Umgang mit räumlichen Ungleichheiten, wie ländliche Räume zu einer räumlichen Restkategorie gemacht wurden, in der den lokalpolitischen Akteur*innen immer weniger Handlungsmöglichkeiten verbleiben. Der letzte Teil fragt nach Möglichkeiten ländlicher Entwicklung jenseits von „alternativer“ Schrumpfung.

I. Neoliberalismus und Postpolitik: Einführung in die Politik des Sachzwangs

Die ehemalige britische Premierministerin Margaret Thatcher prägte mit dem Ausspruch „There is no alternative“ (Es gibt keine Alternative) die Debatte um die angebliche Unausweichlichkeit neoliberaler Politik – einer Politik, die als übergeordnete Ziele den uneingeschränkten Wettbewerb privater Unternehmen und eine deutlich reduzierte Rolle des Staates verfolgt. Thatchers Diktum zufolge sind Kürzungen von Sozialleistungen, der Verkauf zuvor öffentlicher Unternehmen oder auch die Beschneidung von Arbeitnehmer*innenrechten vielleicht nicht die beste, jedoch die einzige mögliche Entscheidung. Mit dem Verweis auf die Sparzwänge öffentlicher Haushalte und teils gegen großen gesellschaftlichen Widerstand wurden auf diesem Wege zahlreiche Entscheidungen durchgesetzt. Dabei wurden nicht nur die Gründe für die Krise öffentlicher Finanzen ausgeblendet, sondern auch eine Diskussion über Alternativen zu neoliberaler Politik bereits im Ansatz beendet.

Politische Philosophen wie Jacques Rancière oder Slavoj Žižek bezeichnen mit dem Begriff der „Post-Politik“ eine Situation, in der eine offene Debatte um unterschiedliche politische Möglichkeiten durch die technokratische Verwaltung von – oft nur be-

haupteten – Sachzwängen ersetzt wird (für eine Einführung zum Ansatz der Post-Politik siehe Beveridge & Richter 2018). Der Geograph Erik Swyngedouw (2013) bezieht Post-Politik bzw. Postdemokratie auf die neoliberale Umgestaltung von Städten, in denen grundlegende Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung nicht mehr hinterfragt werden und Stadtpolitik damit entpolitisiert wird. Ein Beispiel hierfür ist die Privatisierung städtischer Infrastruktur, die weltweit von Regierungen als angeblich einziger Weg zur Sanierung öffentlicher Haushalte propagiert wurde.

“ Gegenüber der Logik der Alternativlosigkeit besteht jedoch immer auch die Möglichkeit einer Repolitisierung von Politik.

Gegenüber der Logik der Alternativlosigkeit besteht jedoch immer auch die Möglichkeit einer Repolitisierung von Politik. Mit Repolitisierung ist gemeint, dass bestehende Sachzwänge in Frage gestellt und wieder Alternativen zu scheinbar unausweichlichen Entscheidungen diskutiert werden. Dies kann zum Beispiel an der Rekommunalisierung von Betrieben der Wasserversorgung, etwa in Berlin (Beveridge & Naumann 2015), nachvollzogen werden. Die „alternativlosen“ Privatisierungen in den 1990er und 2000er Jahren änderten nichts Wesentliches an der Situation der öffentlichen Haushalte, zugleich wuchs an vielen Orten die Unzufriedenheit mit den privaten Anbieter*innen, etwa weil die Preise stiegen oder notwendige Investitionen vernachlässigt wurden. In der Konsequenz entschieden sich zahlreiche Städte ab etwa

2010 dafür, Infrastrukturbetriebe wieder selbst zu übernehmen.

Der Ansatz der Post-Politik verweist also darauf, dass die angebliche Alternativlosigkeit politischer Entscheidungen und die Existenz von Sachzwängen stets kritisch hinterfragt werden sollte, wie auch darauf, dass es praktisch immer politische Alternativen gibt. Gleichzeitig verweisen Vertreter*innen der Post-Politik-Debatte darauf, dass die Politik des Sachzwangs zu einer Zunahme populistischer Bewegungen und zu einem Zerfall demokratischer Gesellschaften führen kann.

Während die Auswirkungen von Post-Politik auf Städte bereits umfangreich diskutiert wurden, steht dergleichen für die ländlichen Räume bislang aus. Dabei liegen zahlreiche Anknüpfungspunkte auf der Hand, denn gerade in diesen Regionen sind die Auswirkungen neoliberaler Kürzungspolitik besonders sichtbar – und nur selten mit Protesten konfrontiert. In Zeiten wirtschaftlicher Krisen, knapper öffentlicher Haushalte und angesichts sinkender Bevölkerungszahlen werden Infrastrukturen auf dem Land reduziert, etwa Schulen oder der öffentliche Nahverkehr. Eine ausgedünnte Infrastrukturversorgung wiederum verschlechtert die Bedingungen für Unternehmen und Bewohner*innen, was weitere Abwanderung befördern kann (Naumann & Reichert-Schick 2012).

Wenn man von solchen ‚Problemspiralen‘ spricht, sollte jedoch nicht vergessen werden, nach den tieferen Ursachen für wirtschaftliche Strukturprobleme im ländlichen Raum zu suchen und den vermeintlich alternativlosen Rückbau ländlicher Infrastrukturen in Frage zu stellen. Im Folgenden

werden die Hintergründe für die zunehmenden räumlichen Unterschiede zwischen Großstädten und ländlichen Räumen in der Bundesrepublik beleuchtet. Auch wenn regionale Disparitäten die Folge wirtschaftlicher Entwicklungen unter kapitalistischen Bedingungen sind, so fokussiert der Beitrag dennoch auf die politische Produktion von Ungleichheiten zwischen Stadt und Land. Damit soll die vermeintliche Alternativlosigkeit ländlicher Entwicklung kritisch hinterfragt werden.

II. Von gleichwertigen Lebensbedingungen zu Metropolregionen: ländliche Entwicklung als Produkt der bundesdeutschen Raumordnungspolitik

Ein Interview des damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler im Magazin Focus sorgte 2004 für kontroverse Debatten. Köhler forderte in dem Interview, bestehende Unterschiede bei den Lebensverhältnissen in der Bundesrepublik anzuerkennen und auf deren „Einebnung“ zu verzichten, um eine „Zementierung des Subventionsstaats und eine untragbare Schuldenlast für die junge Generation“ zu vermeiden. In der öffentlichen Wahrnehmung stellte er damit das im Grundgesetz garantierte Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands – ländlichen wie städtischen – in Frage. Dabei war dieses Ziel erst nach langen Auseinandersetzungen in den 1970er Jahren zum Ziel der deutschen Regional- und Raumordnungspolitik erklärt worden (Mießner 2016). Im Folgenden zeigen wir, warum die Gleichwertigkeit in der Bundesrepublik ein wichtiges Ziel darstellte und inwiefern der damit häufig verbundene Ausgleichsanspruch seit den 1990er Jahren immer weiter zurückgenommen wurde.

In der Nachkriegszeit bestand das Ziel der Raumordnungspolitik im Westen Deutschlands zunächst darin, die Versorgung der Bevölkerung in allen Landesteilen zu gewährleisten (Blotevogel 2011). Die wiedereinsetzende wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands war seit Mitte der 1950er Jahre in besonderem Maße durch industrielle Massenproduktion getragen, die sich zunächst in den Großstädten konzentrierte. Als in den 1960er Jahren die Arbeitskräfte in den Großstädten knapp wurden, begann die Raumordnungspolitik Industrieansiedlungen außerhalb der Metropolen, in ländlichen Räumen, zu fördern und so das Arbeitskräfteproblem zu lösen (Mießner 2017). Die damit verbundene räumlich ausgleichende Wirkung entsprach dem sozialstaatlichen Gedanken und dem Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik der 1960er Jahre (Brenner 1997).

Mit dem Wechsel von der CDU/CSU-FDP-Regierung zur Großen Koalition im Jahr 1966 und ab 1969 zu einer SPD-geführten Regierung wurde diese räumlich ausgleichende Politik noch verstärkt. In jener Zeit galt der „Abbau großräumiger Unterschiede“ (Bundesregierung 1974, 2) als übergeordnetes Ziel der Raumordnung. Dazu sollten die regionalpolitischen Mittel des Bundes räumlich gestreut, aber im Sinne des sogenannten Zentrale-Orte-Systems in Entwicklungszentren gebündelt werden. So wurden zwar ländliche Räume unterstützt, die finanziellen Mittel innerhalb ländlicher Regionen jedoch auf Klein- und Mittelzentren konzentriert. In dieser Zeit wurde auch der Begriff der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse erstmals im raumordnungs- und regionalpolitischen Diskurs verstärkt diskutiert. Entsprechend der regionalpolitischen Ausrichtung in den 1970er Jahren und der

damaligen Interpretation der Sozialstaatlichkeit als sozial ausgleichende Politik wurde Gleichwertigkeit als räumlich ausgleichende Politik interpretiert (Mießner 2016).

Nach der Krise bisheriger Formen industrieller Massenproduktion, die ab Mitte der 1970er Jahre in Westdeutschland begann, und mit dem Wechsel von der SPD-geführten Bundesregierung zur CDU/CSU-FDP-Regierung unter Helmut Kohl im Jahr 1982, veränderte sich auch die Raumordnungspolitik (Mießner 2017). Die Krise industrieller Massenproduktion („Fordismus“) führte zur Schließung industrieller Produktionsstätten und zu einem Abbau der Industriearbeitsplätze, insbesondere in peripheren und ländlichen Räumen (Heeg 2001). Das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland konzentrierte sich immer stärker auf die Metropolen und wenige städtische Räume. Die Disparitäten zwischen Großstädten und ländlichen Räumen nahmen also in dieser Phase aufgrund des durch die Wirtschafts-

krise veränderten Standortverhaltens der Industrie wieder zu.

Nach dem Regierungswechsel 1982 näherte sich auch die deutsche Regionalpolitik neoliberalen Paradigmen an (Brenner 1997). Angesichts knapperer finanzieller staatlicher Mittel wurde der staatliche Anspruch zur Steuerung ländlicher Entwicklung zurückgenommen. Unter dem Stichwort „endogene Entwicklung“ wurde die Verantwortung für die regionale Entwicklung auf Landkreise und Kommunen übertragen, indem argumentiert wurde, die lokale Entwicklung hänge von den jeweils vor Ort vorhandenen Entwicklungspotenzialen und deren Mobilisierung ab (Kröcher 2008). Dieser Doktrin folgend, habe die Regionalpolitik vermeintlich keine Alternativen mehr und könne die lokalen Entwicklungen lediglich unterstützen. Eine ausbleibende positive Entwicklung galt als Folge der schlechten Ausstattung der Regionen mit Entwicklungspotenzialen oder des mangelnden lokalen Engagements.

Foto: Flickr/Christian Prade | CC BY



Ländliche Räume sollten im Sinne einer endogenen Entwicklung ihre Potenziale in Wert setzen, etwa landwirtschaftliche Flächen oder Tourismus. Der Wettbewerbsnachteil, den sie gegenüber städtischen Räumen bezüglich der in Deutschland noch immer sehr bedeutenden industriellen Entwicklung hatten, wurde so zu einem Entwicklungshindernis, dem jedoch regionalpolitisch nicht mehr explizit entgegengewirkt wurde. Folglich wurden die Ungleichheiten zwischen Stadt und Land angesichts einer Politik der „Alternativlosigkeit“ zementiert. Eine politische Aushandlung alternativer Entwicklungsstrategien wurde mit dem Verweis auf das neoliberale Paradigma der endogenen Entwicklung unterbunden.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands wurden neoliberale Konzepte in der Raumordnung Anfang der 1990er Jahre für kurze Zeit durch räumlich ausgleichende Politiken abgelöst. Angesichts des neuen Ausmaßes der wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen West- und Ostdeutschland sowie der von Bundeskanzler Helmut Kohl versprochenen „blühenden Landschaften“ in den neuen Bundesländern rückte auch der raumordnungspolitische Fokus auf die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West (Mießner 2017). Als jedoch im Jahr 1993 die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands erneut stagnierte, wurde nicht nur in der Wirtschafts-, sondern auch in der Raumordnungspolitik erneut das wirtschaftliche Wachstum und die Innovationsförderung ins Zentrum der politischen Bemühungen gestellt (Müller & Sträter 2008).

Die Unterwerfung der Regionalpolitik unter den Zweck der Förderung des wirtschaftlichen Wachstums Deutsch-

lands führte in den Folgejahren nicht nur zur langfristigen Zementierung der Ost-West-Disparitäten, sondern auch zur besonderen Förderung der Großstädte und ihres Umlandes, die sogenannten „europäischen Metropolregionen“ (Mießner 2017). Metropolregionen gelten als „Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung“ (MKRO 1996, 87). Ihre Zentren vereinen Entscheidungs- und Kontrollfunktionen, Innovations- und Wettbewerbsfunktionen und sollen wichtige Knotenpunkte für die weltwirtschaftliche Integration Deutschlands sein (Adam et al.

“ Eine ausbleibende positive Entwicklung galt als Folge der schlechten Ausstattung der Regionen mit Entwicklungspotenzialen oder des mangelnden lokalen Engagements.

2005). Durch das neue vermeintlich alternative raumordnungspolitische Paradigma der Metropolregionen sollte die Zusammenarbeit von urbanen und ländlichen Räumen gestärkt und Synergieeffekte zwischen den Zentren und sie umgebenden kleineren und mittleren Städten entstehen.

Von der Konzeption her waren und sind die Metropolregionen flächendeckend angelegt. Wie Abbildung 1 zeigt, decken die definierten Metropolregionen alle Räume Deutschlands ab. Dadurch wird suggeriert, dass auch positive Effekte für ländliche Räume entstünden. Faktisch wurde mit dem Konzept der Metropolregionen jedoch eine neue regionalpolitische Ebene eingerichtet, auf der die wirtschaftliche Entwicklung

Deutschlands vorangetrieben wird, ohne dass ländliche Räume davon profitieren (Brenner 1997). Die lokale Ebene rückt zunehmend aus dem Fokus der Regionalpolitik – geschaut wurde vor allem auf die Entwicklung der jeweiligen *gesamten* Metropolregion. Und natürlich bilden sich zwischen den einzelnen Subregionen einer Metropolregion Hierarchien: Die stärkste Position innerhalb der Zusammenarbeit haben die urbanen Zentren, gefolgt von den regionalen Zentren, die schwächste Position haben ländliche Gemeinden. Wirtschaftliche Standortentscheidungen konzentrieren sich so immer stärker auf internationale ‚Leuchttürme‘, wie Frankfurt am Main, Hamburg, München oder Stuttgart, die jeweils die Zentren der Metropolregionen darstellen. Das Umland dieser Zentren ist dabei für

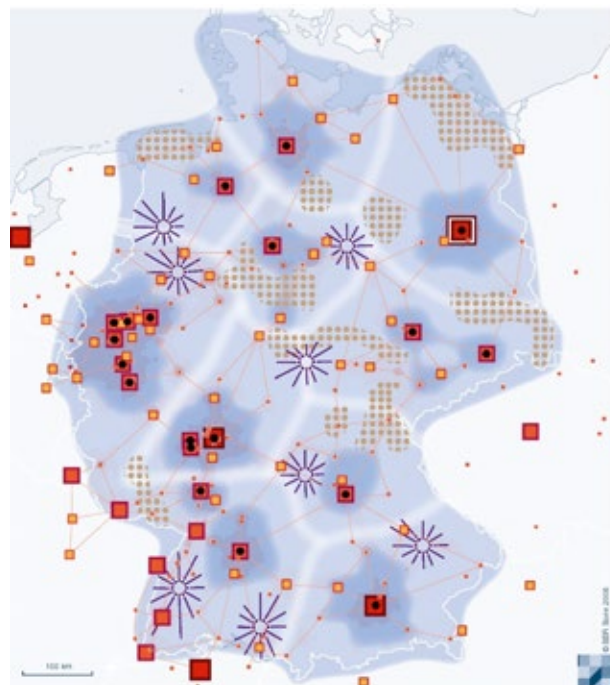
internationale Unternehmen nur selten von Bedeutung, sodass sich das wirtschaftliche Wachstum und damit einhergehende Bevölkerungszuströme auf die Zentren konzentrieren. Auf diese Weise kommt es innerhalb der Metropolregionen zu intraregionalen Konzentrationsprozessen, die ländliche Räume als stagnierende oder gar schrumpfende Regionen zurücklassen.

Im Ergebnis fokussiert sich die Regionalpolitik damit auf die urbanen Zentren, ländliche Regionen werden den Entwicklungen dieser Zentren unterworfen. Damit wird der politische Handlungsspielraum in ländlichen Orten weiter beschnitten, die dortigen lokalpolitischen Akteur*innen werden zu ohnmächtigen Empfänger*innen von Entscheidungen degradiert.

Auch während der Phase der industriellen Massenproduktion in den 1960er Jahren waren ländliche Räume regionalpolitisch lediglich insofern von Relevanz, als dass sie das Arbeitskräftereservoir stellten, mit dem das damalige Wachstumshindernis in Deutschland, die Arbeitskräfteknappeit, überwunden werden konnte. Doch heute, im Zuge veränderter kapitalistischer Wachstumsbedingungen sowie angesichts neoliberaler Umstrukturierungen der Regionalpolitik, werden ländliche Räume immer häufiger und immer stärker zu einer ‚räumlichen Restkategorie‘ gemacht, in der lokalpolitische Akteure kaum noch Handlungsmöglichkeiten besitzen. Angesichts dieser Entwicklungen ist es wichtiger denn je, über politische Alternativen für ländliche Räume nachzudenken.

III. Ausblick: Für ein Recht auf das Dorf

Die Geschichte der bundesdeutschen Raumordnung zeigt, dass die Strukturprobleme ländlicher Räume keineswegs „naturgegeben“ sind, sondern Resultat konkreter politischer Entscheidungen. Wenn die Förderung von Metropolregionen dazu tendierte, Großstädte und deren Umland zulasten ländlicher Räume zu fördern und die politischen Handlungsmöglichkeiten in ländlichen Regionen einzuschränken, drängt sich die Frage nach alternativen Entwürfen für eine Stärkung ländlicher Regionen geradezu auf. Hier kann die kritische Stadtforschung Impulse für ländliche Entwicklung jenseits von Schrumpfung und ruralen Idyllen liefern, die kurz angerissen werden sollen.



- Metropolräume**
- Kerne der Hauptstadtregion und der bestehenden europäischen Metropolregionen
 - weitere Standorte von Metropolfunktionen
 - engerer metropolitaner Verflechtungsraum
 - weiterer metropolitaner Verflechtungsraum einschließlich ländlicher Räume
 - Übergangszonen zwischen metropolitanen Verflechtungsräumen
 - Wachstumsräume außerhalb engerer metropolitaner Verflechtungsräume**
 - Stabilisierungsräume**
- Raumstruktur**
- hochverdichteter Zentralraum
 - verdichteter Zwischenraum

Die Karte veranschaulicht das Leitbild. Die Signaturen stellen jedoch keine planerischen Festlegungen dar. Quelle: MKRO 2006, S. 13

Europäische Metropolregionen



Foto: Flickr/Jochen Vogler | CC BY-NC-ND

“ ... Ansatzpunkt auch für ländliche Gemeinden, nach eigenen Wegen von Selbstverwaltung und alternativer Entwicklung zu suchen.

Erstens bietet die Forderung nach einem „Recht auf Stadt“ (Harvey 2013) vielfältige Anregungen. Das „Recht auf Stadt“ bezieht sich explizit nicht nur auf ein Recht auf die Nutzung öffentlicher Räume, auf urbane Zentralität und auf die Nutzung städtischer Infrastrukturen. Es geht vielmehr um das Recht der Bewohner*innen, über die Entwicklung ihrer Städte mitzuentcheiden und diese verändern zu können. Diese Forderungen beziehen sich also auf ein allgemeines Recht an gesellschaftlicher Teilhabe und können auch auf ländliche Räume übertragen werden. Dies würde etwa das Recht umfassen, auf dem Land wohnen zu bleiben und über dessen Gestaltung mitzuentcheiden.

Damit wäre – zweitens – die Schaffung und der Ausbau ländlicher Gemeinschaftsgüter (Commons) verbunden, die auch für Städte gefordert werden (ebd.). Hier geht es um die gemeinschaftliche Nutzung und Bewirtschaftung von Ressourcen im Rahmen lokaler Selbstorganisation. In Städten geht es oft um Infrastrukturen wie Grünflächen, Bildungseinrichtungen etc., die nicht nach privatwirtschaftlichen Kriterien betrieben oder allein durch den Staat bestimmt werden sollen – stattdessen, so die Forderung, sollten jenseits von Markt und Staat die Bewohner*innen gemeinsam die Nutzung öffentlicher Güter gestalten. In ländlichen Kontexten wären Beispiele für Gemeinschaftsgüter der Zugang bzw. die Verfügbarkeit von Land und Wasser, aber auch Anlagen der Energieversorgung. Über die Frage der Rechtsform und

der formalen Eigentumsstrukturen hinaus können auch ländliche Infrastrukturen an Zielen sozialer und ökologischer Gerechtigkeit ausgerichtet werden.

Drittens bildet die aktuelle Debatte um einen neuen Munizipalismus (Vollmer 2017) einen Ansatzpunkt auch für ländliche Gemeinden, nach eigenen Wegen von Selbstverwaltung und alternativer Entwicklung zu suchen. Im bewussten Gegensatz zur Politik auf nationalen und internationalen Entscheidungsebenen verstehen sich Kommunen wieder stärker als ein eigenständiger politischer Akteur, der auf Beteiligung und Ermächtigung der Bewohner*innen vor Ort setzt sowie die Gemeinwohlorientierung wieder an sozialen Belangen und nicht nach wirtschaftlichen Kriterien bemisst. Die Stärkung der Rolle von Kommunen kann weiteren Zentralisierungsprozessen entgegenwirken und zu neuen Formen lokaler Politik einladen. Dabei darf es jedoch nicht passieren, dass den Kommunen und lokalen Akteuren – einem neoliberalen Politikverständnis folgend – erneut die alleinige Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort zugeschoben wird.

Michael Mießner ist Geograph und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geographie der Technischen Universität Dresden. Er forscht zu Fragen ländlicher und regionaler Entwicklung, der Raumordnungspolitik sowie den Entwicklungen auf den Immobilienmärkten abseits der Großstädte. Darüber hinaus ist es ihm ein Anliegen, seine Forschungsergebnisse für lokalpolitische Akteure nutzbar zu machen.

Matthias Naumann ist Geograph. Derzeit vertritt er die Professur „Didaktik der Geographie“ an der Technischen Universität Dresden. Er lehrt und forscht zu Fragen ländlicher Räume, der Stadtgeographie und der Transformation von Infrastrukturen. Darüber hinaus ist Matthias Naumann an verschiedenen Projekten der Kritischen Geographie beteiligt.

Literatur:

Adam, Brigitte; Gödecke-Stellmann, Jürgen & Heidbrink, Ingo (2005): Metropolregionen als Forschungsgegenstand. Aktueller Stand, erste Ergebnisse und Perspektiven. In: Informationen zur Raumentwicklung 7/2005, S. 417-430.

Baumann, Christoph (2018): Idyllische Ländlichkeit. Eine Kulturgeographie der Landlust. Bielefeld: transcript.

Beveridge, Ross & Naumann, Matthias (2015): Unsere Stadt – Unsere Infrastruktur. Soziale Bewegungen und Rekommunalisierungen von städtischer Infrastruktur in Berlin. In: Standort. Zeitschrift für Angewandte Geographie 39(2-3), S. 108-111.

Beveridge, Ross & Richter, Anna (2018): Die post-politische Stadt. In: Belina, Bernd; Naumann, Matthias & Strüver, Anke (Hrsg.): Handbuch Kritische Stadtgeographie. 3. korrigierte und erweiterte Auflage. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 63-68.

Blotevogel, Hans-Heinrich (2011): Raumordnung im westlichen Deutschland 1945 bis 1990. In: Akademie für Raumerforschung und Landesplanung (Hrsg.): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover: Verlag der ARL, S. 115-168.

Brenner, Neil (1997): Die Restrukturierung staatlichen Raums. Stadt- und Regionalplanung in der BRD 1960-1990. In: Prokla 27(109), S. 545-565.

Bundesregierung (Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland) (1974): Antwort auf die Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Jahn (Münster), Dr. Schneider, Dr. Waffenschmidt, Dr. Warnke, Sick, Dr. Gruhl, Orgaß und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU, Drucksache 7/1417 betr. Raumordnung. Bonn: Bonner Univ. Buchdruckerei.

Harvey, David (2013): Rebellische Städte. Berlin: Suhrkamp.

Heeg, Susanne (2001): Politische Regulation des Raums. Metropolen, Regionen, Nationalstaat. Berlin: Edition Sigma.

Keim, Karl-Dieter (2006): Peripherisierung ländlicher Räume. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 37/2006, S. 3-7.

Kröcher, Uwe (2008): Der New Regionalism: Aufstieg und Fallstricke einer regionalwissenschaftlichen Alternative zur Neoklassik. In: Krumbein, Wolfgang; von Frieling, Hans-Dieter; Kröcher, Uwe & Sträter, Detlev (Hrsg.): Kritische Regionalwissenschaft. Gesellschaft, Politik, Raum – Theorien und Konzepte im Überblick. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 191-211.

Mießner, Michael (2016): Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse! Zum Aufstieg eines leeren Signifikanten. In: Planung neu denken. Ein Magazin mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region 11(1), S. 11-20.

Mießner, Michael (2017): Staat – Raum – Ordnung. Zur raumordnungspolitischen Regulation regionaler Disparitäten. Münster: Westfälisches Dampfboot.

MKRO [Ministerkonferenz für Raumordnung] (1996): Raumordnungspolitischer Handlungsrahmen. In: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.): Raumordnung in Deutschland. Bonn: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, S. 75-96

MKRO [Ministerkonferenz für Raumordnung] (2006): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland. Verabschiedet von der Ministerkonferenz für Raumordnung am 30.06.2006. Berlin: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Müller, Wolfgang und Sträter, Detlev (2008): Raumplanung und regionale Förderpolitik – Gleichwertige Lebensbedingungen im Wandel von Raumkonzeptionen und Leitbildern. In: Krumbein, Wolfgang; von Frieling, Hans-Dieter; Kröcher, Uwe & Detlev Sträter (Hrsg.): Kritische Regionalwissenschaft. Gesellschaft, Politik, Raum – Theorien und Konzepte im Überblick. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 248-278.

Naumann, Matthias & Reichert-Schick, Anja (2012): Infrastrukturelle Peripherisierung. Das Beispiel Uecker-Randow (Deutschland). In: disP. The Planning Review 48(1), S. 27-45.

Reichert-Schick, Anja (2013): Wüstungen – zur möglichen Renaissance eines historischen Phänomens. In: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 61(1), S. 27-47.

Swyngedouw, Erik (2013): Die postpolitische Stadt. In: subUrban. zeitschrift für kritische stadtforschung 1(2), S. 141-158.

Vollmer, Lisa (2017): Keine Angst vor Alternativen. Ein neuer Munizipalismus. In: subUrban. zeitschrift für kritische stadtforschung 5(3), S. 147-156.



Foto: Flickr/Martina Huber | CC BY-NC-ND

Inklusion von Migrant*innen wird gemacht

Ob und wie das Zusammenleben mit Migrant*innen in ländlichen Räumen gelingt, hängt von zahlreichen Faktoren ab – die vor Ort beeinflusst werden können.

Von Leonie Wagner

Ländliche Räume sind in den vergangenen Jahren – auch in Bezug auf die Themen Migration und Integration¹ – stärker in den politischen und wissenschaftlichen Blick genommen worden (u.a. Schader-Stiftung 2011, 2011a, Gesemann/Roth 2009, Gesemann/Aumüller/Roth 2012). Zuvor waren sie jahrzehntelang weitgehend ausgeblendet, und das hat Folgen bis heute:

So sind Kenntnisse über die in den ländlichen Regionen lebende Bevölkerung mit Migrationshintergrund² nicht oder nur wenig vorhanden (vgl. Süß 2011, 7), Migration bzw. Integration werden häufig nicht als Gestaltungsaufgabe und -notwendigkeit gesehen und dementsprechend strukturelle Veränderungen selten als Aufgabe begriffen.

Die nun wieder häufigeren Untersuchungen zu Migration und ländlichen Räumen stoßen oft auf das Phänomen, dass Kleinstädte, Landkreise oder Regionen nicht allein unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen haben (z.B. Lage, Wirtschaftspotenziale), sondern dass sich etliche regionale Eigenheiten feststellen lassen, die dann beispielsweise in institutionellen Arrangements oder auch biographischen Gestaltungsmöglichkeiten Ausdruck finden (z.B. Kaschlik 2017; Muche/Oehme/Truschkat 2016). Auch wenn die Kommunen und Landkreise sich in Bezug auf die soziale und ethnische Zusammensetzung der Migrationspopulationen unterscheiden, scheinen also historische und institutionelle Rahmenbedingungen deutlich Einfluss zu haben auf den Umgang mit Migration.

Ich werde in diesem Beitrag einige Aspekte aufgreifen, die in diesem Verhältnis eine Rolle spielen können. Dabei beziehe

ich mich auf Ergebnisse aus einem Teilprojekt zum Thema „Migration und Inklusion in Kleinstädten“, in dem es um die Geschichte von Migration und Inklusion von den 1960er Jahren bis etwa 2014 in drei ausgewählten ländlichen Regionen in Niedersachsen ging: Cloppenburg, Cuxhaven und Holzminden.³

Erklärungsdimensionen I: Historische Erfahrungen

Historisch betrachtet lassen sich unterschiedliche Migrationserfahrungen zwischen den untersuchten Kommunen/Landkreisen ausmachen. Cuxhaven hat eine lange Zuwanderungstradition und erscheint auch durch die Lage am Meer als „weltoffen“. Einer unserer Interviewpartner formulierte es so: *„Ich würde die Cuxhavener nicht als zugeschottet empfinden, überhaupt nicht, und sie sind ja auch über Jahrzehnte daran gewöhnt, dass ihre Gesellschaft eben auch Zuwachs erhält, und das wird als durchaus positiv empfunden.“* In den 1960er und 70er Jahren zogen dann vor allem Migrant*innen aus Spanien und Portugal nach Cuxhaven.

Im Vergleich dazu hat Holzminden (Weserbergland) keine lange Zuwanderungsgeschichte. *„Man lebte [...] jahrhundertlang weitgehend unter sich im Kreise der Bürger, die hier geboren waren“* (Kretschmer 1981: 7). Zudem stieß selbst die geringe Zuwanderung, die historisch verzeichnet ist, bei der ansässigen Bevölkerung auf Widerstand. Nennenswerte Zuzüge gab es erst in den 1960er Jahren im Kontext der Arbeitskräftemigration in die Bundesrepublik („Gastarbeiter*innen“).

Cloppenburg erscheint in dieser Hinsicht zunächst eher unauffällig. Auch hier fand wie in den anderen untersuchten Kommunen nach dem Zweiten Weltkrieg ein Flücht-

lings- und Vertriebenenzugzug statt sowie ab den 1960er Jahren die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte. Eine besondere Situation entstand in Cloppenburg jedoch, als sich zu Beginn der 1990er Jahre eine große Anzahl von (Spät-)Aussiedler*innen in Stadt und Landkreis niederließ.

Für die Erklärung sozialen und kulturellen Wandels bzw. dessen Verhinderung liegen gegenwärtig verschiedene Theorien und Konzepte vor. Diese heben bei aller Unterschiedlichkeit hervor, dass historische Konstellationen von großer Bedeutung sind für die Gegenwart und die Akteur*innen (u.a. Pfadabhängigkeit: Beyer 2005; Konventionen: Diaz-Bone 2011). Demnach werden die Handlungen und Wahrnehmungsmöglichkeiten der Gegenwart zu einem großen Teil durch historische Erfahrungen und deren kollektive Erinnerung bestimmt. Auch wenn diese Erklärungen insofern problematisch sind, als Veränderungen damit nahezu unmöglich erscheinen, kann mit ihnen doch ein Teil des Problems erschlossen werden: Die historisch etablierten Strukturen und Institutionalisierungen erschweren neuen Akteur*innen die Sichtbarkeit und Teilhabe.

Erklärungsdimensionen II: Zur Bedeutung von Integrationsangeboten

Während in Cuxhaven in den ersten Jahren der Arbeitsmigration wenig bis keine Integrationsangebote vorhanden waren, weisen Stadt und Landkreis diesbezüglich inzwischen eine breite, gut vernetzte Palette auf. Relevant scheint dabei, dass soziale Einrichtungen auch unabhängig von kommunalen Entscheidungsprozessen Integrationsprojekte ins Leben gerufen haben. Derzeit geschehe kommunale Verantwortungsübernahme vor allem im Landkreis, wurde uns in

Interviews geschildert. Mit den Amtsantritten des neuen Sozialdezernenten des Landkreises und der neuen Leiterin des Sozialplanungsreferates seien „ganz viele Türen aufgegangen“. An diesem Beispiel wird deutlich, dass die Situation auf kommunaler Ebene sehr stark von einzelnen Entscheidungsträger*innen geprägt werden kann.

In Stadt und Landkreis Holzminden setzten erst in den späten 1990-er Jahren koordiniertere Maßnahmen ein, meist angeregt durch den Präventionsrat des Landkreises und vor allem dessen Geschäftsführerin. Die Projekte waren jedoch bis zum Jahr 2015 stets befristet. Unternehmungen der freien Träger ließen sich nur in begrenztem Umfang feststellen. Dies hatte auch zur Folge, dass nach dem Auslaufen der Projektförderung einer im Landkreis angesiedelten Stelle für Beratung und Integrationsarbeit – abgesehen von Integrationskursen und -beratung sowie den Beratungstätigkeiten der Migrant*innenorganisationen – unkoordiniert und vereinzelt vor allem durch die Diakonie stattfanden. Einzelne Personen versuchen „auszuhelfen“ und an ggf. noch vorhandene Angebote weiterzuvermitteln: „In erster Linie sind die Leute hier auf sich gestellt“, lautete das Fazit in einem unserer Vor-Ort-Interviews.

In der Region Cloppenburg wurden im Zusammenhang mit der hohen Zuwanderung von Spätaussiedler*innen ab Anfang der 1990er Jahre Integrationsangebote sowohl von Kommunen als auch freien Trägern und nicht zuletzt den Migrant*innenorganisationen entwickelt und durchgeführt. Inzwischen sind die (staatlichen) Angebote zurückgefahren worden, da kaum noch Spätaussiedler*innen in die Bundesrepublik kommen: „Der Bedarf ist gar nicht da. Jugend-



liche, die sind einfach Jugendliche, egal, ob sie Aussiedler oder Einheimische sind“, formulierte es eine unserer Interviewpartnerinnen. 2008 hat der Landkreis ein Leitbild für Integration verabschiedet, das von einer Arbeitsgruppe des Netzwerks für Integration und Mitgliedern des Kreistags-Sozialausschusses erarbeitet wurde. Darin werden Aufgaben bzw. Anforderungen an Migrant*innen und an die Mehrheitsgesellschaft formuliert und die Leistungen der Zugewanderten deutlich anerkannt (Landkreis Cloppenburg 2008).

Die drei untersuchten Landkreise und Kleinstädte lassen sich – etablierten Kategorien aus der Fachliteratur (Scheffer 1999) folgend – dem passiven (Holzminden) und dem pragmatischen Modell (Cuxhaven) mit Tendenzen zur offensiven Gestaltung von Migrationspolitik (Cloppenburg) zuordnen. Während in Cloppenburg die Migrations-tatsache weitgehend und in ihrer Bedeutung für die demographische Entwicklung auch von Seiten politisch Verantwortlicher

anerkannt wird, sind es in Cuxhaven vor allem die sozialen Einrichtungen, die sich des Themas annehmen und es gestalten. In Holzminden hingegen ist festzustellen, dass die Politik im Wesentlichen lediglich auf sich zuspitzende Situationen reagiert. In allen drei Untersuchungsregionen fällt zudem auf, dass eher die Landkreise als die Gemeinden Aktivitäten entfalten und damit die kommunale Gestaltungsaufgabe annehmen. Und die bereits erwähnte hohe Bedeutung von Einzelpersonen fand sich in allen untersuchten Regionen.

Erklärungsdimensionen III: Zur Bedeutung von Selbstorganisationen

Ein sehr bedeutender Faktor im Ensemble der Integrationsaktivitäten sind – wie ebenfalls bereits erwähnt – die Leistungen von Migrant*innenselbstorganisationen. Schon frühere Untersuchungen kamen zu dem Ergebnis, dass Integrationsleistungen aufgrund fehlender kommunaler Angebote

häufig „überwiegend von den Zuwanderern selbst erbracht“ wurden (Happel 2011, 87). Doch hat die Etablierung von Strukturen neben den Regelangeboten bzw. den Gestaltungsformen der Mehrheitsgesellschaft auch zur Folge, dass die Beteiligungsinteressen von Migrant*innen in „einflussarme Parallelstrukturen (Integrationsbeiräte etc.) abgedrängt“ werden (Roth 2013, 25).

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang das Beispiel Cuxhaven. Mehrere Interviewte stellten deutliche Unterschiede zwischen den spanischen und portugiesischen Migrant*innen fest: Jene aus Spanien sind demnach deutlich besser integriert und aktiver als die portugiesischen. Dies bezieht sich beispielsweise auf einen höheren Anteil an binationalen Ehen (mit Herkunftsdeutschen), Sprachkenntnisse und die allgemeine Präsenz in der Gesellschaft. Während die spanischen Migrant*innen inzwischen weitgehend integriert seien und sich auch in das Leben der Kommunen einbringen (v.a. der Spanische Elternverein), bestehe zu den ähnlich lange in Cuxhaven lebenden Einwohner*innen mit portugiesischem Migrationshintergrund kein entsprechend enges Verhältnis. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass der Zuzug laut einer Interviewpartnerin von einer „hervorragenden eigenen Integrationsarbeit“ der spanischen Community selbst begleitet wurde.

Auch im Landkreis Cloppenburg bzw. einzelnen Gemeinden sind zwei Migrant*innenorganisationen von Spätaussiedler*innen sehr aktiv. Demgegenüber wurden in Holzminden nur wenige Aussagen zur Bedeutung der Selbstorganisationen von Migrant*innen gemacht.

Migration und Inklusion in ländliche(n) Räume(n) – Hinweise und Leerstellen

Dieser Überblick macht deutlich, dass die untersuchten Landkreise/Kommunen sich in Bezug auf die Gestaltung von Integration deutlich voneinander unterscheiden. Während in Cloppenburg die Migrationstatsache weitgehend und in ihrer Bedeutung für die demographische Entwicklung auch seitens politisch Verantwortlicher anerkannt wird, sind es in Cuxhaven vor allem die sozialen Einrichtungen, die sich des Themas annehmen und es gestalten. In Holzminden lassen sich vor allem vereinzelte und unkoordinierte Reaktionen feststellen. Aus dem Vergleich wird klar, dass es auf kommunaler Ebene erhebliche Gestaltungsspielräume gibt – und dass es einen großen Einfluss auf das Gelingen von Integration hat, ob sie genutzt werden oder nicht.

Durch die Aktivitäten von Migrant*innenorganisationen, die die Angebotslücken durch Selbsthilfe füllen, werden wichtige Unterstützungsleistungen übernommen, aber auch Strukturen neben den Regelangeboten geschaffen. Politisch und gesellschaftlich geht es deshalb zum einen um die überfällige Anerkennung der Leistungen der Migrant*innenorganisationen (vgl. Geiling et al. 2011: 22), zum anderen müssen aber gleichzeitig die gesellschaftlichen und staatlichen Organisationen für Menschen mit Migrationshintergrund geöffnet werden.

Obwohl inzwischen mehrere Untersuchungen zu Migration und Integration/Inklusion in ländliche(n) Räume(n) vorliegen, sind eine Reihe von Fragen und Perspektiven weiterhin offen. So fehlen lokale Untersuchungen zur Integrationsbereitschaft der Aufnahmegesellschaft, vor allem aber Studien, in denen die Erfahrungen, Geschichten und

Positionen von Migrant*innen bzw. deren Kindern und Enkel*innen selbst im Zentrum stehen. Erst wenn der Blick geweitet wird auf alle, die an Inklusionsprozessen beteiligt sind, können unterschiedliche Bedingungsfaktoren erkannt und deren mögliche Veränderung tatsächlich angegangen werden.

Prof. Dr. Leonie Wagner ist Dipl.-Sozialarbeiterin und -Sozialpädagogin und Professorin für Pädagogik und Soziale Arbeit an der HAWK Hochschule Holzminden. Ihre Themenschwerpunkte sind Migration und Inklusion, Ländliche Räume, Genderforschung, Internationale und Interkulturelle Soziale Arbeit.

Literatur

Beyer, Jürgen (2005): Pfadabhängigkeit ist nicht gleich Pfadabhängigkeit! Wider den impliziten Konservatismus eines gängigen Konzepts. In: Zeitschrift für Soziologie. 34. Jg. H. 1, S.5-21.

Diaz-Bone, Rainer (Hrsg.) (2011): Soziologie der Konventionen. Grundlagen einer pragmatischen Anthropologie. Frankfurt, M., New York, NY: Campus-Verlag.

Geiling, Heiko/Gardemin, Daniel/Meise, Stephan/König, Andrea (Hrsg.) (2011): Migration – Teilhabe – Milieus. Spätaussiedler und türkeistämmige Deutsche im sozialen Raum. Wiesbaden: VS-Verlag.

Gesemann, Frank; Roth, Roland (Hrsg.) (2009): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden.

Gesemann, Frank; Roth, Roland; Aumüller, Jutta (2012): Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland. Endbericht. DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration.

Handschuck, Sabine/Schröer, Hubertus (2013): Interkulturelle Orientierung und Öffnung von Organisationen. In: Hessische Blätter für Volksbildung, Nr. 1, S. 29–36.

Happel, Agnes (2011): „Die fremden Deutschen in Frankenbergring“ – Zur Integration von Spätaussiedlerinnen im ländlichen Raum. In: Alisch, Monika/May, Michael (Hrsg.): Integrationspotenziale in kleinen Städten. Rekonstruktion der Interessenorientierungen von Zuwanderern. Opladen: Barbara Budrich, S. 73-90.

Kaschlik, Anke (2017): Stadtentwicklung: Potenziale und Gestaltungsoptionen in Mittelstädten. In: Kaschlik, Anke; Engel, Alexandra; Hartheisen, Ulrich (Hg.): Potenziale in der Peripherie. Diversität und Veränderungspro-

1 Mein Integrationsbegriff entspricht dem der Inklusion, d.h. Integrationsbemühungen werden nicht einseitig an die Zuwandernden abgegeben, sondern Verhältnisse, Verhalten und Strukturen sind „so zu verändern, dass gesellschaftliche Teilhabe möglich ist“ (Handschuck/Schröer 2013, S. 30).

2 Der Begriff Migrationshintergrund wurde in der Migrationsforschung etwa seit Mitte der 1990er Jahre eingeführt (v.a. Ursula Boos-Nünning) und seit 2005 auch für amtliche Statistiken genutzt (Mikrozensusgesetz 2005).

3 Basis sind eine Literaturschau (v.a. Berichte, Statistiken, Chroniken) und qualitative Interviews mit Personen, die sich haupt- oder ehrenamtlich mit Integration beschäftigen. Das Projekt fand im Rahmen des Forschungsschwerpunktes „Dialog“ (Kurztitle) statt, der von 2012 bis 2016 aus Landesmitteln des Niedersächsischen Vorab gefördert wurde (<http://elearn.hawk-hhg.de/projekte/156/>)

zesse in ländlichen Regionen gestalten. Lemgo: Verlag Dorothea Rohn, S.19-42.

Kretschmer, Paul (1981): Die Weser- und Solling-Stadt Holzminden – wie sie wurde, was sie ist. Holzminden: Hüpke u.a.

Landkreis Cloppenburg (2008): Leitlinien, Leitbild & Präambel Integration. <http://www.lkclp.de/kreis-politik/integration-migration/leitlinien-leitbild-praembel-integration.php>

Muche, Claudia; Oehme, Andreas; Truschkat, Inga (2016): Übergang, Inclusiveness, Region. Eine empirische Untersuchung regionaler Übergangsstrukturen. Weinheim: Beltz Juventa.

Roth, Roland (2013): Willkommens- und Anerkennungskultur in Deutschland – Herausforderungen und Lösungsansätze. Expertise im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Schader-Stiftung (Hrsg.) (2011): Erfolgreiche Integration im ländlichen Raum. Handlungsempfehlungen und Gute-Praxis-Beispiele. Darmstadt: Schader-Stiftung.

Schader-Stiftung (Hrsg.) (2011a): Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts. Darmstadt: Schader-Stiftung.

Scheffer, Thomas (1999): Ausländerpolitik in der Kommune. In: Wollmann, Hellmut / Roth, Roland (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Wiesbaden: Leske+Budrich, S. 764-779.

Süß, Sabine (2011): Vorwort. In: Schader-Stiftung (Hrsg.): Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts. Darmstadt: Schader-Stiftung, S. 6-9



„Widerstand ist zwecklos, Sie werden assimiliert werden“

Was genau bedeutet eigentlich Integration? Woran scheitert sie wirklich – und wie lässt sie sich fördern?

Von Ralf-Burkhard Hamm

Die Überschrift dieses Textes ist eine Anspielung auf die Science-Fiction-Serie Star Trek. Das Zitat stammt aus einer Szene, in der sogenannte Cyborgs Menschen gegen ihren Willen in ihresgleichen transformieren, in hybride Mischwesen aus Mensch und Maschine mit zahlreichen künstlichen Implantaten. Die Cyborgs glauben, andere Menschen durch ihre Technologie zu verbessern. Und sie sagen eben: „Widerstand ist zwecklos, Sie werden assimiliert werden“.

Sie werden sich nun fragen, was hat das Ganze mit der sozialen Integration von Migrant*innen zu tun?

Wenn man sich etwas intensiver mit der Eingliederung von Zuwander*innen beschäftigt, kann der Eindruck entstehen, dass es sich bei der Bundesrepublik Deutschland um eine „Cyborg-Gesellschaft“ handelt, die

von Neuankömmlingen verlangt, sich auch gegen deren Willen verändern zu lassen. Das klingt zunächst einmal provokativ, aber vielleicht hat diese Behauptung einen wahren Kern? In Deutschland wird nämlich von vielen Menschen behauptet, Migrant*innen aus dem Ausland wollten sich gar nicht in die hiesige Gesellschaft eingliedern. Die Schuld daran wird „dem Islam“ gegeben oder fehlenden Sprachkenntnissen oder einer mangelhaften Anpassungsbereitschaft.

Um diese Behauptung zu überprüfen, könnte man nun schauen, was passiert, wenn Zuwander*innen die gleiche Sprache sprechen oder die gleiche Religion haben wie die Ortsansässigen. Und man könnte schauen, wie eigentlich die Eingliederung von Deutschen gelingt, die innerhalb der Bundesrepublik umziehen. Stimmt die oben erwähnten Ansicht vieler Menschen, dann sollten in diesen Fällen doch eigentlich keine Integrationsprobleme auftreten, oder?

Integrationshindernis Religion? Das Beispiel der „Ruhrpolen“

Betrachten wir als erstes die Religion, hier hat Deutschland in seiner Geschichte bereits einige Erfahrungen gesammelt. Anfang des 20. Jahrhunderts kamen zahlreiche „polnische“ Migrant*innen ins Ruhrgebiet. Dort war die katholische Kirche auch nach der Reformation stark geblieben, und die Neuankömmlinge waren ebenfalls katholisch. Die sogenannten „Ruhrpolen“ waren Arbeitnehmer*innen, die ursprünglich aus Westpreußen, Ostpreußen und Posen stammten. Zwischen 1880 und 1907 wanderten etwa 675.000 Osteuropäer in das Ruhrgebiet, um dort überwiegend im Bergbau zu arbeiten.¹ Zunächst wollten viele von ihnen nur für kurze Zeit im Ruhrgebiet bleiben und dann später wieder in ihre alte Heimat zurückkehren.²

Obwohl sie einer eigentlich vertrauten Religion angehörten, begegnete die Mehrheitsgesellschaft den polnischen Migrant*innen mit großem Misstrauen. Von vielen Deutschen wurden sie als Bedrohung empfunden.³ Ihre Kulturvereine wurden einer behördlichen Kontrolle unterstellt, jegliche politische Betätigung wurde bei Androhung von Strafe untersagt.⁴ Darüber hinaus durften katholische Gottesdienste nur in deutscher Sprache abgehalten werden.⁵ Die Eingliederung der „Ruhrpolen“ in die deutsche Gesellschaft dauerte Jahrzehnte. Heute aber sind sie nicht mehr von den Einheimischen zu unterscheiden. Lediglich ihre polnischen Nachnamen erinnern an die osteuropäischen Wurzeln.

Das Beispiel der „Ruhrpolen“ zeigt, wie langwierig sich der Eingliederungsprozess von Migrant*innen gestalten kann – und dass eine gemeinsame Religion den Integ-

rationsprozess leider nicht notwendigerweise beschleunigt.

Integrationshindernisse Sprache und Kultur? Ein Blick auf die innerdeutsche Migration

Jetzt kann man natürlich einwenden, die „Ruhrpolen“ seien ja keine deutschen Staatsbürger*innen gewesen. Wie erfolgreich verläuft also die Integration von Binnenwandern, also Menschen, die lediglich innerhalb Deutschlands umziehen? Zu dieser Thematik habe ich 2011 eine Studie veröffentlicht.⁶ Für diese wurden mehr als 1.800 Personen befragt, alle Teilnehmer*innen hatten die deutsche Staatsbürgerschaft.⁷ In der Studie wurden per Clusteranalyse⁸ zehn unterschiedliche Eingliederungstypen ermittelt (siehe dazu die Aufzählung in Tabelle 1) und diese vier Eingliederungsphasen zugeordnet.⁹

Besonders interessant sind die Typen „Desillusionierte“, „Separierte“ und „Despektierliche“, alle drei gehören zur Kategorie „Desintegration“. Kurz gesagt sind „Desillusionierte“ eine Gruppe von Migrant*innen, die mit hohen Erwartungen in das Aufnahmegebiet kommen. Sie möchten sich engagieren und sind neugierig auf die Lebensweise der Ortsansässigen. Sie werden aber relativ schnell desillusioniert, weil sie im Aufnahmegebiet keine Partizipationsmöglichkeiten haben. Der „Separierte“ lebt auch nach Jahren noch vollkommen isoliert am neuen Wohnort. „Despektierliche“ haben oftmals fremdenfeindliche Erfahrungen im Aufnahmegebiet gemacht und denken abfällig über die Zielregion. Dieser Eingliederungstyp möchte den Wohnort aufgrund seiner Erfahrungen mit den Ortsansässigen wieder verlassen.¹⁰

Eingliederungstypen nach Richtung der Wanderungsbewegung¹¹

(Zahlenangaben in Prozent)

Eingliederungstyp		Ost-West	West-Ost	Ost-Ost	Ost-Süd	Süd-Nord	Nord-Nord	Süd-Süd	Inland-Ausland ¹²	Ausland-Inland
Desillusionierte	104	10	8	5	17	8	7	7	10	9
Separierte	135	14	8	7	13	12	11	12	19	12
Despektierliche	98	8	6	14	10	8	5	9	13	6
Debütanten	88	9	3	7	8	6	4	15	13	15
Jobnomaden	126	11	12	5	11	10	10	16	13	9
Globalisierte	86	9	5	7	7	6	8	8	7	9
Netzwerker	253	19	20	24	18	28	24	21	16	24
Integrierte	67	6	8	10	5	8	2	2	7	3
Hyperadaptive	131	7	20	11	12	6	16	7	3	15
Transformierte	91	7	10	12	1	8	13	4	0	0
Gesamt	1.179	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Hamm 2011, Seite 236

Den Ergebnissen zufolge verläuft die Eingliederung besonders schlecht bei Menschen, die von Nord- nach Süddeutschland umgezogen sind. In dieser Gruppe der Binnenwander*innen können 40 Prozent als desintegriert bezeichnet werden. Im Detail: 17 Prozent der Nord-Süd-Wander*innen sind „Desillusionierte“, 13 Prozent von ihnen sind „Separierte“, und zehn Prozent gehören zu den „Despektierlichen“ (vgl. Tab. 1). Nur Personen, die ins Ausland abwandern, haben noch schlechtere Eingliederungschancen als Nord-Süd-Wanderer.¹³

Bemerkenswert ist, dass selbst bei Umzügen innerhalb der neuen Bundesländer die Integration häufig scheitert – immerhin 26 Prozent der befragten Personen, die von einem Ost-Bundesland in ein anderes umzogen, gehörten den Kategorien „Desillusionierte“, „Separierte“ und „Despektierliche“ an. Ein ähnliches Bild ergab sich innerhalb der Wanderungsrichtung Süd-Süd – hier sind es 28 Prozent der Migrant*innen, bei denen die Integration am neuen Wohnort nicht gelingt. Die Ergebnisse verdeutlichen,

dass selbst innerdeutsche Wander*innen mit Eingliederungsschwierigkeiten rechnen müssen, wenn sie aus ihrer Herkunftsregion abwandern.

Ergebnisse wie diese deuten darauf hin, dass Religionszugehörigkeit oder Sprachkenntnisse keinen so großen Einfluss auf die Integration von Migrant*innen haben – sondern die deutsche Gesellschaft ihre Integrationsfähigkeit erheblich verbessern muss. Es muss jedenfalls andere Gründe geben, warum die Eingliederung von Migranten so oft scheitert.¹⁴

Assimilation vs. Integration

Schauen wir noch einmal auf die Ergebnisse der Studie von 2011. Bei der Untersuchung der Frage, warum selbst die Integration von Binnenwanderern häufig nicht gelingt, obwohl sie ihrem neuen Umfeld sehr ähnlich sind, trat eine Vielzahl an Ursachen zutage. Verantwortlich sind zum Beispiel:¹⁵

- der Wunsch der Ortsansässigen nach vollständiger Assimilation der Migrant*innen

- fehlende Anerkennung und Wertschätzung der Migrant*innen
- soziale Ausgrenzung im Aufnahmegebiet
- Fremdenfeindlichkeit der Ortsansässigen
- soziale Isolation der Migrant*innen¹⁶

Viele Menschen glauben, die Eingliederung von Zuwanderern in eine Gesellschaft sei ein einseitiger Prozess – nur die Hinzukommenden würden sich dabei verändern. Doch diese Annahme ist falsch. Tatsächlich ist der Prozess ein wechselseitiger¹⁷, wie das Beispiel veränderter Ess- und Trinkgewohnheiten in Deutschland zeigt: Anders als noch vor wenigen Jahrzehnten sind heute hierzulande Pizza oder Cappuccino völlig normal.

“ Viele Menschen glauben, die Eingliederung von Zuwanderern in eine Gesellschaft sei ein einseitiger Prozess – nur die Hinzukommenden würden sich dabei verändern.

Dennoch wird in Deutschland von vielen Menschen noch immer die Assimilation als der Königsweg der Eingliederung angesehen, man könnte sogar von einem Assimilationsparadigma sprechen.¹⁸ Der Begriff Assimilation meint die einseitige Veränderung von Einstellungen, Werten und Verhaltensgewohnheiten der Einwander*innen, die ihren Endpunkt in der völligen Angleichung an die Aufnahmegesellschaft findet.¹⁹ Man erwartet von Fremden sozusagen, dass sie sich restlos und widerspruchsfrei in die Mehrheitsgesellschaft einfügen.²⁰

In der Öffentlichkeit werden die Begriffe Assimilation und Integration oftmals gleichgesetzt. Dabei bedeutet Integration ledig-

lich, dass Migrant*innen und Ortsansässige eine Einheit bilden, beide Seiten jedoch die Verschiedenheit der/des anderen zulassen und anerkennen. Eine Grundvoraussetzung für Integration ist Akzeptanz und Chancengleichheit.²¹ Soziale Integration meint, dass zwischen der Aufnahmegesellschaft und den Zuwanderern eine Beziehung besteht. Ein zentrales Kennzeichen dieser Beziehung ist das Gleichgewicht aus Freiheit und Bindung.²² Die Akzeptanz des Fremden, mit seiner anderen Kultur und seiner anderen Lebensweise, scheint jedoch in vielen Regionen ein Problem zu sein – und dies sogar bei Binnenwander*innen.

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass sich mit einer zunehmenden Assimilationsforderung der Eingliederungsverlauf erheblich verzögert.²³ Migrant*innen und sogar Binnenwander*innen, die zu einer einseitigen Angleichung nicht bereit sind, müssen damit rechnen, dass Ortsansässige den Kontakt zu ihnen meiden. Die stärkste Form der sozialen Ausgrenzung besteht darin, Migrant*innen zu isolieren.²⁴ Durch die soziale Isolation werden Akkulturation,²⁵ Identitätswechsel²⁶ und Bindung der Einwander*innen verzögert.

Auch Akkulturation ist ein wechselseitiger Prozess, bei dem beide Seiten voneinander lernen. Der Kontakt zwischen Neuankömmlingen und Alteingesessenen ermöglicht, dass es zu Reibungen und Konflikten kommt. Diese sind, sofern sie auf einem niedrigen Niveau bleiben, kennzeichnend für den Prozess des Zusammenwachsens. Integration ist kein harmonischer Prozess. Oftmals führt erst die „Reibung“ mit anderen Menschen dazu, dass wir unser Verhalten und unsere Einstellungen überdenken und offener werden für andere Haltungen.

Was behindert und was fördert die Eingliederung?

Muss eigentlich die Eingliederung von Zuwanderern immer so lange dauern wie zum Beispiel bei den „Ruhrpolen“? Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, die Eingliederung von Menschen zu erleichtern. Zunächst sollte man sich fragen, warum wir uns als Gesellschaft von Fremden abgrenzen. Wer sind wir, und was erwarten wir von Zuwanderern? Auf diese Fragestellung soll die Abbildung 1 vertiefend eingehen.

Gibt es eigentlich so etwas wie eine deutsche Kultur? Wie sieht diese aus, und was macht ihren Kern aus?²⁷ Hierzu noch ein letzter Befund aus meiner Studie: Bei Binnenwander*innen treten die meisten Integrationsprobleme auf, wenn beispielsweise ein Akademiker aus Hamburg in ein bayerisches Dorf zieht.²⁸ Es sind also eher Stadt-Land-Unterschiede oder ein unglei-

ches Bildungsniveau, die den Integrationsprozess verzögern.

Wie kann also die Integration von Migranten verbessert werden? Die bereits erwähnte Studie zeigt, dass die Akzeptanz kultureller Differenzen einen positiven Einfluss auf die Integration hat. Zuwander*innen müssen das Gefühl haben, dass sie sich nicht hundertprozentig anpassen müssen, um akzeptiert zu werden – dass sie also zumindest eine gewisse kulturelle Eigenart behalten dürfen. Wichtig ist außerdem, dass Neuankömmlinge das Gefühl haben „willkommen“ zu sein. Darüber hinaus verbessern folgende Faktoren den Integrationsprozess:

- Partizipation (Teilhabe) und Chancengleichheit
- positive und dauerhafte Kontakte / Überwindung der Isolation

Die ethnische Ausgrenzung wird beeinflusst durch folgende Fragestellungen:

- Was der Andere ist, welchen Wert man seiner Kultur beimisst, ob man an dem partizipieren will, was er repräsentiert, oder ob man sich dagegen abgrenzen will
- Ob man Überlegenheit erringen und die eigene Kultur durchsetzen will, oder ob man bereit ist, die offenkundigen Vorteile des Anderen und seiner Kultur zu übernehmen
- Welchen Sinn man den Zielen des Anderen gibt, ob man diesen respektiert oder zurückweist
- Wie man die Konkurrenz wahrnimmt, welche Rollen man dem Anderen im Verhältnis zu sich selbst zuschreibt, und wie man die eigene Rolle in bezug auf den Anderen konzipiert

Datenquelle: Gebauer, Gunter 2004: Überwindet das Interkulturelle die Nationalkulturen? In: Merckens, Hans; Demorgon, Jacques; Gebauer, Gunter (Hrsg.), Kulturelle Barrieren im Kopf. Bilanz und Perspektiven des interkulturellen Managements. Frankfurt am Main: Campus Verlag, S.171-177

Abbildung 1: Exklusion und nationaler Habitus

- gegenseitige Anerkennung und Wertschätzung
- Abbau von Fremdenfeindlichkeit
- soziales Vertrauen (Einsicht, dass der Andere nur selten eine Bedrohung ist)
- Bereitschaft der Neankömmlinge, sich auf die Aufnahmegesellschaft „einzulassen“

Und schließlich: Wie können Ortsansässige die Integration von Zuwanderern verbessern? Zunächst ist es wichtig, die soziale Isolation der Migrant*innen zu überwinden. Folgende Handlungsoptionen sind vorstellbar:

- Gelegenheiten schaffen für den Aufbau freundschaftlicher Beziehungen zu Migrant*innen, z.B. Nachbarschaftshilfe, Engagement, Kultur, Einladungen zum Grillen etc.
- freiwilliges (bürgerschaftliches oder nachbarschaftliches) Mentoren-Programm
- z.B. Informationen über das Zielgebiet geben, emotionale Unterstützung anbieten
- Mentoren-Programm von Vereinen („niedrigschwellige Angebote“ machen)
- z.B. Freiwillige Feuerwehr, Sportverein, Kirchenchor
- Gründung von Einwanderungsagenturen (nicht repressiv, keine Behörde)
- Unterstützung bei Job- oder Wohnungssuche z.B. für den mitziehenden Ehepartner

Fazit

Die Bundesrepublik Deutschland ist sicherlich keine „Cyborg-Gesellschaft“. Problematisch hingegen ist, dass viele Menschen nicht den Unterschied zwischen Integration und Assimilation kennen bzw. Integration fordern, aber eigentlich Assimilation meinen.²⁹ Die Erwartung, Zuwander*innen müssten

sich einseitig assimilieren, verzögert oder verhindert letztlich deren Eingliederung. In dieser Hinsicht muss die bundesdeutsche Gesellschaft ihre Integrationsfähigkeit deutlich verbessern.

Selbstverständlich ist die Eingliederung von Menschen kein harmonischer Vorgang, Reibungen und Konflikte gehören zu diesem Prozess. Man sollte sich jedoch in seinem zivilgesellschaftlichen Engagement nicht entmutigen lassen, wenn es gerade mal nicht so reibungslos läuft. Es ist wichtig, die soziale Isolation von Migrant*innen zu überwinden. Wenn wir Menschen erfolgreich eingliedern wollen, dann müssen wir sie davon überzeugen, dass sich der Wechsel in unsere „Gruppe“ lohnt. Das geht nur, wenn wir aktiv, offen und freundlich auf sie zugehen und sie an unserem Leben teilhaben lassen.

Ralf-Burkhard Hamm hat Sozialwissenschaften an der Universität Duisburg studiert, spezialisierte sich im Bereich der Stadtsoziologie und arbeitete danach in verschiedenen Forschungsprojekten mit den Schwerpunkten *Demographischer Wandel, Personalentwicklung, Integration und Regionalentwicklung*. Im Jahr 2011 promovierte er an der Universität Magdeburg zum Thema: „Integration und Binnenwanderung“.

- 1 vgl. Reulecke 1985, 71
- 2 vgl. Spindel 2005, 79
- 3 vgl. Stefanski 1984, 82
- 4 vgl. Stefanski 1984, 96
- 5 vgl. Reulecke 1985, 98
- 6 vgl. Hamm 2011, 236
- 7 Binnenwanderer und Ortsansässige (N=1.781 plus 116 qualitative Interviews)
- 8 Die Clusteranalyse ist ein wissenschaftliches Verfahren, bei dem mittels Computerprogrammen in großen Datenbeständen nach Ähnlichkeiten gesucht wird – so ermittelte Gruppen ähnlicher Objekte werden als „Cluster“ bezeichnet.
- 9 „Desintegration“, „Akkulturation“, „Integration“ und „Assimilation“
- 10 Für eine ausführliche Beschreibung siehe Hamm 2011, 167ff.
- 11 Aus der oberen Zeile (im Kopfbereich) kann das Herkunftsgebiet des Migranten entnommen werden. In der Zeile darunter wird das Zielgebiet angegeben. Beide Angaben zusammen ergeben die Wanderungsrichtung. In der ersten Spalte ganz links

werden die zehn Eingliederungstypen aufgeführt. Die Gruppen „Debütanten“ und „Jobnomaden“ gehören zur Eingliederungsphase der „Akkulturation“. „Globalisierte“, „Netzwerker“ und „Integrierte“ können als „integriert“ bezeichnet werden. Sowohl „Hyperadaptive“ als auch die „Transformierten“ fallen in die Kategorie „Assimilation“ (vgl. Hamm 2011, 118).

- 12 Bei den Gruppen „Ausland-Inland“ und „Inland-Ausland“ handelt es sich um zwei Kontrollgruppen, die zu Vergleichszwecken in die Tabelle bzw. Studie aufgenommen wurden.
- 13 vgl. Hamm 2011, 237
- 14 Es soll jedoch nicht behauptet werden, dass die genannten Variablen gar keinen Einfluss haben. Ohne eine gemeinsame Sprache zum Beispiel kann keine Verständigung stattfinden.
- 15 vgl. Hamm 2011, S. 252ff.
- 16 Es handelt sich um eine kleine Auswahl an Faktoren, die den Integrationserfolg beeinflussen.
- 17 vgl. Esser 2001, 22
- 18 vgl. Hamm 2011, 65; Köck et al. 2004, 12
- 19 vgl. Seifert 2000, 47
- 20 vgl. Altvater 2000, 296
- 21 vgl. Junghärtchen 2005, 156
- 22 vgl. Peters 1993, 92

Literatur

Altvater, Peter 2000: Die Abwehr von Migrationsbewegungen und multikultureller Gesellschaft – Deutungsmuster zwischen Ausgrenzungsverlangen und Zwang zur Assimilierung. In: Altvater, Peter; Stamer, Maren; Thomssen, Wilke (Hrsg.), Alltägliche Fremdenfeindlichkeit. Interpretationen sozialer Deutungsmuster. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 288-308

Claessens, Dieter; Claessens, Karin 1992: Gesellschaft. Lexikon der Grundbegriffe. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag

Esser, Hartmut 2001: Integration und ethnische Schichtung. In: Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Mannheim: MZES, Heft 40, S. 1-77

Fuchs, Marek; Schwietring, Thomas; Weiß, Johannes 1999: Varianten erfolgreicher Akkulturation. In: Silbereisen, Rainer K.; Lantermann, Ernst-Dieter; Schmitt-Rodermund, Eva (Hrsg.), Aussiedler in Deutschland. Akkulturation von Persönlichkeit und Verhalten. Opladen: Leske + Budrich, S. 335-363

Gebauer, Gunter 2004: Überwindet das Interkulturelle die Nationalkulturen? In: Merken, Hans; Demorgon, Jacques; Gebauer, Gunter (Hrsg.), Kulturelle Barrieren im Kopf. Bilanz und Perspektiven des interkulturellen Managements. Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 171-177

Hamm, Ralf-Burkhard 2011: Rückkehr ausgeschlossen. Eine Studie zur Integration von Binnenwanderern in Deutschland. Berlin: epubli GmbH

23 vgl. Hamm 2011, 41

24 Isolation ist die „Vereinsamung“ einer Gruppe oder Person, bedingt durch den eigenen Rückzug oder durch Ausschluss aus einer Gemeinschaft (vgl. Claessens/Claessens 1992, 117).

25 Fuchs et al. definieren Akkulturation als einen komplexen Prozess der Übernahme, Anpassung und aktiven Aneignung von Kulturelementen. Dabei gehe es nicht nur um die einfache Übernahme von kulturellen Mustern der Mehrheitsgesellschaft, sondern auch um einen gegenseitigen Austausch von Kulturelementen (vgl. Fuchs et al. 1999, 335f).

26 Sehr vereinfacht ausgedrückt bedeute es, das Migrant*innen mit dem Wohnortwechsel nicht mehr zum Herkunftsgebiet gehören, sondern sich dann einer neuen Gruppe anschließen müssen. Der damit verbundene Abschied von der „Heimat“ wird von vielen Menschen als schmerzhaft empfunden. Oftmals werden die Abwander*innen von ihrer alten Herkunftsregion als „Überläufer“ oder „Verräter“ angesehen (vgl. Hamm 2011, 104 und 179). Selbstverständlich kann sich ein Mensch zu mehreren Gruppen zugehörig fühlen.

27 Leben wir nicht in einem Land, in dem es seit Jahrhunderten eine Vielzahl an regionalen Kulturen gibt?

28 vgl. Hamm 2011, 163

29 Spannend ist, dass besonders Menschen mit einer rechtsextremen Einstellung solche Assimilationsvorstellungen haben.

Junghärtchen, Elisabeth 2005: Bildungsbeteiligung von Schulkindern. In: Pries, Ludger (Hrsg.), Zwischen den Welten und amtlichen Zuschreibungen. Neue Formen und Herausforderungen der Arbeitsmigration im 21. Jahrhundert. Essen: Klartext Verlag, S. 139-158

Köck, Christoph; Moosmüller, Alois; Roth, Klaus (Hrsg.) 2004: Zuwanderung und Integration. Kulturwissenschaftliche Zugänge und soziale Praxis. Münster: Waxmann Verlag

Peters, Bernhard 1993: Die Integration moderner Gesellschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

Reulecke, Jürgen 1985: Geschichte der Urbanisierung in Deutschland. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Seifert, Wolfgang 2000: Geschlossene Grenzen – offene Gesellschaften? Migrations- und Integrationsprozesse in westlichen Industrienationen. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag

Spindel, Jacek 2005: Polnische Migration ins Ruhrgebiet und die Bedeutung von Migrantenorganisationen. In: Pries, Ludger (Hrsg.), Zwischen den Welten und amtlichen Zuschreibungen. Neue Formen und Herausforderungen der Arbeitsmigration im 21. Jahrhundert. Essen: Klartext Verlag, S. 67-81

Stefanski, Valentina-Maria 1984: Zum Prozeß der Emanzipation und Integration von Außenseitern. Polnische Arbeitsmigranten im Ruhrgebiet. Dortmund: Forschungsstelle Ostmitteleuropa der Universität Dortmund

„Den Wert eines Dorfladens kann man nicht in Mark und Pfennig ermessen“

Das Zentrum der 1.500-Einwohner-Gemeinde Klausen in Rheinland-Pfalz wird seit mehr als zehn Jahren durch einen Dorfladen belebt. Betrieben wird er von einem Verein, in dem zahlreiche Bürgerinnen und Bürgerinnen Mitglied sind. Alois Meyer ist Ortsbürgermeister von Klausen und zugleich Vorsitzender des Trägervereins. Wir haben ihn gefragt, wie der Dorfladen funktioniert, was sich dadurch in Klausen verändert hat – und was man beachten sollte, wenn man selbst ein ähnliches Projekt starten möchte.

Ein Interview mit Alois Meyer

Herr Meyer, was gibt es in Ihrem Dorfladen – und welches Produkt ist das meistverkaufte?

Wir haben ein Vollsortiment an Waren des täglichen Bedarfs – aber am besten gehen die Backwaren. Viele Leute kommen jeden Tag, um Brötchen oder Brot zu kaufen. Auch Fleischwaren sind ein Renner. Und natürlich die regionalen Produkte, mit denen heben wir uns auch ein bisschen von den Discountern in der Region ab.

Was sind das für regionale Produkte?

Klausen liegt unweit der Mosel, da spielen natürlich Weine eine große Rolle. Aber wir

haben auch Frischeartikel von umliegenden Bio-Betrieben im Angebot, Eier von einem Demeter-Hof, Käse, Honig von einigen der Imker in der Umgebung.

Außer einzukaufen – was kann man sonst noch bei Ihnen tun?

Der Laden liegt mitten im Ortskern, und mit ihm haben wir viele Dinge zurückgeholt, die im Laufe der Jahre aus dem Dorf verschwunden waren. Wir hatten früher eine Postfiliale, diese Dienstleistungen kann man jetzt im Laden erledigen, also Briefmarken kaufen oder Sendungen aufgeben. Wir sind auch Annahme- und Abgabestelle für einen





privaten Paketdienst. Daneben werden natürlich all die Artikel verteilt, die die Dorfgemeinde betreffen, die Gelben Säcke für den Abfall zum Beispiel.

Außerdem haben wir ein Café, die Leute setzen sich auf eine Tasse hin und kommen ins Gespräch. Der Laden ist jetzt sozusagen die kommunikative Zentrale des Ortes – dies ist sicherlich der zentrale Wert fürs Dorf. Oben im Gebäude haben wir noch Übernachtungsmöglichkeiten, Klausen ist ja ein Pilgerort, liegt am Jakobsweg nach Santiago de Compostela. Schließlich gibt es zwei Säle im Gebäude für Veranstaltungen.

Wie haben Sie das alles finanziert?

Das ganze Gebäude hat rund 2,5 Millionen Euro gekostet, dabei war der Ankauf noch das Geringste. Das Gros der Kosten hat die Renovierung verursacht – es handelt sich um einen ehemaligen Gasthof, den wir komplett saniert und umgebaut haben. Das

Projekt wurde im Rahmen des Konjunkturprogramms II vom Land gefördert, darüber hinaus haben wir EU-Mittel aus dem Programm Leader+ bekommen.

Was ist mit den Personalkosten? Oder arbeiten Sie mit Ehrenamtlichen?

Wir haben ausschließlich bezahlte Kräfte, das sind überwiegend Mini-Jobber, aber auch ein paar Teilzeitstellen. Vor allem am Wochenende sind unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viele Schüler aus dem Dorf, die sich so etwas hinzuverdienen.

Und das trägt sich?

Ja, unser Ziel ist die schwarze Null – und bisher funktioniert es.

Wie hoch ist der Umsatz, und was passiert mit Gewinnen?

Die Verwendung etwaiger Gewinne ist in der Satzung des Trägervereins geregelt. Zunächst können sie im Laden selbst investiert werden,

in neue Kühltruhen oder andere Gerätschaften. Was dann noch übrig sein sollte, fließt in gemeinnützige Zwecke hier im Dorf, in Kindergärten, Spielplätze, Vereine. Da wird ja immer Geld gebraucht. Unser Umsatz liegt im Moment bei knapp 400.000 Euro im Jahr.

Oha! Bei rund 1.500 Einwohnern sind das pro Kopf ...

... ungefähr 260 Euro im Jahr, also gut 20 Euro im Monat.

Wie ist der Dorfladen entstanden?

In Klausen findet jedes Jahr eine Bürgerversammlung statt, bei der allgemeine Themen im Dorf angesprochen werden. Im Jahr 2006 waren da die fehlenden Einkaufsmöglichkeiten das große Thema. Die Entwicklung in Klausen ist dieselbe wie in vielen anderen Dörfern: Die Bevölkerung altert, Post- oder Bankfilialen werden geschlossen, Geschäfte und Gastwirtschaften machen dicht. 1960 hatten wir zum Beispiel 16 gastronomische Betriebe im Ort – heute sind es noch drei. Nach der Bürgerversammlung haben wir im Gemeinderat nach Lösungen gesucht, haben es erstmal auf der privatwirtschaftlichen Ebene versucht, aber das ist schnell gescheitert. Dann kamen wir auf das Modell, das bis heute trägt: Wir haben einen wirtschaftlichen Verein gegründet, in dem die Gemeinde Mitglied ist, aber auch viele Menschen aus dem Dorf. 2007 sind wir mit einem Vorgängerladen in einem privaten Gebäude gestartet, dann hat die Gemeinde das heutige Objekt erworben und umgebaut. Und da ist der Laden dann 2012 zur Miete eingezogen.

Was hat der Laden Ihrem Dorf gebracht?

Die Atmosphäre hat sich auf jeden Fall verändert. Der Laden ist ein ganz wichtiger Faktor im sozialen Netz – wenn wir ihn nicht hätten, gäbe es eine erhebliche Lücke im Dorf,

was die Kommunikation angeht. Wenn es solche Kristallisationspunkte nicht gibt, dann sind wir nur noch anonyme Schlafstätten. Die meisten Leute arbeiten ja außerhalb. Und wenn sie auf dem Heimweg schon in der nächstgrößeren Stadt eingekauft haben, in einer dieser modernen Raubritterburgen auf der grünen Wiese, dann fahren sie direkt nach Hause, treffen keinen Menschen mehr, schlafen, und fahren am nächsten Morgen wieder los.

In Klausen ist es jetzt so, dass viele Leute nach der Arbeit am Laden anhalten und einkaufen. Oft trinken sie noch einen Feier-

“ Der Laden ist ein ganz wichtiger Faktor im sozialen Netz.

abendkaffee und treffen jemanden und unterhalten sich. Aber natürlich nutzen gerade auch ältere Menschen den Laden. Die würden sonst zu Hause sitzen und nur den Fernseher als Gesprächspartner haben. Es gibt Leute, die kommen mehrmals am Tag. Sie kaufen jeweils nicht viel – aber ihnen ist halt sonst langweilig, und sie wissen, dass sie im Laden jemanden treffen, und sei es nur die Bedienung.

Dort redet man dann also über die wichtigen Dinge im Dorf: Wer ist gestorben? Ist der und der noch im Krankenhaus? Wann ist die Karnevalsitzung, fängt die um sieben an oder um acht? Da geht's dann querbeet um alle möglichen Themen ...

... vom ganz Kleinen bis zur großen Politik?

Morgens um neun sitzt da eine Gruppe von Handwerkern, macht Frühstückspause und hat zum Beispiel die Bild-Zeitung auf dem



Tisch. Die Schlagzeile ist dann im ganzen Laden das Thema des Morgens.

Es ist enorm wichtig, dass solche Diskussionen in einem halbwegs öffentlichen Raum stattfinden. Wenn fünf, sechs Leute am Tisch sitzen, dann kommen ja die unterschiedlichsten Meinungen auf den Tisch – und das ist die Basis von Demokratie: Dass man sich mit verschiedenen Ansichten auseinandersetzt und nicht nur mit Leuten, die denken wie man selbst. Ein wirklicher Austausch muss von Auge zu Auge stattfinden, man sollte sich Argumenten anderer stellen – aber das gibt es nicht ohne einen Ort, wo sich Menschen treffen.

Ein Dorfladen als Mittel gegen das, was heutzutage „Filterblase“ genannt wird?

Genau. Oder dagegen, dass sich Leute nur noch auf irgendwelchen Internetseiten informieren und sich auf das verlassen, was sie da lesen. Das Schlimmste im Dorf sind Gerüchte oder Dinge, die sich im Hintergrund abspielen, wo man keine Gelegenheit hat zu reagie-

ren. Nicht zuletzt ermöglichen Dorfläden als kommunikative Treffpunkte die Auseinandersetzung mit Leuten, die rechtsradikale Botschaften verbreiten wollen. Zufälligerweise wohnt bei uns im Dorf die Kreisvorsitzende der AfD. Sie war früher auch Gemeinderatsmitglied, aber bei der letzten Wahl wurde sie nicht mehr gewählt. Nach meiner Einschätzung lag das auch daran, dass es mit dem Laden ein halböffentliches Podium im Dorf gab und sich ziemlich schnell herumsprach, welches Gedankengut hinter der Partei steckt.

Man könnte ganz grundsätzlich sagen: Austausch ist das Lebenselixier des Gemeinwesens. Gibt es keine Orte der Begegnung, ziehen schnell soziale Isolation, Vereinsamung und atmosphärische Kälte ein. Mit einem Dorfladen fühlen sich die Leute weniger abgehängt. Nicht zuletzt erhöht es die Lebensqualität ganz erheblich, wenn man nicht für zwei Brötchen in die Kreisstadt fahren muss. Und Zufriedenheit und Wohlbefinden im Lebensumfeld entziehen rechtsradikalen Tendenzen den Nährboden.

Das Geld für Ihren Laden sehen Sie also als sehr gute Investition?

Natürlich wollen wir kein Dauer-Zuschuss-geschäft haben, das können wir uns als verschuldete Gemeinde auch gar nicht leisten. Auf der anderen Seite ist es aber so, dass wir viele Einrichtungen unterhalten, die für das Zusammenleben auf dem Dorf wichtig sind. Nehmen wir nur mal den Sportplatz: Dort leisten wir uns auch Kosten von jährlich rund 10.000 Euro, damit Sport getrieben werden kann. Deshalb sage ich schon, dass wir auf der anderen Seite den Laden als ganz wichtige Einrichtung im sozialen Bereich brauchen. Er hat einen Wert für das Dorf, den man nicht in Mark und Pfennig berechnen kann.

Rund 200 Dorfläden wie Ihrer sind in einem bundesweiten Netzwerk zusammengeschlossen, Sie sitzen dort im Vorstand. Was raten Sie Menschen, die auch einen Laden eröffnen wollen? Welche Fehler sollten sie vermeiden?

Zuallererst muss man die Lage vor Ort nüchtern analysieren. Gibt es noch einen Rest von Strukturen? Einen kleinen Backshop vielleicht, den man mit anderen Angeboten aufwerten kann? Das wäre auf jeden Fall der einfachere Weg. Denn eine Neueröffnung ist mit echt großem Aufwand verbunden, Sie brauchen eine Menge Leute, die mitziehen.

Wenn es wirklich nichts mehr gibt, dann sollte der erste Weg zu einem bestehenden Dorfladen in einer vergleichbaren Gemeinde führen. Den sollte man sich genau anschauen, sich mit den Leuten dort unterhalten und auch genau über verschiedene Organisationsmodelle für einen solchen Laden nachdenken. Wir vom Dachverband vermitteln gern Kontakte.

Wie findet man bei sich im Dorf Leute, die mitmachen?

Sie brauchen zunächst mal einen Motor an der Spitze der Bewegung, das sollte am besten der Ortsbürgermeister sein. Kommt dagegen die Initiative aus der Opposition, dann ist das ein Problem. Sie brauchen nämlich eine große Akzeptanz im Dorf, Sie brauchen eine große Mehrheit im Gemeinderat, um einen Laden auf die Beine zu stellen. Wird die Initiative nur von einer Minderheit oder nur mit einer knappen Mehrheit getragen, dann gibt's einfach zu viele Leute, die beweisen wollen, dass es nicht funktionieren kann.

In Klausen haben wir durch den Trägerverein eine breite Basis geschaffen. So ein Laden lebt ja vom Einkaufen, Sie brauchen die Kunden, Sie brauchen vor allen Dingen die Familien, die bereit sind, wesentliche Teile ihres Grundeinkaufs dort zu machen. 400.000 Euro Umsatz kommen ja nicht von der fehlenden Streichholzschachtel, die man im Discounter vergessen hat.

Es liegt also an jedem Dorf, ob es einen Dorfladen gibt?

Wir haben vieles selbst in der Hand. Einen Dorfladen zum Beispiel können Sie nicht mit Schnäppchenjägern über Wasser halten. Wer morgens erstmal die Prospekte studiert und dann 30 Kilometer weit fährt, um das Pfund Butter zehn Cent billiger zu bekommen – der soll sich hinterher nicht beschweren, dass der Dorfladen schließen musste. Wer auf dem Dorf lebt, hat viele Vorteile, zum Beispiel das dichtere soziale Netz. Aber man trägt auch eine Verantwortung. Meine Botschaft ist immer: Es kommt kein Außerirdischer, der das Dorf rettet!

Das Interview führte Toralf Staud

Weitere Informationen:

www.unser-dorfladen-klausen.de
www.dorfladen-netzwerk.de

„Für Nazis geschlossene Ortschaft“

Was kann eine Kommune tun, die sich touristisch und wirtschaftlich gut entwickelt – wo aber plötzlich eine Immobilie zum Standort für rechtsextreme Veranstaltungen wird? Die Gemeinde Schorfheide in Brandenburg hat genau dies erlebt – hier berichtet der Bürgermeister von seinen Erfahrungen und gibt fünf konkrete Tipps

Von Uwe Schoknecht

Die Gemeinde Schorfheide ist eine große Flächengemeinde in Brandenburg mit neun Ortsteilen und insgesamt rund 10.300 Einwohnern, verteilt auf einer Fläche von 237 Quadratkilometern.

Im Jahr 2006 zog die Familie Mann in den Ortsteil Finowfurt. Ein Familienmitglied war der letzte Landesvorsitzende der rechtsextremistischen Partei Deutsche Volksunion (DVU), die 2011 mit der NPD fusionierte. Auf dem Grundstück, das die Familie in Finowfurt erwarb, fanden in den darauffolgenden Jahren regelmäßige Aktivitäten statt, zum Beispiel Parteiveranstaltungen, Sportfeste und rechtsextreme Konzerte. Die Aktivitäten begannen mit Sommerfesten der DVU, steigerten sich dann jedoch von Jahr zu Jahr. Den vorläufigen Höhepunkt markierten die Jahre 2011 bis 2013 mit insgesamt 20 Veranstaltungen, die stattfanden, unterbunden oder aufgelöst wurden.

Mit diesen Ereignissen war ein sehr großes öffentliches und mediales Interesse verbunden, auch überregional. Wir merkten sehr schnell, dass alles, was wir uns in den vorangegangenen Jahren erarbeitet hatten, zumindest in der Außenwahrnehmung der Gemeinde nicht viel zählte. Es war ein langer schmerzhafter Lern- und Erkenntnisprozess, dass die Gemeinde praktisch auf ein einziges Problem reduziert wurde.

Die Berichterstattung erzeugte auf unterschiedlichen gemeindlichen Ebenen Handlungsdruck. Dazu kam das Gefühl, auch von großen Teilen der Zivilgesellschaft unverdient in die rechte Ecke gedrückt zu werden – was wir als umso ungerechter empfanden, als die Gemeinde viele Jahre lang sehr viel, vielleicht auch mehr als andere, für die Stärkung der Zivilgesellschaft getan hatte. Heute wissen wir, dass man für jede Krankheit eine spezielle Medizin benötigt – aber auch, dass es nach wie vor kein Allheilmittel gibt.

Das „Aktionsbündnis Bunte Schorfheide“ wird gegründet

Bereits im Herbst 2010 lernten wir Karin und Jürgen Lorenz vom Mobilem Beratungsteam Brandenburg kennen. Beide waren mit einem Gesprächsangebot auf mich zugekommen, das ich gern annahm. Wir merkten, dass – wie man so sagt – die Chemie zwischen uns stimmte. Schnell wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, aus der dann das Aktionsbündnis Bunte Schorfheide entstand. Darin vertreten waren unter anderem die beiden örtlichen Pfarrer, der Jugendsozialarbeiter, meine Stellvertreterin, der Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit, der Vereinsvorsitzende des Förderkreises Burkina Faso e. V. und der Finowfurter Ortsvorsteher. In den folgenden Jahren stellte das Aktionsbündnis eine Vielzahl sehr erfolgreicher Aktionen auf die Beine. So hingen beispielsweise zum sogenannten „2. Preußentag“ im Jahr 2011 (und auch davor und danach) zahlreiche Plakate in Finowfurt, unter anderem mit den Slogans „Für Nazis geschlossene Ortschaft“ und „Vielfalt statt Einfalt“. In den Farben der Initiative entstanden im Laufe der Jahre in allen Ortsteilen sehr schöne Blumentopfensembles sowie Bänke.

Unsere beste Idee war aber sicherlich die Initiierung eines „Schorfheidefrühstücks“. Unter dem Motto „Willkommen an einem Tisch – für eine bunte und vielfältige Gemeinde“ findet es seit 2011 einmal jährlich jeweils im Sommer abwechselnd in den neun Ortsteilen statt. Es ist ein gemeinsames Picknick auf offener Straße, zu dem alle Bürger*innen eingeladen sind. Jede*r bringt, wie bei einem Familienpicknick, etwas zu essen mit. Über den Tisch hinweg finden Gespräche statt, die

die Menschen zueinander führen. Doch wir haben klare Regeln aufgestellt: Unerwünscht sind Kommerz, Parteienwerbung und jegliche fremdenfeindliche Äußerungen. Gern gesehen sind jedoch alle Menschen, die die Gemeinde Schorfheide bunt machen, egal welcher Hautfarbe, Nationalität und Religion sie sind.

Das Aktionsbündnis Schorfheide initiierte in der Folge mehrere Aufrufe und Aktionen. Eine der wichtigsten und größten war wohl die Gegenaktion zu einer großen rechtsextremistischen Musikveranstaltung mit Livebands auf dem Grundstück der Familie Mann am 18. Mai 2013. Zunächst wurden in der Finowfurt



ter Konzerthalle Filmsequenzen aus dem Film „Der große Diktator“ mit Charlie Chaplin gezeigt. Darüber hinaus gab es ein Rockkonzert mit Uwe Kolberg und mehrere kurze Redebeiträge. Anschließend gingen die Teilnehmer gemeinsam mit den Veranstaltern von „Finowfurt Nazifrei“ auf die Straße. Im Juli 2013 fanden eine Demonstration mit Unterstützung des Aktionsbündnisses „Vorpommern: weltoffen, demokratisch, tolerant“ sowie ein Protest-Picknick statt. Eine weitere Gegendemonstration war für den August geplant, lief aber ins Leere, da das geplante Konzert auf dem Grundstück der Familie Mann verschoben wurde. Am gleichen Tag

fand jedoch das Plenum des landesweiten Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit statt. Hier wurde über die generelle Problematik mit rechtsextremistischen Konzerten berichtet. Bürgerinnen und Bürger aus der Gemeinde Schorfheide nahmen teil.

Die Liste der Aktivitäten ist lang: Im Juni 2013 wurde an der Schule Finowfurt, die den Titel „Schule ohne Rassismus und mit Courage“ trägt, eine Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel „Demokratie stärken, Rechtsextremismus bekämpfen“ gezeigt. Im Ortsteil Groß Schönebeck fand ein Konzert jüdischer Kultur mit Swing und Klezmer-Musik statt. Der Verfassungsschutz nahm mit einem Info-Mobil an Volksfesten teil, etwa dem Flößerfest. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung begleitete Protestaktionen und Veranstaltungen in Finowfurt mit ihrem „Demokratie-Mobil“. Erwähnenswert sind auch die Verlegung von Stolpersteinen in Finowfurt, Lichterfelde und Groß Schönebeck oder eine Veranstaltung zum mahnenden Gedenken an die durch NS-Einheiten ermordete Pfarrersfamilie Mahler in Groß Schönebeck.

Mehr als nur „Dienst nach Vorschrift“

Seit 2014 haben keine Konzerte mehr auf dem Grundstück der Familie Mann stattgefunden. Dies ist ein sehr großer Erfolg und vor allen Dingen dem konsequenten Verwaltungshandeln zu verdanken. Im September 2013 gelang es unserer Ordnungsamtsleiterin, ein Konzert der rechtsextremen Band Kategorie C zu verbieten. Die Verbotsverfügung hatte vor dem Obergericht und dem Verfassungsgericht Bestand. Auch danach wur-

den immer wieder Verbotsverfügungen erlassen. Über die Jahre entwickelte sich eine sehr enge und immer professioneller werdende Abstimmung mit den Verantwortlichen der Polizei. Diese ist von großem Vertrauen und Akzeptanz für die Möglichkeiten der anderen Seite geprägt.

In Diskussionen mit Fachleuten wurde immer wieder klar, dass eine dauerhafte Unterbindung der Konzerte auf dem Privatgrundstück nur möglich ist, wenn die Bauaufsichtsbehörde des Landkreises aktiv wird und eine baurechtliche Überprüfung des Grundstücks veranlasst. Lange Jahre wehrte sich der Landkreis dagegen. Erst ein verwaltungsgerichtliches Urteil, politischer und öffentlicher Druck und nicht zuletzt Druck durch die Polizei führten schließlich dazu, dass sich die Bauaufsicht bewegte. Die Behörde erließ eine Nutzungsuntersagungsverfügung für das Wohngrundstück, mit der weitere Nutzungen als Veranstaltungsort verboten wurden. Der Grundstückseigentümer hat dagegen geklagt, das Ergebnis ist offen.

Es zeigt sich deutlich, dass eine Verwaltung bereit sein muss, ihre Ermessensspielräume auszunutzen – mit Rechtsbeugung hat das nichts zu tun. Priorität für unsere Gemeinde war immer, die Durchführung der extremistischen Veranstaltung durch Verbotsverfügung zu verhindern. Dabei wird man auch immer Personal benötigen, das mehr zu leisten bereit ist als nur „Dienst nach Vorschrift“.

Unsere zahlreichen **Erfahrungen** möchte ich in **fünf Punkten** zusammenfassen:

1. Man muss die Probleme offensiv angehen, auch mit einer offensiven Presse-

und Öffentlichkeitsarbeit. Wegducken und tuscheln bringt nichts.

2. Man sollte sich unbedingt Partner und professionelle Berater*innen suchen.
3. Eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei ist notwendig.
4. Mit populistischen Vorschlägen von außen sollte man sich kritisch auseinandersetzen.
5. Was vor Ort nicht von breiten Teilen der Zivilgesellschaft akzeptiert wird, ist eher kontraproduktiv.

Eine weniger schöne Erfahrung möchte ich nicht verschweigen: Für die „Frontleute“ in solchen Auseinandersetzungen mit Rechtsextremismus gibt es leider allzu oft nicht genügend Rückhalt. Dazu nur zwei Beispiele:

Das Innenministerium des Landes Brandenburg versprach immer wieder eine Veranstaltungsverordnung zu erlassen, die den Kommunen als Mittel zur Untersagung extremistischer Veranstaltungen an die Hand gegeben werden sollte. Doch in mehreren Arbeitsgesprächen mit Juristen des Innenministeriums erklärten diese mir immer wieder nur, was nicht geht.

Ich wurde ganz persönlich bedroht, etwa mit den Worten „Scho-Juden-knecht hör auf zu atmen“. Es war schwierig, die Polizei überhaupt zu bewegen, Ermittlungen im Internet aufzunehmen. Nachdem der Täter doch ermittelt werden konnte, stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren sehr schnell mit der Begründung ein, der Aufenthaltsort des Beschuldigten könne nicht ermittelt werden.

Vom Lernenden zum Berater

Wie werden wir heute gesehen bzw. sehen uns selbst? Meiner Einschätzung nach



Uwe Schoknecht (62) ist von Beruf Lehrer und seit 1987 hauptamtlich in der Kommunalpolitik tätig. Er war Beigeordneter, Hauptamtsleiter und Amtsdirektor des ehemaligen Amtes Barnim-Nord, bevor er 1998 Bürgermeister der Gemeinde Finowfurt und im Jahr 2003 Bürgermeister der neu gegründeten Gemeinde Schorfheide wurde. Bei der letzten Wahl erhielt er 93,4 Prozent der gültigen Stimmen.

sind wir in den vergangenen Jahren vom Lernenden immer mehr auch in die Rolle eines Beraters geschlüpft. Auf der Basis unserer eigenen Erfahrungen habe ich bereits mehrere Vorträge in anderen Kommunen gehalten.

Dass unsere Arbeit und Aktivitäten gegen Rechtsextremismus anerkannt sind, zeigt auch der Besuch eines Teams von Brandenburger Jugendlichen in unserer Gemeinde. Auf ihrer landesweiten Jubiläumstour „20 Jahre Tolerantes Brandenburg“ machten sie in all jenen Ort Halt, in denen gegen Rechtsextremismus demonstriert wurde, Konzerte und Kampagnen stattgefunden haben oder Aktionen und Integrationsprojekte durchgeführt wurden und werden.

„Es ist wichtig, dass es einfach einen Ort gibt, um Gemeinschaft zu pflegen“

Im Jahr 2010 gründeten engagierte Künstler*innen in der ländlichen Leipziger Region den Verein Schweizerhaus Püchau e.V. und bieten seitdem Kulturangebote für die breite Bevölkerung an. Seit Sommer 2018 belebt der Verein dazu die Wurzener Innenstadt neu, hat ein ehemaliges Lederwarengeschäft mit eigener Sattlerei nach sechs Jahren Leerstand zu einem Projektladen für Kunst und Kultur umfunktioniert. Wir fragten Leonore Kasper und Martina Jacobi nach der Arbeit des Vereins – und was Töpfern mit Demokratie zu tun hat.

Ein Interview mit Leonore Kasper und Martina Jacobi

Wie sieht bei Ihnen und Ihrem Verein eigentlich eine durchschnittliche Woche aus?

LEONORE KASPER: Auf der einen Seite haben wir den Laden in Wurzen, der öffnet jeden Donnerstagnachmittag, halb vier, die Türen zum Offenen Atelier. Dort kann jede und jeder kommen, egal ob Anfänger oder Fortgeschrittene. Gemeinsam mit einer Künstlerin kann man da dann unterschiedlichste Techniken ausprobieren, es entstehen Zeichnungen, Malereien, Linolschnitt, Collagen, Objekte – je nach Neigung und Interesse der Leute.

Auf der anderen Seite bieten wir vielfältige Projekte und mobile Workshops an, da gleicht kaum eine Woche der anderen. Wir veranstalten Töpferkurse ebenso wie HipHop-Workshops, wo Jugendliche eigene Rap-Songs schreiben, sie professionell vertonen und ihre eigenen Plattencover gestalten können. Wir sind viel an Schulen zu Projektwochen unterwegs, bieten Aikido-Training an, manchmal Buchlesungen, spielen Theater, drehen Filme und, und, und, und..

Wer kommt typischerweise zu Ihnen?

MARTINA JACOBI: Im Laden arbeiten wir gezielt generationsübergreifend, die mobilen Projekte hingegen sind altersspezifisch angelegt.

LEONORE KASPER: Die Kinder sind meist zwischen acht und 13 Jahren alt – die jüngeren wären zu klein, um allein zu uns zu kommen, und die älteren sind, na ja, mit sich beschäftigt. Jugendliche sind unserer Erfahrung nach am schwersten zu erreichen, die bekommt man fast nur in der Schule. Bei den Erwachsenen kommen sehr stark Frauen, einige ab Mitte vierzig, aber auch viele Ältere. Es kommen Leute mit Migrationshintergrund und ohne, Leute mit einfacher Schulbildung oder höherer.

Was Sie anbieten wird in Fachkreisen oft als Soziokultur bezeichnet. Was verstehen Sie unter diesem Begriff? Wie würden Sie einem Laien erklären, was eigentlich „Soziokultur“ ist?

MARTINA JACOBI: Unter dem Begriff „Soziokultur“ werden sehr viele Facetten von

„Auch“-Kunst und -Kultur im gesellschaftlichen Kontext beschrieben. Es gab immer die Fachdebatte, ob denn Soziokultur nicht dasselbe ist, was früher Gemeinwesenarbeit genannt wurde. In gewisser Weise stimmt das auch – aber der Aspekt der eigenen Beteiligung und aktiven Gestaltung von Gesellschaft ist nach unserer Einschätzung in der Soziokultur deutlich ausgeprägter. Und

“ Wir machen Kulturarbeit, ganz eindeutig.

dieser Aspekt macht dann auch das Neue am inzwischen alten Begriff aus.

Wir selbst sind aber kein soziokultureller Verein. Wir sind ein Kunst- und Kulturverein und wir bieten unsere künstlerischen Fähigkeiten Menschen der Region an. Wir arbeiten beteiligend und aktivierend, aber nicht ausschließlich. Bisweilen setzen wir auch einfach nur Kunstprojekte um.

Auf Ihrer Internetseite schreiben Sie, bei Ihnen gebe es „künstlerische, kulturelle und demokratische Bildungsangebote“, und Sie „fördern die Entwicklung von freien, verantwortungs- und selbstbewussten Individuen“. Machen Sie eher Kulturarbeit oder eher politische Arbeit?

LEONORE KASPER: Wir machen Kulturarbeit, ganz eindeutig. Natürlich, Kunst ist auch politisch. Irgendwie ist ja alles politisch. Aber bei uns gibt es keine politischen Seminare. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, sich über

künstlerische Ansätze mit gesellschaftlichen Inhalten auseinanderzusetzen.

Aber das ist doch politisch!?

LEONORE KASPER: Ja, schon. Aber es ist eben nicht klassisch politisch. Bei uns kann man sich nicht politisch engagieren, wir machen keine politische Bildung, keine Vorträge oder sowas.

Aber klar, wenn wir Kunstprojekte machen, etwa einen Filmworkshop mit Kindern, dann reden wir zu Anfang erstmal sehr viel. Wir kommen da nicht mit einem festen Plan ins Projekt und sagen, so, jetzt machen wir mal das und das. Sondern wir lernen uns erst einmal kennen und sprechen dann schon meist über – im weiteren Sinne – politische Fragen: Wer sind wir? Was wollen wir? Was bewegt uns?

MARTINA JACOBI: Das Sprechen sehen wir als wichtig an, als unsere vordringlichste Aufgabe. Die Erwachsenen und Jugendlichen finden bei uns eine Möglichkeit, sich mal jenseits von Schule oder Arbeit zu artikulieren.

Was erleben Sie, wenn Sie Kindern solche Fragen stellen?

LEONORE KASPER: Dann kristallisiert sich schnell heraus, was für die Kinder gerade hochaktuell ist. Die letzte Gruppe zum Beispiel kam ganz von selbst auf das Thema Mobbing. Und da haben sie dann zwei kurze Filme entwickelt – einen aus der Mobber-Perspektive und den anderen aus der Perspektive derer, die gemobbt werden.

MARTINA JACOBI: Krass für uns war, dass fast jede*r in der Gruppe gesagt hat, er oder



Foto: pexels/rawpixel.com

sie wurde schon mal gemobbt. Und auch fast jeder berichtete, dass er mobben würde. Das macht einen dann schon neugierig...

LEONORE KASPER: Eine andere Gruppe fand es toll, in die Stadt zu gehen und auf der Straße Leute zu interviewen. Die Kinder stellen dort teils ganz simple Fragen wie: Was machen Sie zu Weihnachten? Was wünschen Sie sich für das Neue Jahr? oder Was machen Sie in ihrer Freizeit?

MARTINA JACOBI: Oder sie lassen sich die Arbeit von verschiedenen Ladenbesitzer*innen erklären. Etwa so: Was machen Sie denn in Ihrem Laden? Was verkaufen Sie? Macht Ihnen das Spaß? Kinder haben einfach Lust, mit den Menschen zu reden und sie kennenzulernen. Und tatsächlich bekommen die Kinder darauf sehr positive Resonanz. Es hat zwar zwei Jahre gedauert, am Anfang sind wir meist abgeblitzt – aber inzwischen werden die Kleinen Reporter*innen schon

“ Was denkst Du denn über die anderen? Und was denkst Du, was der andere über Dich denkt?

angefragt, also umgekehrt sie zu Interviews eingeladen. Daran sieht man, dass Kontinuität sehr wichtig ist.

LEONORE KASPER: Oder wenn wir zum Beispiel an einer Schule ein Theaterprojekt zum Thema Vorurteile machen, dann fragen wir erstmal: Was denkst Du denn über die anderen? Und was denkst Du, was der andere über Dich denkt? Man ist dann recht schnell bei sehr grundlegenden Themen. Und bei Kindern, vor allem bei den Kleineren, ähneln sich die Aussagen ziemlich. Da sagen praktisch alle: Es sollen keine Unterschiede gemacht werden zwischen einzelnen Kindern. Es soll friedlich sein. Es soll gerecht sein.

“ Es geht umso einfacher, je jünger die Kinder sind. Bis zum Alter von ungefähr 13 Jahren – wenn man die regelmäßig sieht, dann merkt man, dass man einen Einfluss hat.

Das sind ja nun urdemokratische Werte.

LEONORE KASPER: Aber wenn man die von Größeren hört, ist manchmal schwer einzuschätzen, ob sie das von sich aus sagen – oder weil sie meinen, dass es erwartet wird. Gerade ältere Jugendliche merken natürlich, dass es jetzt überall „diese Demokratieprojekte“ gibt, wo es um Toleranz geht und so. Die wissen ganz genau, wie sie da stressfrei durchkommen, was sie antworten müssen, um in Ruhe gelassen zu werden. Bei manchen sieht man, dass hinter der Stirn gerade etwas ganz anderes abläuft und dass die uns echt kritisch beäugen.

Als was?

MARTINA JACOBI: Na ja, so Künstler*innen eben, die nicht wissen, wie das wahre Leben läuft. Die malen ja nur bunte Bilder.
LEONORE KASPER: Ihnen ist unsere Arbeitsweise einfach nicht geläufig. Viele können auch nicht nachvollziehen, dass das eine Arbeit und eine Profession ist, mit der man seinen Lebensunterhalt bestreitet. Also dass Kunst kein Hobby ist. Aber diese Ansicht ist ja weit verbreitet, in allen Schichten. Das Klischee ist immer noch, dass Kunstschaffende um sich selbst kreisen, lange schlafen und

Termine vergessen. Mit unserem Alltag hat das wenig zu tun.

Und was machen Sie mit diesen Jugendlichen, die – ich sag mal – etwas schwieriger sind?

LEONORE KASPER: Na ja, die malen ja zum Teil schon auch sehr gern. Bei einigen hab ich nach ner Weile gesagt: Mensch, das macht Dir doch richtig Spaß! Aber auch so etwas geht nur mit Kontinuität. Und es geht umso einfacher, je jünger die Kinder sind. Bis zum Alter von ungefähr 13 Jahren – wenn man die regelmäßig sieht, dann merkt man, dass man einen Einfluss hat. Bei den älteren ist das meist schwieriger.

Was wir regelmäßig merken: Die Kinder und Jugendlichen reden ziemlich selten über solche Themen. Was das im Einzelnen bedeutet, hängt natürlich vom jeweiligen Charakter ab: Manche Kinder kommen sehr schnell ins Reden und wirken ganz begeistert. Anderen hingegen fällt es, weil es ungewohnt ist, sehr schwer, Dinge zu formulieren.

Oder wenn wir irgendwo an eine Schule kommen und die Lehrerinnen dabei sind – selbst wenn wir dann ganz einfache Sachen fragen, was denn so die Hobbies sind zum Beispiel: Da gucken viele Kinder erstmal, wie die Lehrerin guckt. So als Rückversicherung, was man sagen soll oder darf. In solchen Situationen merken wir sehr oft, dass das freie Arbeiten für die Kinder eine Umstellung ist. Dass sie es kaum gewohnt sind, gefragt zu werden, selbst etwas beitragen zu können. Viele sind mehr mit negativen Dingen beschäftigt als mit positiven. Damit, dass sie

angeblich irgendwelche Auffälligkeiten haben, dass sie in irgendeinem Fach schlecht sind oder so. Mit ihnen an einem freien Projekt zu arbeiten, ist dann endlich mal etwas Positives.

MARTINA JACOBI: Das liegt natürlich auch in der Natur der Sache. In der Schule herrscht das Leistungsprinzip, es gibt Kopfnoten, die den Charakter und das Verhalten bewerten. Wer sich also konform verhält und relativ gute Leistungen in der Schule bringt, hat wenig Stress. Deshalb ist es freien Projekten wichtig, Schutzraum für Offenheit zu schaffen. Und andere Methoden von Zusammen-

“ In der Schule herrscht das Leistungsprinzip, es gibt Kopfnoten, die den Charakter und das Verhalten bewerten. Wer sich konform verhält und gute Leistungen in der Schule bringt, hat wenig Stress.

leben zu vermitteln. Zum Beispiel kann die Gruppe zusammen Regeln des Miteinanders festlegen. Sie können eigene Arbeitspläne entwickeln, die verbindlich sind für die Gruppe und so weiter. Dabei lernen sie, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und Kompromisse zu finden.

Wie finanzieren Sie eigentlich Ihre Arbeit?

LEONORE KASPER: Aus einer Vielzahl relativ kleiner Töpfe, aus Zuschüssen der Kom-

mune, diversen öffentlichen Förderprogrammen von Bund oder Land, und das meiste hat eine relativ kurze Laufzeit. Der Aufwand, all das zu koordinieren und abzurechnen, ist ziemlich groß – es nimmt manchmal mehr Stunden in Anspruch, als man letztlich vor Ort konkret Projekte umsetzt. Dieses Organisatorische läuft bei uns alles ehrenamtlich. Wir haben keine festen Stellen, sind alle Freiberufler*innen. Da ist es schon sehr schön, wenn man mal – wie kürzlich von der Robert-Bosch-Stiftung – eine Förderung über zwei Jahre bekommt.

Die Stiftung zeichnete Sie als sogenannte „Neulandgewinner“ aus, Motto: „Zukunft erfinden vor Ort“. Sie würden, hieß es zur Begründung, „durch Ihr Denken und Tun den gesellschaftlichen Zusammenhalt in ländlichen Räumen in Ostdeutschland stärken“. Geht so etwas durch Töpferkurse?

LEONORE KASPER: Klar, das kann man mit Töpferkursen sogar besser als mit vielen anderen Sachen! Natürlich können wir nicht bei jedem unserer Projekte genau sagen, dies oder das ist jetzt der demokratische Output. Manchmal ist es einfach wichtig, dass es einen Ort gibt, wo man hingehen kann, um zusammenzufinden, um Gemeinschaft zu pflegen. Ich mache ja lieber mit anderen Menschen zusammen schöne Dinge als nicht schöne Dinge. Da fühlt man sich dann einfach wohler in seiner Umgebung, und das ist gut für Demokratie.

Das Interview führte Toralf Staud

Politische Bildung auf dem Land – selten war sie wertvoller als heute!

Trotz demografischen Wandels und schrumpfender Regionen darf sich die politische Bildung nicht aus der Fläche zurückziehen. Ein Plädoyer der Leiterin der Volkshochschule Region Kassel in Nordhessen – und konkrete Tipps aus ihrer Arbeit

Von Katharina Seewald

Die Volkshochschule (vhs) Region Kassel ist die kommunale Weiterbildungseinrichtung von Stadt und Landkreis Kassel und die einzige Bildungsorganisation vor Ort, die noch flächendeckend und wohnortnah preiswerte Bildung auch in der Peripherie anbietet. Allerdings gibt es auch hier Grenzen: Nicht alles kann noch für alle angeboten werden. Auch die Volkshochschule muss sich in dem Rahmen bewegen, den der kommunale Haushalt vorgibt, und die Finanzmittel sparsam einsetzen.

Die vhs Region Kassel hat nach wie vor einen eindeutigen Schwerpunkt bei der politischen Bildung, sowohl in der Stadt als auch im Landkreis. Obwohl sie nicht unter ökonomischen Verwaltungsgedanken zu betrachten ist, kostet politische Bildung

schlicht Geld. Die politischen Gegebenheiten in der Region Kassel sind aber so, dass sie als gesellschaftlicher Wert und Notwendigkeit von den politisch Verantwortlichen geschätzt und deshalb auch die Arbeit der vhs in diesem Bereich unterstützt wird.

Der Begriff der politischen Bildung umfasst dabei ein weites Feld: von Gedenkstättenpädagogik über Auseinandersetzungen in der Arbeitswelt bis zur Rechtsextremismusprävention. Auch das Hessische Weiterbildungsgesetz HWBG (auf das sich die Volkshochschule als hessische Einrichtung bezieht) weist die gesamte Spannweite auf. Hier wird einerseits die politische Bildung neben der allgemeinen, beruflichen und kulturellen Weiterbildung hervorgehoben und gleichzeitig ausgeführt, dass durch die Angebote „die Fähigkeit zur Mitgestal-



Foto: Diethard Rindermann

tung des demokratischen Gemeinwesens gestärkt und für die Ausübung eines Ehrenamtes qualifiziert“ werden sollte. Vor welchem Hintergrund aber diskutieren die Volkshochschulen die politische Bildung auf dem Land?

Gesellschaftliche Entwicklung: Wir werden weniger und älter?!

Der demografische Wandel lässt die Bevölkerungszahl sinken, er geht zudem mit Abwanderungsprozessen aus den ländlichen Räumen in städtische Regionen einher. Die Bildungsarbeit kann darauf – statt mit einem Rückzug aus der Fläche – beispielsweise mit der sogenannten Digitalisierung des Lernens reagieren – allerdings nicht wie in den 90er-Jahren häufig schlecht erprobt als „reines E-Learning“ am Bildschirm. Vielmehr sind vielfältige, handhabbare Methoden des

Blended Learning gefragt, also die Verbindung von singulärer Lernform mit Präsenzphasen in der Gruppe.

Inmitten des vielfältigen Wandels ist heute Hilfe bei der Orientierung absolut notwendig – es braucht Orientierungsorte, an denen sich die Veränderungsprozesse bewerten und bewältigen lassen. Gerade Volkshochschulen können dies leisten. Sie sind von ihrem Grundverständnis her Orte, an denen Brücken geschlagen werden zwischen individuellen Bildungsbedürfnissen und dem gesellschaftlichen Bedarf der Weiterbildung.

Generell kann man/frau davon ausgehen, dass die Nachfrage nach Orientierung und Beratung steigt. Die durchschnittliche Lebenserwartung nahm seit 1970 bereits um



“ Die Annahme, das Engagement älterer Menschen nehme kontinuierlich ab, stimmt schon heute nicht mehr.

sechs Jahre zu, und die Prognosen gehen davon aus, dass der Zuwachs bis 2050 weitere vier Jahre beträgt. Das ist eine schöne Aussicht, zumal die Alterung der Gesellschaft keineswegs mit einer generellen Zunahme von Krankheit und Behinderung einhergeht. Der Großteil der gewonnenen Lebensjahre wird in Gesundheit gelebt werden können – wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Angebote für gesunde Ernährung, körperliche Bewegung und geistige Aktivität sind dafür von hoher Bedeutung.

Die Annahme, das Engagement älterer Menschen nehme kontinuierlich ab, stimmt schon heute nicht mehr. Die „Engagementquote“ der 60- bis 69-Jährigen liegt mit

37 Prozent gleichauf mit jener der Gesamtbevölkerung. Und immerhin noch ein Viertel der 70- bis 79-Jährigen übernehmen freiwillig und unbezahlt Aufgaben in Einrichtungen, Vereinen und Initiativen. Hier müssen Bildungsinstitutionen (gerade auch kommunale) ihr schon bestehendes Angebot weiter ausbauen. Gerade die Volkshochschulen haben in ihren Programmangeboten zur Gestaltung der nachberuflichen Lebensphase neue Akzente gesetzt und sollten dies weiterhin tun. Bei alledem darf jedoch auch die Lebenswelt junger Menschen nicht vergessen, die politische und kulturelle Jugendbildung nicht vernachlässigt werden.

Praxisbeispiele und Handlungsmöglichkeiten

Demografie-Arbeitsgruppe Landkreis Kassel

Der Landkreis Kassel hat vor einiger Zeit eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe ins Le-

ben gerufen, um die Herausforderungen des demographischen Wandels besser zu bewältigen. Ein Ziel ist beispielsweise, der Ausdünnung des ländlichen Raumes zu begegnen, Mobilitätsprobleme und Ähnliches zu thematisieren und Lösungen zu finden. Hier werden Modelle entwickelt und umgesetzt, um in den „Rändern“ des Landkreises die Infrastruktur aufrechtzuerhalten – und dazu gehören auch Bildungsangebote.

Die Arbeitsgruppe ist vielfältig zusammengesetzt: Bürgermeister*innen, Vertreter*innen des Jobcenters, der Volkshochschule, die Zuständigen für Verkehrswesen und andere wichtige Akteur*innen. Ein Modellprojekt dabei ist das Projekt GRIPS, eine vhs-Fortbildungsveranstaltung für Mobilitätsbegleiter*innen zur Demenzprophylaxe. Dabei werden in etlichen Kommunen des Landkreises Menschen ausgebildet, die eine aktive Demenzprophylaxe in den jeweiligen Orten organisieren. Vorhandene Gruppen in

Kirchengemeinden oder bei den Landfrauen werden qualifiziert, um in diesen Gruppen Bewegung und auch kognitive Beschäftigung mit diversen Themen zu fördern. Und dazu gehören dann auch politische Themen, die entweder die Kommune selbst betreffen oder übergeordnete Bedeutung haben. Aus diesen Kreisen heraus hat sich in einer Kommune zum Beispiel eine Gruppe entwickelt, die konkrete Vorstellungen erarbeitet hat, was das gute Leben im Alter in diesem Ort bedeutet.

Weitere Wege auch bezahlen

Eine der Herausforderungen für die Angebote der vhs in der Fläche ist es, Kursleiter*innen zu finden, die bereit sind, regelmäßig Kurse in der Peripherie abzuhalten. Hier bezahlt die Volkshochschule zusätzlich zum Honorar und zu den Fahrtkosten auch noch die Wegezeiten, um einen Anreiz für die „randständigen“ Angebote zu geben. Außerdem erlauben wir auf dem Land kleine-

re Gruppen, ohne dass die Teilnehmer*innen höhere Beiträge zahlen müssen.

Blended-Learning-Angebote für die Fläche

Das bereits erwähnte „Blended Learning“ (zu deutsch etwa: „integriertes Lernen“) ist eine Unterrichtsform, die Gruppenveranstaltungen mit dem Einzel-Lernen am heimischen Computer kombiniert. Dabei finden die Präsenzphasen nicht nur in der „Metropole“ Kassel statt, sondern auch in unseren Außenstellen im Landkreis, damit die Wege eben kürzer sind. Beispielsweise bieten wir unter Anleitung von Referent*innen Webinare zum Thema „smart democracy“ online an, deren Inhalte dann in Präsenzveranstaltungen vor Ort diskutiert werden.


Bürgerdialoge

Die vhs Region Kassel hat das Format der sogenannten Bürgerdialoge in die Oberzentren des Landkreises getragen. Dabei werden Veranstaltungen zu bestimmten Themen organisiert, die in der jeweiligen Kommune im politischen Bereich eine Rolle spielen. Während dieser Abende, die professionell moderiert werden, erarbeiten die Teilnehmenden eigene Positionen und Vorstellungen für Lösungsansätze. Durch die digitale Vernetzung während dieser Veranstaltungen können Expert*innen „zugeschaltet“ werden, die in den Diskussionsprozess einbezogen werden.

Diese Veranstaltungsform wird 2019 ausprobiert und soll später als regelmäßiges Angebot in das vhs-Programm aufgenommen werden. Eine der Schwierigkeiten dabei ist die geringe Übertragungskapazität des Internets auf dem Land, das erst nach und nach im Landkreis ausgebaut wird.

Verknüpfung von kultureller und politischer Bildung

Einer der erfolgreichen Ansätze für politische Bildung ist die Verknüpfung von kultureller und politischer Bildung. So wurde eine Veranstaltungsreihe „Arbeiten bei Nacht“ mit Besuchen von Nacht- und Schichtarbeitsplätzen ebenso angeboten wie Kurse zum interkulturellen Lernen mit der Bevölkerung im Dorf (z.B. ein Strick- und Nähkurs, der die unterschiedlichen Herkunftsländer der Teilnehmenden thematisiert). Veranstaltungen zum Strukturwandel im ländlichen Raum sind ebenfalls Teil des Programms.

 **Einer der erfolgreichen Ansätze für politische Bildung ist die Verknüpfung von kultureller und politischer Bildung.**

Veranstaltungen „klassischer Art“

Bei allen Neuheiten bleiben die „herkömmlichen“ Veranstaltungsreihen weiterhin wichtig, beispielsweise zur Novemberrevolution oder zur Geschichte der Region oder auch die Gedenkstättenarbeit. Eine große Rolle im Landkreis spielen zudem Eisenbahn und Industriekultur. Die Zusammenarbeit mit lokalen Akteur*innen ist hier unabdingbar.

Bildungsbahnhof Hümme

Die Dorfgemeinschaft des 1.300-Einwohner-Ortes hat ein altes Bahnhofsgebäude in Eigenleistung renoviert, die Volkshochschule war von Anfang an in die Konzeptentwicklung eingebunden. Heute bietet dieses sogenannte Mehrgenerationenhaus diverse Angebote für viele Altersgruppen, zum Beispiel Theaterworkshops im interkulturellen Bereich mit Kindern und Jugendli-

chen, „klassische“ politische Vorträge zu aktuellen Themen für Erwachsene oder auch gesundes Kochen und Essen für Senior*innen. Es gibt dort auch vielfältige Angebote der politischen Bildung, das Haus ist so zu einem Kristallisationspunkt der dörflichen Gemeinschaft geworden.

MBT – ein Projekt in der Volkshochschule

Seit Jahren ist das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in der vhs Region Kassel angesiedelt. Durch seine dezentrale Arbeit erreicht es noch andere Bevölkerungsgruppen als das „klassische Volkshochschulklientel“. Die Arbeit mit Vereinen und Initiativen in diesem Bereich ist ein wichtiger Bestandteil der vhs-Arbeit.

Talentcamps

Seit einigen Jahren bietet die Volkshochschule sogenannte Talentcamps an, die durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert werden. Diese Camps werden gezielt auch im ländlichen Raum veranstaltet, denn bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche gibt es beileibe nicht nur in Städten. In diesem Rahmen wurden zahlreiche Veranstaltungen angeboten und gut besucht – zum Beispiel ein Demokratieführerschein, interkulturelles Lernen oder auch Geschichtslernen über die Auswirkungen des Ersten Weltkrieges auf die Lebenswelt der damaligen Kinder und Jugendlichen.

Globales Lernen

Dieses Programm wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit gefördert und über den Dachverband der Volkshochschulen organisiert. Die vhs Region Kassel lädt in diesem Rahmen Menschen aus der Region ein, sich die Frage zu

stellen (und zu beantworten), was ihre eigene Lebensweise mit den Ländern des Südens zu tun hat. Eine Veranstaltung mit dem Titel „Das System Milch – vom Bauernhof zur globalen Industrie“ ist nur ein Beispiel dieser Art der politischen Bildung.

Fazit

Zum Gelingen der politischen Bildung in den ländlichen Regionen braucht es neben engagierten „Bildner*innen“ vor allem die inhaltliche und finanzielle Unterstützung der kommunal Verantwortlichen im Landkreis und in den Kommunen. Etliche unserer Angebote können über zusätzlich eingeworbene Mittel aus Europa-, Bundes- oder Landesprogrammen finanziert werden. Dazu bedarf es aber zumindest einer Person, die die Förderlandschaft durchblickt und fähig ist, die oft sehr komplexen Anträge zu stellen. Es wäre wünschenswert, wenn eine solche Stelle bei der Kommune angesiedelt werden könnte und nicht von der Volkshochschule selbst getragen werden müsste.

Unabdingbare Voraussetzung für jegliche Angebote der politischen Bildung auf dem Lande sind Kooperationen mit Organisationen und Vereinen vor Ort und engagierten Bewohner*innen. Eines jedenfalls ist klar: Es gibt keine Alternative zur politischen Bildung in den ländlichen Regionen!

Katharina Seewald ist ausgebildete Steuerbeamtin und hat danach studiert, unter anderem Sozialpädagogik, Medizin und Psychologie. Mehrere Jahre arbeitete sie in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, war von 2002 bis 2007 DGB-Regionsvorsitzende Nordhessen und leitet seit 2007 die Volkshochschule Region Kassel (eine fusionierte Einrichtung von Stadt und Landkreis). Sie sitzt außerdem im Vorstand des im Deutschen Volkshochschulverbandes und im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks.



Interview

„Partizipation ist Grundlage einer gelungenen Integration“

Die Stadt Öhringen im ländlich geprägten Hohenlohekreis im Nordosten Baden-Württembergs hat etwa 24.000 Einwohner, davon etwa zwölf Prozent Migrant*innen. Seit 2011 setzt sich in der Stadt die Deutsch-Türkische Gemeinde Öhringen für ein friedliches und solidarisches Miteinander zwischen Menschen türkischer Herkunft und allen anderen in Deutschland Lebenden ein.

Ein Interview mit Menderes Selcuk

Herr Selcuk, wie würden Sie das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Öhringen beschreiben?

Von sehr gut bis gemischt – es kommt ein bisschen auf die Altersgruppe an. Bei jungen Leuten ist das Zusammenleben erheblich besser, weil sie mehr miteinander un-

ternehmen, in der Schule, in Vereinen und in der Freizeit. Für die anderen Altersgruppen müsste es mehr Angebote außerhalb der Arbeitszeiten geben, dann könnte das genauso gut funktionieren.

Was macht in Ihren Augen eine gelungene Integration aus?

Eine gute Integration lebt davon, dass man sich begegnet und miteinander redet. Das ist das Wichtigste. Dann fängt auch das Miteinander-Gestalten an. Partizipation ist möglich, man sieht sich dann als Teil der Gesellschaft. Das ist meiner Interpretation nach die Grundlage der gelungenen Integration hier bei uns in Öhringen. Wichtig ist natürlich auch, Teilhabe überhaupt zu ermöglichen und Wege dafür aufzuzeigen. Beide Seiten, die aufnehmende Gesellschaft und die Ankommenden, sollten hierbei gefördert und auch aufgefordert werden.

Wie könnte dieses Fördern aussehen?

Das kommt drauf an, welche Seite man jetzt betrachtet. Die Menschen, die herkommen, halten – je nach Herkunftsregion unterschiedlich stark – zwar an ihren Traditionen fest, sind aber grundsätzlich etwas offener und wollen auch das Neue annehmen, aufnehmen und kennenlernen. Die Altbevölkerung ist da ein bisschen verschlossen, was aber bei uns im Hohenlohischen regional bedingt sein kann. Bis man da ankommt, dauert es ein paar Generationen.

Da müssten sich beide Seiten weltoffener geben, aufeinander zugehen, frei von Vorurteilen. Und dann beginnt das Miteinanderreden, Sichbegegnen und Gestalten. Und schon sitzt man im gleichen Boot ...

Wie fühlen Sie als Deutsch-Türkische Gemeinde Öhringen sich aufgenommen?

Sehr gut, fast ausschließlich positiv. Die Erfahrungen zeigen, dass man sehr geschätzt wird, die Meinungen der Migrantenorganisationen und deren Sprecher mit einbezogen werden. Der Kontakt ist respektvoll und auf Augenhöhe. Man spürt ein sehr starkes Bemühen, und das ist gut.

War das schon immer so?

Ich kann da natürlich nicht für die Zeit vor mir sprechen, aber ich persönlich vertrete die Meinung: Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus. Da sind beide Seiten gefordert. Dabei spielt nicht nur die Organisation eine Rolle, sondern auch persönliche Sympathien sind wichtig: Kann man miteinander oder nicht?

Sie sind Vorstand einer Migrant*innen-Selbstorganisation (MSO). Nehmen Sie wahr, dass besondere Erwartungen an Sie als MSO formuliert werden?

Ja, das schon. Und wir reden miteinander auch ganz offen über diese Erwartungen, wir tauschen uns aus, was insgesamt besser zur Lösung von Problemen beitragen könnte.

Es ist wichtig, dass es für die Kommune Ansprechpartner innerhalb der Migranten-Community gibt, dass die kommunalen Verantwortlichen jemanden haben, mit dem sie sich austauschen können. Und dass es auf der anderen Seite jemanden gibt, der Dinge in die Community hineinragen kann. Von uns wird zum Beispiel erwartet, dass wir Informationen verbreiten und den Aufruf, dass man sich vor Ort engagiert und auch mehr engagieren sollte, etwa in Organisationen wie der Freiwilligen Feuerwehr oder beim Roten Kreuz. Da sind Migranten ein bisschen rar. In Sportvereinen zum Beispiel sieht das ganz anders aus. Dies hat aber auch etwas damit zu tun, wie solche Dinge in den Herkunftsländern organisiert sind: In Deutschland sind die Bürger in vielen Bereichen stärker beteiligt, was manche Migranten aus ihren Herkunftsländern nicht so kennen.

Viele Erwartungen und Forderungen höre ich aber auch von den Mitgliedern unseres Vereins. Sie bringen natürlich ihre Sorgen und Klagen ein, etwa über Bildungsbenachteiligung bei den Kindern oder bei der Woh-

nungssuche. Oder von Jugendlichen, die bei Bewerbungen oft das Gefühl haben, benachteiligt zu werden. Man muss dann schauen, ob es ein Gefühl oder tatsächlich so ist. Viele beklagen insbesondere erfolglose Bewerbungen bei Behörden.

Was von uns als Verein auch gefordert wird – beziehungsweise gefordert wurde, inzwischen nämlich bringen wir uns da überall mit ein –, ist die Beteiligung an Stadtfesten und traditionellen Feierlichkeiten. Da sind wir dabei, weil es uns wichtig ist.

Können Sie skizzieren, wie die konkrete Arbeit Ihres Vereins aussieht?

Wir sind Mitglied im Integrationsbeirat, an Runden Tischen, beispielsweise zum Thema Flüchtlinge. Wir haben außerdem den Interreligiösen Dialog mit ins Leben gerufen, nachdem 2015 der Druck auf die muslimische Bevölkerung etwas erhöht war. Dieser Kreis hat sich schon oft getroffen, beteiligt ist auch die jüdische Gemeinde.

Hinzu kommen die bereits erwähnten Feste. Öhringen hat sehr viele Feste, da ist der Terminkalender voll. Beispielsweise findet alle zwei Jahre eine Interkulturelle Woche statt, bei der wir Mitveranstalter sind. Ansonsten beteiligen wir uns bei der Messe der Stadt mit einem Infostand, und es gibt zig Stadtteilstände, wo wir immer mit Essens- und Infoständen dabei sind und dadurch mit der Bevölkerung in Kontakt treten und das auch pflegen.

Wie ist so die Resonanz in der ortsansässigen Bevölkerung?

Positiv. Öhringen hat eine Gastarbeitergeschichte, die schon 60 Jahre andauert, und so lange leben hier schon Migrantinnen und Migranten aus vielen europäischen Ländern und Drittstaaten. Es ist eigentlich nichts

Neues, dass man Migrant ist – und eigentlich gehört man auch schon zur Altbevölkerung. Außerdem hat Öhringen einen hohen Zuzug von Binnenmigranten und -migrantinnen, also Zuzüglern aus anderen Teilen Deutschlands. Diese machen ähnliche Erfahrungen wie wir, wenn sie neu ankommen (siehe Beitrag auf Seite 46). Ich glaube, eine gewisse Abneigung ist Ausdruck einer regionalen Mentalität bei der Aufnahme neuer Leute.

Öhringen ist im Vergleich zum nahegelegenen Heilbronn ja eine ländlich geprägte Kleinstadt. Können Sie eine Einschätzung geben, welche Potenziale bei der Integration von Migrant*innen der ländliche Raum hat, die es so in der Stadt nicht gibt?

Bei uns ist zum Beispiel spürbar, dass die Wohnungsnot nicht so stark ist. Arbeitsplätze sind in Öhringen genügend vorhanden, und auch den Unternehmen kommt Migration zugute, vor allem dem Handwerk, das ja dringend Fachkräfte sucht. Diese Firmen bilden auch aus und sind gottfroh, dass sie da jemanden haben, weil sie sonst keine Leute finden.

Was im ländlichen Raum auch anders ist: Die Angst vor Fremden entsteht gar nicht so sehr, weil man sich öfter begegnet und begegnen muss. Es gibt halt nur einen Bäcker oder nur einen Kindergarten. Dort trifft man immer aufeinander, und da kann man sich nur schwer ignorieren. Man kommt eher mal ins Gespräch als in der Stadt und kann Dinge direkter ansprechen, was auch hilft, das Entstehen von Vorurteilen zu verhindern.

Seit 2015 gab es in Öhringen und Umgebung flüchtlingsfeindliche Proteste. Hat sich seither das Klima im Ort verändert?

Ja, auf jeden Fall. Es hat sich eine Gruppierung gegründet namens „Hohenlohe wacht auf“. Wenn man deren Kundgebungen besucht

und ein bisschen zuhört, dann sieht man, dass dort die Sprache brutal und menschenverachtend geworden ist. Vorurteile sind neu entstanden, und alte haben zugenommen. Leider war die Region auch von Gewalttaten gegen Flüchtlingsheime nicht verschont. Es gab Brandanschläge. Beschimpfungen gegenüber Migranten und Migrantinnen kommen öfter vor, insbesondere gegen Muslime. All dies wird von der genannten Gruppierung mit verursacht, außerdem befeuert von den sogenannten Sozialen Medien oder von Gruppen wie Pegida.

Doch es passiert auch auf der anderen Seite sehr viel. Man spürt viel Unterstützung und Zusammenhalt. Nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch bei Kirchen und Vereinen. Klar, der ein oder andere meidet das Thema. Es fehlt manchmal der Mut, klare Kante zu zeigen. Aber der Zusammenhalt, der sich aus gemeinsamen Aktionen für Menschlichkeit und Demokratie ergibt, macht uns wieder Mut. Außerdem werden neue Bündnisse geschmiedet.

Was sind wichtige Faktoren für die Integration und das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im ländlichen Raum?

Wichtig ist, dass man die Migration und die Vielfalt, die sie mit sich bringt, als Chance und Bereicherung hervorhebt – und nicht nur immer die natürlich auch vorhandenen Nachteile und Konflikte. Bei der Teilhabe wäre es wichtig, dass man nicht nur in Organisationen, Vereinen und im Ehrenamtsbereich mehr Beteiligungsmöglichkeiten bietet, sondern wirklich in allen Bereichen, sei es in Parteien, sei es im Gemeinderat. Da sollte man Wege öffnen und zeigen, dass Migranten mitentscheiden können. Dieser Aspekt ist ganz wichtig, denn dann fühlt man sich angenommen und als Teil des Ganzen.



Menderes Selcuk arbeitet hauptsächlich als Finanzmakler, ehrenamtlich ist er seit 2017 Vorsitzender des Vereins und vielfach in der Kommune engagiert. Er ist außerdem Mitglied im Vorstand der Türkischen Gemeinde Baden-Württemberg.

Foto: Hatice Selcuk

Und ich wünsche mir auf jeden Fall noch mehr Begegnungen und Diskussionen. Sie sind wichtig, selbst wenn sie kontrovers geführt werden. Wünschenswert wären auch mehr finanzielle Mittel für Veranstaltungen und Projekte, zudem eine Entlastung des Ehrenamts, denn viele Dinge sind uns gar nicht möglich, weil Geld und Zeit fehlen. Vielleicht gäbe es Möglichkeiten, Leute anzustellen, die so etwas professioneller gestalten und begleiten könnten. Denn meist hängt die Arbeit an wenigen Leuten, und wenn die mal krank sind oder im Urlaub oder familiär oder beruflich stark eingebunden, dann bleiben die Themen auf der Strecke.

Das Interview führte Andreas Hässler

Andreas Hässler ist Mitarbeiter bei mobirex – Mobile Beratung gegen Rechts in Baden-Württemberg (LAGO e.V.).

Seit den 1990er Jahren existieren in Ostsachsen rechtsextreme Kameradschaftsstrukturen. Die älteste, der Nationale Jugendblock Zittau e.V. feierte Anfang September 2017 mit ca. 150 Teilnehmenden und der Naziband W.U.T. sein 25-jähriges Bestehen. Die Schlesischen Jungs blicken inzwischen auf eine über 20-jährige Geschichte zurück. Zudem sind in den vergangenen Jahren neue Nazistrukturen wie Brigade 8 oder Instinkt Görlitz entstanden.

Tradition haben in Ostsachsen auch Großveranstaltungen der Szene. Orte wie Mücka, das Niederschlesische Feriendorf in Quitzdorf am See oder der Rothenburger Ortsteil Geheege erlangten in der Vergangenheit mit Konzerten von rechtsextremistischen Rockbands oder Großevents der NPD bereits traurige Berühmtheit. Begünstigt wurde diese Entwicklung, weil in der Region etliche Grundstücke und Gebäude im Besitz von Neonazis sind oder von Personen, die zumindest kein Problem damit haben, ihre Immobilien der neonazistischen Szene für Veranstaltungen und Konzerte zur Verfügung zu stellen. Außerdem gibt es in der Region nur wenig zivilgesellschaftlichen Widerstand.

Es war also keine Überraschung, als Ende 2017 der Thüringer Neonazi und NPD-Bundesvize Thorsten Heise ankündigte, am 20. und 21. April 2018 in Ostritz, ganz im Osten Sachsens an der Neiße gelegen, ein sogenanntes „Schild-und-Schwert-Festival“ zu veranstalten. Damit sollte Ostritz ähnlich dem thüringischen Themar Veranstaltungsort der bundesweiten und europäischen Naziszene werden. Auf dem Gelände des Hotels Neißeblick hatten in der Vergangenheit schon Veranstaltungen der extremen Rechten wie 2012 der NPD-Landesparteitag stattgefunden.

Doch diesmal sollte es anders kommen. In Ostritz und vom Ort ausgehend regte sich Widerstand in der Region. Das Mobile Beratungsteam Mitte-Ost des Kulturbüro Sachsen e.V. ist in der Region seit fast 18 Jahren aktiv. Im folgenden Beitrag berichtet eine der Ostritzer Akteur*innen, was nach Bekanntwerden der Festivalpläne geschah.

Einen Eindruck vom Engagement der Ostritzer geben auch der Film „Licht an für den Frieden“ www.youtube.com/watch?v=rRbcHGw6TJK und die Seite www.ostritzer-friedensfest.de

Das Ostritzer Friedensfest

Wie sich eine kleine Gemeinde am Ostrand Sachsens mit viel Kreativität und Engagement gegen ein rechtsextremistisches Musikfestival wehrte.

Von Maria-Barbara Ebermann

Im Dezember 2017 wurde bekannt, dass am vorletzten Aprilwochenende 2018 auf dem Gelände des Ostritzer Hotels „Neißeblick“ ein sogenanntes „Schild und Schwert-Festival“ der rechtsextremen Szene stattfinden sollte. Wer sich etwas näher dazu informierte, konnte recht bald erfahren, dass dieses nach außen hin als reines Musikfestival getarnte Event vorwiegend der Vernetzung und dem weiteren Ausbau rechtsextremer Strukturen in Deutschland sowie darüber hinaus dienen sollte.

So wuchs in diesen informierten Personennetzen sehr schnell die Erkenntnis, dass dies nicht ohne Antwort hingenommen werden kann. Ostritz hatte sich in den vergangenen Jahren schon oft als eine lebendige, aktive Kleinstadt gezeigt, in der die Menschen nicht passiv und kleinlaut „hinter der Gardine standen“, sondern vieles selbst auf die Beine stellten und so das Leben in ihrer Stadt mitgestalteten. Nun sollte das Bild der Stadt nicht mit dem Stempel „braun“ belegt werden (wie es aber leider doch sehr schnell in manchen Medien geschah)! Konkrete Ideen, was man tun könnte, fehlten jedoch zunächst.

Auf der anderen Seite gab es auch jene Einwohner*innen, die der Meinung waren, man solle „die da hinten“ (das Hotelgelände befindet sich am Rande der Stadt, unmittelbar an der Grenze zu Polen) doch in Ruhe feiern lassen. Die wollten doch „nur ihre Musik hören“.

Verantwortliche

Schon bald jedoch gab es erste konkrete Ideen. Zunächst dachte eine Handvoll Menschen daran, auf dem Marktplatz zeitgleich mit dem rechtsextremen Festival ein buntes und fröhliches Spielefest zu veranstalten. Dabei wurde klar, dass eine Person gefunden werden musste, die diese Veranstaltung bei den zuständigen Behörden anmeldet. Desweiteren wurde der kleinen Gruppe bewusst, dass es eine breite öffentliche Unterstützung braucht – und es unbedingt gelingen sollte, viele Menschen von der Idee zu begeistern.

In den Tagen darauf ging vieles sehr schnell. Zunächst wurde die Idee an den Vorstandsvorsitzenden des Internationalen Begegnungszentrums (IBZ) Sankt Marienthal, Michael Schlitt, herangetragen. Er war sofort begeistert, dass Ostritzer Bürger*innen hier eine Initiative anstoßen wollten – und



erklärte sich gern bereit, als Veranstalter die Anmeldung und somit die letzte Verantwortung zu übernehmen.

Bereits diese ersten Gespräche waren von einem großen gegenseitigen Vertrauen geprägt. Die Ideengeber*innen wussten zu diesem Zeitpunkt nicht, ob ihre Ideen umsetzbar waren und tatsächlich Unterstützung finden würden. Der Veranstalter wiederum erklärte sich zu diesem Schritt bereit, ohne zu wissen, was genau die Initiator*innen tun würden, wo das Geld für die Umsetzung herkommen sollte und so weiter. Auch die Ostritzer Bürgermeisterin, Marion Prange, war von Anfang an sehr erfreut über die Initiative und sagte jegliche ihr mögliche Unterstützung zu.

Diese wohl einzigartige Dreierkonstellation trug maßgeblich bei zum Erfolg der

Gegenaktivitäten: Erstens bekundeten verschiedene Menschen aus der politischen Mitte der Gesellschaft ihren festen Willen, eine Antwort auf das bevorstehende rechtsextreme Festival zu geben. Zweitens übernahm eine Institution, die seit Jahren erfolgreich als Internationale Begegnungsstätte wirkte und eine Bekanntheit vorweisen konnte, die Verantwortung für die auf dem Markt geplante Veranstaltung. Sie übernahm auch das finanzielle Risiko, denn zu diesem Zeitpunkt war noch nicht klar, ob und wenn ja, wann und in welcher Höhe Fördermittel oder Spenden für die Finanzierung des Festes zur Verfügung stehen würden. Die Bürgermeisterin schließlich übernahm die Kommunikation mit sämtlichen Behörden und Verwaltungen, die beispielsweise für die Absicherung des Veranstaltungsgeschehens zuständig waren.

Hätte nur eine dieser drei Säulen gefehlt, wäre wohl alles weitaus schwieriger geworden. So aber begann nun jede*r der drei Beteiligten im Vertrauen auf die Unterstützung der jeweils Anderen mit den Vorbereitungen für ein Fest auf dem Ostritzer Marktplatz.

Aufgabenteilung

Das Organisationsteam begann, nach Unterstützer*innen für ein Programm zu suchen und kümmerte sich um ganz profane Dinge wie Festzelt, Bestuhlung, Technik, Toilettenwagen. Das IBZ St. Marienthal machte die geplante Veranstaltung bei seinen Partnern bekannt, was in Windeseile zu einem großen überregionalen Interesse sowie finanziellen Unterstützungsangeboten führte. Und die Bürgermeisterin bezog das Landratsamt, die Polizeibehörde und die politischen Entscheidungsträger*innen bis hin zur Landesebene in die Pläne ein.

Seitens der Sächsischen Landesregierung wurde recht schnell Unterstützung zugesagt, und der Ministerpräsident bot an, die Schirmherrschaft für die geplante Veranstaltung zu übernehmen. Während dieser ersten Vorbereitungen wurde noch viel darüber diskutiert, wie das nun geplante Fest denn heißen sollte.

Namensfindung

Zunächst dachten wir an Namen wie „Frühlingsfest“ oder „Miteinanderfest“. Innerhalb einer gut moderierten Vorbereitungsrunde entschied sich das Organisationsteam dann für den Namen „Ostritzer Friedensfest. Zeichen setzen – Hinsehen – Handeln“.

Mit dem Titel „Ostritzer Friedensfest“ wollten wir die Ängste der Ostritzer*innen vor einem gewalttätigen Wochenende von

vornherein aufgreifen und deutlich machen, dass unser Ziel ein friedvolles Wochenende ist. In den Untertitel flossen folgende Gedanken ein:

1. Mit dem geplanten Fest soll kein „Gegen“, sondern ein „Für“ zum Ausdruck gebracht werden. Es werden Zeichen gesetzt für das Engagement der bürgerlichen Mitte, für Weltoffenheit, Toleranz und Frieden.
2. Hinsehen ist notwendig, um Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Extremismus jeglicher Art zu erkennen.
3. Handeln heißt, Ostritz eine Stimme zu verleihen und den Marktplatz mit Vielfalt und Herz zu schützen und zu beleben.

“ **Hinsehen ist notwendig, um Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Extremismus jeglicher Art zu erkennen.**

4. Das Fest soll zwar durchaus politisch, aber nicht parteipolitisch sein. Es werden keine Reden von Vertretern politischer Parteien sowie deren Fahnen etc. zugelassen.

Öffentlichkeit

Als die Planungen klarer wurden, begann die Öffentlichkeitsarbeit. Innerhalb kürzester Zeit meldeten sich zahlreiche Medienvertreter*innen vor allem im Ostritzer Rathaus und beim IBZ St. Marienthal. Der der Bürgermeisterin zur Seite gestellte Pressesprecher, ein freier Journalist, wurde von nun an eine sehr wichtige Person. Sein Tun hatte zum einen den Vorteil, dass neben den mannigfaltigen Vorbereitungen für die Organisator*innen nicht noch nebenher Zeit für Interviews aufgebracht werden musste. Zum anderen hatten alle bald gemerkt, dass man sehr wohl aufpassen musste, wem man was



Foto: Viefalter

sagte oder eben auch nicht sagte. So konnte der „Profi“ wohlüberlegt und -dosiert Informationen weitergeben und war gleichzeitig ein guter „Zwischenpuffer“ für alle anderen Beteiligten.

Anfangs hatten wir das Gefühl (und dies wird auch anderen Menschen in ähnlichen Situationen so gehen), das „Schild-und-Schwert-Festival“ stehe im vorrangigen Fokus des Medieninteresses. Unser Ziel war es, dies zu ändern und die Gegenaktivitäten nach vorn zu schieben.

Eine weitere Folge der Öffentlichkeitsarbeit war, dass wir plötzlich aus nah und fern Unterstützungsangebote erhielten. Diese kamen unter anderem von Vereinen, Unternehmen, Kirchen, Privatpersonen und öffentlichen Einrichtungen. Immer wieder wurde dabei signalisiert, wie gut und wichtig man die Idee des Ostritzer Friedensfestes fand.

Solidarisierung

Im Zeitraum von Ende Januar bis Anfang April 2018 gelang es auf nahezu unglaubliche Weise, Gelder zu akquirieren, eine Summe im unteren fünfstelligen Bereich. Ein vielfältiges Programm mit verschiedensten Aktivitäten wurde auf die Beine gestellt; es reichte von Szenischen Lesungen (Labortheater Trockendock) über Theater (z.B. Theater Camillo), Chormusik der EuropaChorAkademie Görlitz bis zu Ska- und Rockbands wie Yellow Cap und Jenix. Es fanden sich Helfende für alle erforderlichen Bereiche. Und, und, und...

So hatte beispielsweise die Bürgermeisterin bei einer Sitzung des Sächsischen Städte- und Gemeindetages ihre etwa 60 Amtskolleg*innen um Unterstützung gebeten. In der Folge verabschiedeten – initiiert durch den Zittauer Oberbürgermeister Thomas

Zenker – mehr als 40 Bürgermeister*innen der Region eine „Oberlausitzer Erklärung“, mit der sie ihre Unterstützung für das Ostritzer Friedensfest und zugleich die Ablehnung der rechtsextremen Veranstaltung bekundeten. In dieser Erklärung riefen sie auch die Bürger*innen ihrer Gemeinden auf, sich ihnen anzuschließen, das geplante Friedensfest zu besuchen und somit die Menschen in Ostritz zu unterstützen.

Auch die Kreistagsabgeordneten riefen die Bürger*innen überparteilich zur Teilnahme am Ostritzer Friedensfest auf. Dies stärkte allen Beteiligten enorm den Rücken. Durch vertrauensbildende Maßnahmen wie beispielsweise gemeinsame und kompetent moderierte Organisationstreffen, persönliche Gespräche und gute Vermittler*innen war es außerdem gelungen, ein Miteinander auch mit Akteur*innen aus der linken Szene zu erreichen. Die Gesellschaft sollte nicht gespalten, sondern vielmehr der Gemeinschaftssinn der Stadt und einer ganzen Region gestärkt werden.

Sicherheit

Bereits frühzeitig erhielten wir eine umfassende Aufklärung durch den Sächsischen Verfassungsschutz über die rechtsextreme Szene und deren Bedeutung. Seitens der Stadt- und Landkreisverwaltung sowie der Polizei wurden alle erforderlichen Schritte eingeleitet, um einen ungestörten Ablauf des gesamten Versammlungs- und Veranstaltungsgeschehens in Ostritz an diesem Aprilwochenende sicherzustellen.

Viele Einwohner*innen von Ostritz waren zu jener Zeit enorm verunsichert und hatten tatsächlich Ängste, ob denn wirklich alles friedlich verlaufen würde. Für die Organisator*innen war es sehr hilfreich, die Unterstüt-

zung von Behördenseite zu spüren. So fiel des Öfteren die Bemerkung, es würde wohl kein anderer Ort in Sachsen so sicher sein an diesem Wochenende wie Ostritz. Und dies war tatsächlich die feste Überzeugung!

Umsetzung und Verlauf

Kurz vor dem Fest begannen die sichtbaren Vorbereitungen. Plakate im ganzen Landkreis luden zum Ostritzer Friedensfest sowie zu Toleranz, Menschlichkeit und Demokratie ein. Straßensperrungen wurden vorbereitet, der Polizei- und Feuerwehreinsetzungsaufbau aufgebaut, Friedensbanner im Stadtzentrum angebracht, die Bürger*innen über das gesamte Versammlungs- und Veranstaltungsgeschehen sowie über Verkehrs- und Parkeinschränkungen informiert. Schließlich erfolgte der umfangreiche Aufbau auf dem Marktplatz.

Bei schönstem Frühlingwetter waren letztlich mehr als 3000 Gäste beim Ostritzer Friedensfest dabei. Polizei und Ordnungskräfte sorgten dafür, dass keine ungebetenen Personen auf das Festgelände gelangen konnten. Alle angereisten Künstler*innen traten auf, ohne vom Friedensfest eine Gage zu fordern. So standen im Laufe des Wochenendes allein über 200 Ehrenamtliche auf der Bühne. Daneben gab es eine Menge Infostände und Mitmachangebote für jede Altersklasse, etwa den KinderUmweltBus der Sächsischen Landesstiftung Natur und Umwelt oder das AWO-Spielmobil. Das Mehrgenerationenhaus Rothenburg malte Henna-Tattoos, die Evangelischen Schulen Sachsens bauten eine Graffiti-Wand auf, der Kinder- und Jugendzirkus Applaudino bot einen Jonglierworkshop an. Außerdem war zum Beispiel die Sächsische Landeszentrale für Politische Bildung mit einem Infostand präsent, der Verein „Augen auf e.V.“ stellte ein Arabisches Kaffeezelt.

Insgesamt (also wenn man auch Bereiche wie Ordnerdienste, Essensversorgung, Getränkeauschank oder die Betreuung der sanitären Anlagen berücksichtigt) haben sich mehr als 500 ehrenamtliche Kräfte für das Gelingen des Festes eingebracht. Unter ihnen waren zahlreiche Einzelpersonen, Organisationen, Vereine und Institutionen aus der ganzen Region wie die Evangelische und Katholische Kirche, das Vereinshaus Ostritz, FamilyGames e.V. Ostritz, der Jugendring Oberlausitz e.V., das Deutsch-Polnische Kinderhaus Ostritz und der DGB Ostsachsen. Das Fest war wirklich ein gelungenes buntes Miteinander von vielen Menschen, denen die demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft am Herzen liegen.

Alle Anwesenden waren voller Respekt und Dankbarkeit gegenüber allen, die von amtlicher Seite für Ordnung und Sicherheit gesorgt hatten. Und letztlich war es sogar gelungen, dass in den Medien nicht mehr zuerst vom „Schild-und-Schwert-Festival“ berichtet wurde, sondern das Ostritzer Friedensfest im Fokus der Berichterstattung stand.

Weitere Aktivitäten

Bereits kurz nach diesem Aprilwochenende – wir waren noch dabei, allen Beteiligten zu danken und den Verlauf des Friedensfestes zu reflektieren – wurde bekannt, dass es in Ostritz im Laufe des Jahres weitere Aktionen der rechtsextremen Szene geben würde. An ein Durchatmen oder gar Ausruhen war also nicht zu denken. Uns wurde bewusst, dass wir einen langen Atem brauchen werden.

Einig waren wir uns schnell, dass wir wieder etwas tun müssten. Aber einfach eine Neuauflage des Friedensfestes sollte und konnte es nicht sein. So fand als Antwort auf die Aktivitäten der rechtsextremen Szene



Foto: Vielfalter

am 13. Oktober 2018 auf dem Ostritzer Marktplatz ein Friedenslauf statt, an dem mehr als 500 Leute aller Generationen teilnahmen. Unterstützt von Sponsoren wie zum Beispiel den Stadtwerken Görlitz und einem Sanitätshaus, welches für Läufer*innen mit Behinderungen spendete, konnten die Teilnehmenden beliebig viele Runden um den Markt laufen – und mit dem so „erlaufenen“ Geld (insgesamt kamen etwa 5000 Euro zusammen) wurde unter anderem ein Neonazi-Aussteigerprojekt unterstützt.

Anfang November fand dann (wiederum mit mehr als 3000 Gästen) das nächste Ostritzer Friedensfest statt, welches in vielem dem vom April ähnelte. Wesentlich mehr als damals wurde jedoch diesmal Wert auf die Aufklärungsarbeit über die rechtsextreme Szene, deren Strukturen und Ziele gelegt. Diese im April weitestgehend fehlende Aufklärung war von vielen damaligen Teilnehmenden zu Recht bemängelt worden. Auch dieses Fest verlief friedlich und in fröh-

licher Atmosphäre. Vorbereitungen, Absprachen, Planungen ruhten auf denselben drei Säulen wie im April.

Inzwischen ist sachsenweit vom „Ostritzer Modell“ die Rede – was uns sehr freut. Vermutlich ist dies wirklich der Schlüssel zum Gelingen der Sache gewesen: Keine der drei Säulen könnte ohne die beiden jeweils anderen das erreichen, was in diesem Dreierverbund, zusammen und mit professioneller Begleitung von außen, möglich ist. Diese Gemeinsamkeit ist die Stärke, mit der eine große Akzeptanz erreicht wurde und mit welcher auch in Zukunft auf Aktivitäten der rechtsextremen Szene reagiert werden kann. Möge es viele Nachahmer geben!

Maria-Barbara Ebermann, Jahrgang 1962, geboren in Löbau und seit mehr als 35 Jahren Ostritzerin, hat die Friedensfeste mitgegründet und -organisiert. Sie ist verheiratet, hat fünf erwachsene Kinder sowie sechs Enkel, ist seit der Jugendzeit aktiv in kirchlichen Kreisen. Außerdem arbeitet sie seit Jahren in verschiedenen Schulgremien und Vereinen sowie bei der Gestaltung von Festen innerhalb des Wohnortes mit.

Was ist eigentlich Mobile Beratung?

Ein Überblick

Von Grit Hanneforth

Wenn irgendwo in Deutschland Neonazis ein Musikfestival planen, wenn Rechtspopulisten eine Hetzkampagne gegen eine geplante Moschee starten oder die NPD einen Parteitag abhalten will, dann ist für viele Menschen vor Ort sofort klar: Dagegen will ich etwas tun! Doch was genau sie tun könnten – das wissen viele Leute nicht sofort.

Wenn Laien mit rassistischen, anti-demokratischen oder menschenfeindlichen Phänomenen konfrontiert sind, fühlen sie sich oft verunsichert, ratlos und überfordert. Um sie zu unterstützen, gibt es inzwischen in allen 16 Bundesländern sogenannte „Mobile Beratungsteams“ (abgekürzt: MBT). Die genauen Titel sind regional unterschiedlich. Je nach Bundesland heißen die Teams zum Beispiel Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR), Regionales Beratungsteam, Erstkontaktstelle, Regionalzentrum für demokratische Kultur oder Beratungsknoten. Auch wenn die Bezeichnungen unterschiedlich sind, sie alle tun, was in Fachkreisen als „Mobile Beratung“ bezeichnet wird: Zum einen

geben sie schnellen Rat bei ganz konkreten rechtsextremen, antisemitischen oder ähnlichen Vorfällen, zum anderen begleiten sie auch die längerfristige Auseinandersetzung mit solchen Problemen.

Seit 25 Jahren: Hilfe zur Selbsthilfe

Das Konzept der Mobilen Beratung hat sich in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten schrittweise entwickelt. An-

“ Wenn Laien mit rassistischen, anti-demokratischen oder menschenfeindlichen Phänomenen konfrontiert sind, fühlen sie sich oft verunsichert, ratlos und überfordert.

fang der 1990er Jahre, direkt nach der Wiedervereinigung, erlebte der Rechtsextremismus einen Aufschwung – nicht nur, aber sehr stark in Ostdeutschland. Rechtsextreme Organisationen hatten großen Zulauf, es gab Tausende gewalt-

tätige Angriffe auf Migranten, nicht-rechte Jugendliche oder ganz allgemein Andersdenkende, Orte wie Solingen, Mölln, Rostock-Lichtenhagen oder Hoyerswerda erlangten traurige Bekanntheit. Damals wurden Rassismus, Antisemitismus und andere Ungleichwertigkeitsvorstellungen meist als Rand- oder Jugendphänomene interpretiert. Es gab einzelne staatliche Programme, die sich insbesondere mit rechtsextremen Jugendlichen beschäftigten. Vielerorts wurde dadurch die Szene jedoch eher gestärkt als geschwächt.

Ab 1992 und zuerst in Brandenburg entwickelten deshalb engagierte Initiativen einen anderen Ansatz: nicht die rechtsextremen Personen in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen, sondern die Gegenkräfte zu stärken, also die vielerorts zwar vorhandenen, aber oft schwachen zivilgesellschaftlichen und demokratischen Strukturen. Von Brandenburg aus verbreitete sich dieses MBT-Konzept erst in Ostdeutschland, später auch in den westdeutschen Bundesländern. Ab Anfang der 2000er Jahre wurde und wird die Mobile Beratung durch Programme der Bundesregierung gefördert. 2014 gründeten langjährige Mitarbeiter*innen von MBTs einen Dachverband, den Bundesverband Mobile Beratung (BMB). Er bündelt mittlerweile mehr als 40 Beratungsstellen mit circa 200 Kolleg*innen, die auf die Unterstützung von knapp 30 Trägerinstitutionen zurückgreifen können.

MBTs sind mobil, das heißt, sie kommen dorthin, wo sie gebraucht werden. Sie stellen sich auf die Verhältnisse, Bedürfnisse und Ressourcen ein, die sie vor

“ Auf der Basis langjähriger, intensiver Recherche- und Analysearbeit verfügen die Berater*innen über detaillierte Expertise

Ort finden. Sie leisten „Hilfe zur Selbsthilfe“ und denken in Zusammenhängen. Neben der Beratungsarbeit unterstützen MBTs im Rahmen der Qualifizierung und Begleitung Multiplikator*innen und Engagierte durch Angebote der politischen Bildung, etwa in Form von Fort- und Weiterbildungen oder thematischen Workshops. Auf der Basis langjähriger, intensiver Recherche- und Analysearbeit verfügen die Berater*innen über detaillierte Expertise zu Strategien und Strukturen von Organisationen und Personen am rechten Rand.

Förderung demokratischer Kultur, Orientierung an den Menschenrechten

Mobile Beratung zeichnet sich durch eine menschenrechtsorientierte Haltung und den Leitgedanken der Demokratischen Kultur aus. Diese sind zugleich ein Gegenentwurf zu Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus und anderen Ideologien der Ungleichwertigkeit. Die Haltung der Mobilen Berater*innen ist untrennbar mit den universellen Menschenrechten und der Idee der Freiheit, Gleichwertigkeit und Würde aller Menschen verbunden, die ihren Widerhall in Artikel 1 Absätze 1 und 2 des Grundgesetzes gefunden haben.

Oberstes Ziel der MBTs ist es, vor Ort belastbare demokratische Strukturen zu schaffen und zu unterstützen. Der zugrundeliegende Demokratiebegriff ist dabei prozess- und partizipationsorientiert: Demokratie ist ein Entwicklungsprozess, in dem ständig ausgehandelt wird, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, an dem möglichst viele Menschen teilhaben können und in dem Bürger*innen auch ihre Freiheitsrechte gegenüber dem Staat wahrnehmen. Als Prozess ist gelebte Demokratie also nie „erreicht“ – vielmehr geht es darum, immer wieder darauf hin-

“ Oberstes Ziel der MBTs ist es, vor Ort belastbare demokratische Strukturen zu schaffen und zu unterstützen.

zuarbeiten und dabei die jeweiligen Rahmenbedingungen kritisch zu hinterfragen. Dabei müssen reale Demokratiedefizite in der politischen Kultur in den Kommunen und Regionen sowie Probleme im Zusammenleben ebenso in den Blick genommen werden wie demokratiefeindliche und menschenverachtende Einstellungen in der sogenannten gesellschaftlichen Mitte.

Demokratische Kultur bedeutet, dass möglichst alle Betroffenen (Partizipation) mit ihren unterschiedlichen Forderungen und Bedürfnissen (Pluralismus) in transparente Diskussions- und Meinungsbildungsprozesse (Kommunikation) einbezogen werden. Grundlegende Menschenrechte sowie wechselseitiger

Respekt, der sich aus der Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen ergibt, sind der unabdingbare Rahmen einer solchen demokratischen Kultur. Eine politische Kultur der Beteiligung und des Dialogs ist nur mittels breiter Information und Transparenz von Entscheidungsstrukturen möglich. Sie folgt dem Gedanken einer pluralen Demokratie, in der die Vielfalt unterschiedlicher Gruppierungen, Kulturen und Gesellschaften keine Bedrohung und keinen Verlust, sondern vielmehr einen Gewinn für ein demokratisches Gemeinwesen darstellen – soweit die institutionellen Voraussetzungen für einen möglichst freien und umfassenden Austausch gewährleistet sind.

Demokratie zeichnet sich aus dieser Perspektive durch selbstbewusste und aktive Bürger*innen aus, die andere Menschen unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft als gleichwertig anerkennen, Verantwortung für die friedliche Gestaltung ihrer sozialen Umwelt übernehmen, Probleme sehen und ansprechen, um diese gemeinsam mit anderen Bürger*innen durch gleichberechtigtes Sprechen und gemeinsames Handeln zu lösen. Demokratische Kultur ist dagegen überall dort gefährdet, wo es nicht allen Menschen ermöglicht wird, an ihr teilzuhaben. Der Umgang mit gesellschaftlich marginalisierten Gruppen, mit Dominanz- und Unterdrückungsprozessen sowie Macht- und Herrschaftsstrukturen wird so zum Gradmesser der demokratischen Kultur. Sie hat dort Grenzen, wo universelle Menschenrechte nicht anerkannt und rassistische oder völkische Wertvorstellungen propagiert werden. Ein einge-

“ Die MBTs unterstützen alle Menschen und Institutionen, die sich mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen auseinandersetzen wollen oder müssen.

schränktes Verständnis von Demokratie oder politische Ohnmachtserfahrungen können solche menschenfeindlichen Einstellungen begünstigen.

Zielgruppen der Mobilen Beratung

Die MBTs unterstützen alle Menschen und Institutionen, die sich mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen auseinandersetzen wollen oder müssen – und die sich im Sinne der oben beschriebenen Menschenrechtsorientierung und der Gestaltung demokratischer Kultur engagieren möchten. Konkret gehören zu den Zielgruppen Mobiler Beratung:

- kommunale Politik und Verwaltung
- Landespolitik und -verwaltung
- zivilgesellschaftliche Initiativen und Netzwerke
- Wirtschaftsunternehmen und Gewerbetreibende
- Gewerkschaften
- Kirchen und Religionsgemeinschaften
- Kunst- und Kultureinrichtungen
- Migrant*innenselbstorganisationen
- Polizei
- Journalist*innen
- Einzelpersonen

- Bildungseinrichtungen und Schulen
- Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe
- soziale Einrichtungen
- Sport- und Wohlfahrtsvereine und -verbände

Die Arbeit der Mobilen Beratungsteams ist für die Beratungsnehmer*innen grundsätzlich kostenfrei. Die Kolleg*innen der Mobilen Beratung haben in den vergangenen 25 Jahren einen hohen Professionalisierungsgrad erreicht, sie bilden ein eigenes Berufsfeld und organisieren über den Bundesverband Mobile Beratung den bundesweiten Fachaustausch und die Fortbildung. Mit der Konferenz „Was blüht dem Dorf?“ und der vorliegenden Publikation hat die Mobile Beratung sich den spezifischen Herausforderungen der Demokratieentwicklung auf dem Land gewidmet und einen Beitrag zum bundesweiten Diskurs geleistet.

Grit Hanneforth ist Vorstand und Sprecherin im Bundesverband Mobile Beratung

Weitere Informationen zur Mobilen Beratung:
<http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/2018/03/23/mobile-beratungsteams-einigen-sich-auf-gemeinsame-grundsätze/>
Kontaktaten zu MBTs im ganzen Bundesgebiet: siehe Seite 114

Interview

„Rettet das Dorf!“

Appell an die Entscheider in den Zentralen von Bund und Ländern: Beendet die Entmündigung der Dörfer und Landgemeinden – und gebt dem Staat seine demokratische Basis zurück.

Ein Interview mit Prof. Gerhard Henkel



Foto: Flickr/Rene Schwietzke | CC BY

Herr Professor Henkel, was ist Ihre Bilanz bezüglich des Wandels und des Zustands der Dörfer?

Mit den dramatischen Veränderungen in den letzten Jahrzehnten hat der ländliche Raum durchaus viel Wertvolles gewonnen: Die technische Infrastruktur mit Wasser-, Abwasser- und Energieversorgung ist auf einem guten Stand. Zu den positiven Entwicklungen gehören die Sport-, Musik-, Kul-

tur- und Freizeiteinrichtungen, deren Unterhaltung häufig von lokalen Vereinen geleistet wird. Durch innovative Betriebe in allen Wirtschaftsbereichen, durch Bildung und Mobilisierung ist die Dorfbevölkerung heute wohlhabender, liberaler und weltoffener geworden. Die Moderne ist auf dem Land angekommen. Das Dorf wird grundsätzlich von seinen Bewohnern geliebt. Das ist positiv.

Und negativ?

Die meisten Dörfer sind leerer geworden: an Betrieben und Arbeitsplätzen, an Schulen, Gasthöfen, Läden, Post-, Sparkassen- und Bankfilialen und neuerdings auch an Kirchen. Jugendliche wandern ab, die Älteren bleiben zurück und oft auch leerstehende Gebäude. Ein Teufelskreis von realen Verlusten und schlechter Stimmung prägt 10.000-fach das innere Dorfleben. Resignation und Wut über

fehlende Unterstützung machen sich breit. In der Wahrnehmung vieler Bewohner und Beobachter befindet sich das gegenwärtige Dorf eindeutig in einer Abwärtsbewegung. Nicht wenige sprechen von einer Existenzkrise des Dorfes.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat dieses brennende Thema aufgegriffen und in seiner Neujahrsansprache 2018 mehrere Minuten den abgehängten und

resignierenden Dörfern und Landregionen gewidmet. Sein Appell richtete sich sowohl an die „untere“ Ebene der Bürger und Kommunen als auch an die Akteure „oben“ in den Zentralen von Bund und Ländern. Auf diesen beiden Ebenen entscheidet sich die Zukunft des Dorfes.

Was können denn die Kommunen und Bürger tun?

Die Zukunft des Dorfes entscheidet sich zunächst vor allem durch die Arbeit der Kommunen und das Mitwirken ihrer Bürgerinnen und Bürger. Es ist wichtig, sich vor Ort mit lokalen Leitbildern und Schwerpunkten zu beschäftigen. Jedes Dorf, jede Kleinstadt ist ein Unikat. Jedes Dorf, jede Gemeinde hat andere Werte und Potenziale, aber

“ Die Hauptbotschaft für die Dorf- und Gemeindeebene lautet: Sowohl die Bürgerschaft als auch die Kommunen müssen wachsam und engagiert sein.

auch andere Defizite und Probleme. Dies bedeutet: Jedes Dorf, jede Gemeinde muss für sich herausfinden, was ihm bzw. ihr besonders wichtig ist. Die Hauptbotschaft für die Dorf- und Gemeindeebene lautet: Sowohl die Bürgerschaft als auch die Kommunen müssen wachsam und engagiert sein. Sie müssen sich ganzheitlicher und intensiver dem Gemeinwohl des Dorfes zuwenden. Alle müssen sich klar machen: Jedes – eingemeindete oder selbständige – Dorf, jede Gemeinde muss für seine/ihre Gegenwart und Zukunftsfähigkeit selbst sorgen, muss sich also (salopp gesagt) selbst retten! Im Ide-

alfall sollten Bürgerschaft und Kommunen auf Augenhöhe miteinander umgehen, um Erfolg zu haben.

Die Bürger und Bürgerinnen sind doppelt gefragt. Sie sollten sich möglichst zahlreich in der Kommunalpolitik engagieren. Sie müssen aber auch die Vereine aktiv gestalten und tragen, sowohl die traditionsreichen, wie Feuerwehren, Schützenvereine, Sport- und Musikvereine, als auch die neuen „Bürgervereine“, die den letzten Gasthof oder Laden im Dorf „retten“ (siehe Interview auf Seite 54) oder ein ehemals kommunales Freibad übernehmen.

Wie haben sich denn aus Ihrer Sicht die Aufgabenschwerpunkte in ländlichen Kommunen in den letzten Jahrzehnten verändert?

Früher ging es Bürgermeistern und Gemeinderäten vorwiegend um neue Bau- und Gewerbegebiete, um Wasser- und Abwasserversorgung sowie um das kommunale Wegenetz. Heute steht immer mehr die Bekämpfung und Steuerung von Schrumpfungprozessen im Vordergrund mit Themen wie Leerstand, Infrastrukturverluste, demografischer Wandel. Ein Dorfbürgermeister aus Rheinland-Pfalz brachte es kürzlich auf den Punkt: „Ein Dorfladen ist genauso wichtig wie die Kanalisation!“

Zunehmend wird die innere und vor allem soziale Infrastruktur der Dörfer zum harten und bestimmenden lokalen Standortfaktor, zum Beispiel Kinderbetreuung, Schule, Arzt, Pflege und Betreuung von Senioren, Kranken und Behinderten oder auch Vereine, Einkaufs-, Gastronomie-, Kultur- und Freizeitangebote. Und nach dem Sozialstaatsprinzip stehen Staat und Kommunen hier in der Verantwortung!

Ganz wichtig sind vor allem in kleinen und mittelgroßen Dörfern öffentliche Treffpunkte für Junge und Alte, wie z. B. im fränkischen Langenfeld in einer sanierten alten Scheune in der Ortsmitte („Dorflinde“). Neben den Treffpunkten sind Möglichkeiten des betreuten Wohnens und Altwerdens im Dorf wichtig, dies entspricht einem Hauptwunsch der älteren Landbewohner. Das nicht übermäßig reiche Bundesland Rheinland-Pfalz unterstützt und fördert zum Beispiel diese Möglichkeiten in kleinen und mittleren Dörfern vorbildlich.

In Dörfern ist oft zu hören: ‚Wir sind abhängig, Bundes- und Landesregierung haben uns abgeschrieben. Wir können hier so gut wie nichts selbst entscheiden.‘ Was sagen Sie?

Der Staat in Gestalt von Bund und Ländern ist ein wesentlicher Mitverursacher der Ohnmachtsgefühle, der vom Bundespräsidenten zitierten gereizten Stimmung und Resignation auf dem Lande. Er gibt den Dörfern und Landgemeinden zu wenig Anerkennung, finanzielle Unterstützung und gestalterische Freiräume. Das Subsidiaritätsprinzip im Staatsaufbau ist bereits weitgehend ausgehöhlt, und dieser Trend setzt sich weiter fort. Dörfer und Kommunen leiden in mehrfacher Hinsicht unter der Fernsteuerung und Gängelung durch zentrale Institutionen in Politik und Gesellschaft, die der „Provinz“ nicht selten in einer Mischung aus Ignoranz und Arroganz gegenüberstehen. Wie sollen sich denn zum Beispiel Feuerwehrleute fühlen, denen das Finanzamt androht, ihrem Verein die Gemeinnützigkeit zu entziehen, weil in der Satzung auch die Pflege von Geselligkeit auftaucht?

Auf dem Lande hat in den vergangenen Jahrzehnten eine zweifache Entmündigung



Prof. Dr. Gerhard Henkel ist Human-geograph, er lehrte und forschte viele Jahre an der Universität Duisburg-Essen. Seit Jahrzehnten befasst er sich mit unterschiedlichen Themen der historischen und aktuellen Entwicklung des ländlichen Raumes, unter anderem begründete und leitete er von 1978 bis 2008 den Bleiwäschler Kreis für Dorfentwicklung.

“ Der Staat in Gestalt von Bund und Ländern ist ein wesentlicher Mitverursacher der Ohnmachtsgefühle

kommunaler Instanzen stattgefunden, auf der Ebene der Gemeinden und der Dörfer. Dabei haben wir doch eigentlich in der Gliederung des Staates eine sich von unten nach oben aufbauende Demokratie. Die Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen zum Beispiel beginnt in Paragraph 1 mit dem Satz „Die Gemeinden sind die Grundlagen des demokratischen Staatsaufbaus“. Und im



Foto: Flickr/onnola | CC BY-SA

Grundgesetz wird den Gemeinden in Artikel 28, Absatz 2 das Recht verbrieft, „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln“. Spricht man hingegen mit Bürgermeistern, Gemeinderäten und Gemeindeverwaltungen oder liest kommunalpolitische Publikationen, taucht immer wieder die Klage auf: „Wir können kaum noch etwas selbst gestalten ...“

... ja, das hören wir in unserer Arbeit als Mobiles Beratungsteam Tolerantes Brandenburg auch häufig.

In der ländlichen Kommunalpolitik dominiert das Gefühl der Geringschätzung und Bevormundung durch die hohe Politik. Und tatsächlich beschneiden ja die rechtlichen, planerischen und finanziellen Reglementierungen der Landes- und Bundespolitik immer massiver das Selbstverwaltungsrecht

der Gemeinden. Heutzutage sind mehr als 90 Prozent der Ausgaben in den kommunalen Haushalten durch staatliche Gesetze und Richtlinien festgelegt. Die in Sonntagsreden stets hochgelobte kommunale Selbstverwaltung steht nur noch auf dem Papier. Es gibt zu viele bürokratische Vorgaben, zu viele und immer neue Hürden, zu viel Fördertöpfchen von Bund und Ländern mit ihren labyrinthischen Antrags-, Bewilligungs-, Kofinanzierungs- und Evaluationshürden.

Kommunalpolitik ist inzwischen ein permanenter und zermürender Abnutzungskampf gegenüber den Ländern und dem Bund. Die im Staatsaufbau vorgesehene und im Grundgesetz verankerte kommunale „Selbstverantwortung“ ist kaum noch eine solche; sie ist weitgehend eine Verwaltung

“ In mehr als 20.000 deutschen Dörfern und Kleinstädten wurde in den vergangenen Jahrzehnten die demokratische Basis des Staates aufgelöst

von Aufgaben, die meist „von oben“ bestimmt werden.

Was heißt das für die Dörfer?

In mehr als 20.000 deutschen Dörfern und Kleinstädten wurde in den vergangenen Jahrzehnten die demokratische Basis des Staates aufgelöst: Von oben diktierte Gebietsreformen nach dem sogenannten Zentrale-Orte-Modell (siehe Beiträge auf Seite 16 und Seite 30) haben die in Jahrhunderten aufgebaute und bewährte lokale Selbstverantwortung mit Bürgermeistern und Gemeinderat abgeschafft. Die Dörfer verloren ihre eigene demokratische Kraft und damit auch das Selbstwertgefühl, für ihr Dorf Kompetenz zu besitzen und verantwortlich zu sein. Sie wurden zu ohnmächtigen „Orsteilen“ in oft riesigen, willkürlich zusammengeführten Großgemeinden.

Deutschlandweit wurden auf dem Land mit den Gebietsreformen mehr als 300.000 ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker quasi „entlassen“. Ihnen wurde vom „Staat“ signalisiert: „Wir brauchen eure lokale Kompetenz, euer Denken, Fühlen und Handeln für euer Dorf nicht mehr!“ Dies war für mich der Beginn des „inneren Dorfsterbens“. Für den Neuzeithistoriker Wolfgang Reinhard waren die Gebietsreformen in der Bundesrepublik der 1970er Jahre das Ende der Demokratie in Deutschland. Viele Dörfer und Kleinstäd-

te sind bis heute durch den Verlust ihres lokalen Kraft-, Kompetenz- und Verantwortungszentrums traumatisiert.

Ein kleines Beispiel für die Entmündigung der Dörfer: Wo früher die marode Friedhofsmauer durch Bürgermeister und Gemeinderat in Augenschein genommen und zeitnah und kostengünstig saniert wurde, beginnt heute ein langwieriger und kostspieliger Behörden- und Aktenmarathon mit mehrfachen Bereisungen von entfernten Kommissionen, in denen keine ortskundigen Dorfbürger mehr gefragt und gebraucht werden.

Inzwischen ist durch zahlreiche Studien belegt, dass Gebietsreformen keine finanziellen Einsparungen, dafür jedoch verheerende demokratische und soziale Verluste verursacht haben und weiter verursachen. Durch Langzeitstudien wissen wir, dass selbständig gebliebene Tausend-Einwohner-Dörfer sich in Bezug auf ihre Bevölkerung-, Infrastruktur- und Immobilienwertentwicklung besser entwickelt haben als gleich große eingemeindete Dörfer. Wir wissen heute, dass Gebietsreformen nach dem Zentrale-Orte-Modell im Dritten Reich entwickelt und ab 1940 erstmals umgesetzt und mit dem Führerprinzip begründet worden sind. Sie atmen den Geist einer Diktatur. Und sie entsprechen nicht dem heutigen demokratischen Staatsaufbau von unten nach oben, dem immer wieder geforderten Subsidiaritätsprinzip, dem Prinzip einer von den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragenen Demokratie, die direkt dem Gemeinwohl in den Dörfern und Kleinstädten zugutekommt.

Trotz all dieser Erkenntnisse und gewandelten Leitbilder werden Gebietsreformen weiter betrieben, wie zuletzt in Thüringen

und Brandenburg. Hier sehen die betroffenen Bürger und Kommunalpolitiker, dass lokales Denken und Handeln in Dörfern und Kleinstädten nicht mehr gefragt ist. Das Vertrauen gegenüber dem Staat schwindet, Ohnmachtsgefühle und Wut stellen sich ein. Nicht- und Protestwählerinnen sind die Folge.

Ihr Fazit?

Gebietsreformen haben der Mehrheit der Deutschen Dörfer und Kleinstädte großen Schaden zugefügt und zugleich die demokratische Basis des Staates massiv beschädigt.

“ Die Geringschätzung der Kommunalpolitik durch die staatlichen oder überhaupt höher gelagerten Ebenen führt somit konsequent zu einer Geringschätzung bei den Bürgern und Bürgerinnen.

Liegt hier möglicherweise auch eine Ursache für das schlechte Ansehen der Kommunalpolitik auf dem Lande? Es finden sich vielerorts ja immer weniger Kandidaten oder Kandidatinnen für den Gemeinderat.

Durchaus. Die vom Staat reduzierten Befugnisse und Freiräume in den Gemeinden und Dörfern haben nicht nur dauerhaft die kommunalpolitische Arbeit erschwert. Sie haben auch generell zu einem schlechten Image der Kommunalpolitik geführt. So ist es in vielen Regionen der Republik oft schwierig, Nachwuchs für den Gemeinderat zu gewinnen, und vielerorts findet sich kein Bewerber bereit, für das Amt des Bürgermeisters oder

des Ortsvorstehers zu kandidieren. Der Trend geht dahin, dass viele für die Kommunalpolitik hochqualifizierte Bürgerinnen und Bürger bewusst nicht in die Kommunalpolitik gehen, sondern lieber Vorstandsämter in Schützen-, Karnevals-, Sport-, Musik- oder Kulturvereinen übernehmen, wo sie wirklich etwas bewegen können und die erfolgreiche Arbeit auch noch Spaß macht.

Die Geringschätzung der Kommunalpolitik durch die staatlichen oder überhaupt höher gelagerten Ebenen führt somit konsequent zu einer Geringschätzung bei den Bürgern und Bürgerinnen. Gegen diese Missstände an der Basis des Staates muss dringend angegangen werden. Dies erfordert ein gewaltiges Umdenken in den Zentralen der Macht in Bund und Ländern. Statt immer weiter seine zentralistischen Programme von oben nach unten durchzusetzen, sollte der Staat seine demokratische Basis „unten“ respektieren, stärken und wiederbeleben.

Wie könnte er das tun?

Mit Heimatministerien versuchen Bund und Länder derzeit, den Dörfern und Landkommunen Zuwendung zu signalisieren. Skepsis ist jedoch angebracht, ob damit tatsächlich eine Kehrtwende in der Behandlung des Landes beginnt. In einzelnen Zuschriften an mich wird nüchtern konstatiert: „Diese würde erst dann besser, wenn wir eine ganz neue ‚Kommunalpartei‘ hätten“. Offenbar trauen viele Landbürgermeister den bestehenden Parteien nicht zu, die fortgesetzte Entmündigung der Dörfer und Gemeinden durch Bund und Länder zu bremsen oder aufzuhalten.

Wenn die Kommunalpolitik in den Dörfern und Kleinstädten wieder Gewicht und Befugnisse bekommt, wird auch ihr Ansehen

“ Jahrelang wurde der Heimatbegriff zur politischen Krankheit erklärt, als Auslaufmodell denunziert angesichts der Globalisierung. Aber Heimatliebe und Demokratiestärkung gehören zusammen!

steigen. Dann werden auch die Bürger wieder mitmachen, den Staat tragen helfen und sich mit dem Gemeinwesen solidarisieren.

Haben Sie vielleicht einen konkreten Vorschlag?

Stellen Sie sich vor, jedes Dorf bekäme vom Bund 10.000 Euro und könnte völlig ohne Vorgaben gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern frei entscheiden, wie das Geld verwendet wird. Ob es zum Beispiel besser ist, eine zentrale Schule zu unterstützen oder drei kleine dezentrale. Es wäre ein Signal: „Die da oben“ vertrauen uns, haben uns noch auf dem Schirm.

Und noch etwas: Jahrelang wurde der Heimatbegriff zur politischen Krankheit erklärt, als Auslaufmodell denunziert angesichts der Globalisierung. Aber Heimatliebe und Demokratiestärkung gehören zusammen! Beteiligung ist viel mehr als Projektförderung. Und da sind die ganz kleinen Dörfer oder auch einzelne Höfe nicht weniger mitmachbereit als die Bürger in Städten, eher im Gegenteil.

Landleben wird nicht selten als überflüssiger Luxus bezeichnet, ja, man hört sogar: „Lasst doch das Dorf sterben!“ Sie sagen dagegen: „Rettet das Dorf!“ Warum?

Meine sehr knappe Antwort: Der ländliche Raum – der immerhin 90 Prozent der Fläche Deutschlands ausmacht und auf dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt – ist für Staat und Gesellschaft genauso wichtig wie die Großstadt. Schon ökonomisch ist der ländliche Raum kein Armenhaus der Na-

tion, mehr als 50 Prozent der Wertschöpfung Deutschlands erfolgen hier, viele Weltmarktführer haben ihren Sitz in Dörfern und Kleinstädten. Das Land versorgt die gesamte Gesellschaft mit Lebensmitteln, mit Rohstoffen wie Wasser und Holz und erneuerbarer Energie. Auf dem Land herrscht eine hohe Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld. Hier bieten sich bessere Chancen des gesunden Aufwachsens für Kinder und Jugendliche. Ländliche Lebensstile sind in. Es besteht eine hohe Kompetenz, lokale Aufgaben und Probleme ehrenamtlich oder genossenschaftlich anzugehen. Selbstverantwortung und „Anpackkultur“ sind im Dorf tief verwurzelt. Das Land bietet hochwertige Kulturlandschaften und auch alternative Lebensformen, die durch Natur- und Menschennähe, durch fürsorgendes Denken und Handeln geprägt sind.

Daher lautet mein Appell an die Entscheider in den Zentralen von Bund und Ländern: Lasst das Dorf leben und seine bürgerschaftlichen Kräfte neu entfalten! Und gebt dem Staat damit zugleich seine demokratische Basis zurück!

Das Interview führten Karin Lorenz und Jürgen Lorenz

*Karin Lorenz und Jürgen Lorenz sind Mobile Berater*innen im Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung (demos)*

Zum Weiterlesen: Gerhard Henkel: Rettet das Dorf! Was jetzt zu tun ist. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, München 2018, 320 Seiten, 22 Euro

„Integration bedeutet, dass beide Seiten einen Schritt aufeinander zu machen“

Postmigrantische Perspektive auf gelingende Lebensperspektiven auf dem Land.

Ein Gespräch mit Dr. Rubén Cárdenas Carbajal

Herr Cárdenas, welche Besonderheiten sehen Sie, wenn man die Migration speziell in den ostdeutschen Bundesländern betrachtet?

Man muss klar sagen, dass Deutschland ein geteiltes Einwanderungsland ist. Es gibt gravierende Unterschiede, die mit der demographischen Entwicklung und der Migrationsgeschichte zusammenhängen: Der Ostteil Deutschlands ist eigentlich gar kein Einwanderungsland, das Boot hier ist nicht voll, ganz im Gegenteil. Die Gesellschaft braucht Zuwanderung, um die Bevölkerungszahlen aufrechtzuhalten.

Ein zweiter Unterschied gegenüber dem Westen Deutschlands ist: Die Migrant*innen, die in den letzten Jahren zum Beispiel nach Mecklenburg-Vorpommern gekommen sind, wurden als Geflüchtete den Regionen

zugewiesen. Das ist ein wichtiger Unterschied gegenüber Migrant*innen, die keinen Schutz in Deutschland suchen – diese wählen ihren neuen Aufenthaltsort sehr viel freier aus.

Eine dritte Besonderheit im Vergleich mit dem Westen ist, dass in Ostdeutschland mehr Menschen in Dörfern und Kleinstädte geschickt worden sind. Dies alles macht unsere Arbeit für gelingende Integration schwieriger.

Dazu kommt die Ausländerfeindlichkeit, die ist im Osten schon stärker als im Westen. Wir reflektieren diese Frage in unserer Arbeit stark: Wie kommt es zu einem Ausländerhass ohne Ausländer? Wie können Menschen „Ausländer raus“ rufen, ohne auch nur einen einzigen zu kennen? Diesen Ängsten,

die auch medial geschürt sind, versuchen wir als Migrant*innenselbstorganisationen zu begegnen. Wir sagen auch, dass Mecklenburg-Vorpommern attraktiv für die Migration sein soll. Und das ist nicht allein Sache der Migrant*innen, sondern der ganzen Gesellschaft, der Politik, des Staates, weil in ein paar Jahren zum Beispiel die Wirtschaft große Probleme bei der Nachwuchsgewinnung haben wird. Deswegen ist es sehr schade, dass z.B. Mecklenburg-Vorpommern Migrant*innen nicht halten kann. Sie sind aus den Dörfern in die Städte gegangen, nach Rostock, Greifswald oder Schwerin. Und wenn sie da keine Beschäftigung gefunden haben, sind sie weiter nach Hamburg oder Berlin gezogen.

Wie kann die ostdeutsche, ländliche Gesellschaft attraktiver für Migration werden?

Migrant*innen brauchen Arbeitsplätze, Angebote, um die deutsche Sprache zu lernen, geeignete sowie bezahlbare Wohnräume, kulturelle Angebote, Betreuungsplätze in Kitas und Schulen, Mobilität und eine gute digitale Anbindung. Für die meisten Infrastrukturen gilt, dass sie nicht nur für Geflüchtete notwendig sind, sondern für alle Menschen, die nach Mecklenburg-Vorpommern ziehen – und natürlich auch für alle, die bereits dort leben. Da ist die Politik gefordert, diese Bereiche attraktiv zu gestalten. Und dann kann Mecklenburg-Vorpommern für Migration attraktiv werden: für Migration aus Westdeutschland, aus Frankreich, aus Polen, egal woher. Wir brauchen diese Menschen für die Zukunft unseres Bundeslandes.

Eine weitere Baustelle ist die Bildung, die Auseinandersetzung mit politischen Themen, um der Verbreitung des Rechtsra-



Rubén Cárdenas ist in Peru geboren, ging 1979 zum Studium in die Sowjetunion und promovierte dort im Fach Internationale Ökonomische Beziehungen. 1988 kam er in die DDR und arbeitete an der Universität Rostock im Fachbereich Lateinamerika-Wissenschaften. Seit 1995 ist er Geschäftsführer des Rostocker Ausländerbeirates, der heute Migrantenrat heißt. Daneben ist er in mehreren Vereinen aktiv, unter anderem bei DaMOst, dem 2018 gegründeten Dachverband von derzeit 270 Migrant*innen-Organisationen in Ostdeutschland, oder Migranet-MV, der seit 2009 die aktive Partizipation von Migrant*innen in Mecklenburg-Vorpommern fördert.





Foto: pixabay

dikalismus in der Fläche entgegenzuwirken. Rechtsradikale und rechtspopulistische Parteien spielen Menschen gegeneinander aus, zum Beispiel Geflüchtete gegen Hartz-IV Empfänger*innen. Dagegen brauchen wir Strategien und Ressourcen; die Regionalzentren für demokratische Kultur (inklusive Mobile Beratung) sind ein Teil davon. Wer würde sich schon hier ansiedeln wollen, wenn eine Atmosphäre herrscht, die feindlich gegenüber Neuankömmlingen ist? Es ist normal, dass Menschen dorthin gehen, wo sie sich wohlfühlen oder zumindest akzeptiert.

Was kann man tun, um dies zu ändern?

Wir brauchen mehr kulturelle Begegnungen. Es geht darum, sich gegenseitig ken-

nenzulernen, zum Beispiel durch gemeinsames Kochen oder Sport. Es geht auch darum, dass die vorhandenen Migrant*innen sichtbar gemacht werden. Wie viele Migrant*innen arbeiten heute zum Beispiel in den Behörden? Dieser Bereich sucht doch händeringend Nachwuchs! Es liegt auch in der Verantwortung der Lokalpolitik, Überzeugungsarbeit bei der einheimischen Bevölkerung zu leisten, um zu vermitteln, dass die Dörfer in Ostdeutschland diese Zuwanderung dringend brauchen. Es geht um langfristige Kommunalpolitik.

Seit 2015 sind so viele junge Menschen als Geflüchtete nach Deutschland gekommen. Es geht jetzt darum, diese als Antwort auf den Fachkräftemangel auszubilden –

stattdessen sind noch immer Geflüchtete in Ausbildung oder Arbeit von Abschiebungen bedroht. Das ist so widersprüchlich. Nicht nur für diese Menschen, sondern für die ganze Gesellschaft, die in diese Menschen investiert hat.

Welche politischen Rahmenbedingungen werden benötigt?

Das wichtigste wären verlässliche politische Rahmenbedingungen, etwa ein Migrationsgesetz. Menschen muss eine Möglichkeit gegeben werden, legal einzureisen und eine Arbeit zu suchen. Dieser Aspekt wird seit vielen Jahren diskutiert. Es gibt momentan den Versuch, ein Migrationsgesetz durchzusetzen – das wäre ein erster Schritt nach vorn.

Daneben ist Wahlrecht ein großes Thema für die Migrant*innen. Vier Millionen Menschen in Deutschland dürfen in dem Land, in dem sie leben, nicht wählen. Das ist eine große Lücke der Demokratie. Es gibt eine große Gruppe von Menschen, die sich politisch engagieren möchten, aber die nicht das Recht dazu haben.

Was bedeutet für Sie Integration?

Integration bedeutet, dass beide Seiten einen Schritt aufeinander zu machen sollen – die migrantische wie die einheimische Gesellschaft. Ich verwende lieber den Begriff „Inklusion“: Inklusion in den Arbeitsmarkt, in der Bildung und so weiter. Als Migrant*innen-Selbstorganisationen reden wir seit den 1990er Jahren über Gleichberechtigt-

gung. Deutsche und Migrant*innen werden heute immer noch nicht gleich behandelt. Es fängt – wie erwähnt – beim Wahlrecht an. Manche Berufe dürfen nicht ausgeübt werden. Oder denken Sie an die Regelung, dass vor der Einstellung von Migrant*innen immer erstmal geprüft werden muss, ob irgendjemand Einheimisches in Frage kommt – das erschwert erheblich den Zugang zum Arbeitsmarkt. Aber wir vergleichen uns gern mit der Frauenbewegung: Selbst heutzutage ist die Gleichstellung von Männern und Frauen noch nicht voll erreicht – es ist also ein langer Weg, den man Schritt für Schritt gehen muss.

Seit in den 1960er Jahren die Einwanderung von Arbeitskräften in die alte Bundesrepublik begann, wurden sie immer nur als Gast angesehen – das transportierte ja schon die verbreitete Bezeichnung „Gastarbeiter“. Diese Betrachtungsweise war ein großer Fehler. Ihnen wurden oft keine oder kaum Möglichkeiten gegeben, die deutsche Sprache zu erwerben. Die Integrationskurse wurden erst im Jahr 2005 eingeführt.

Was kann die migrantische Community für die Inklusion der Geflüchteten leisten?

Erstmal muss man sagen, dass es eine große Anstrengung der ganzen Gesellschaft war und ist, vor allem der Zivilgesellschaft. Man muss es immer wieder betonen und sich dafür bedanken: Diese Zivilgesellschaft – einfache Menschen, aber auch Unternehmen – hat den Neuankömmlingen sehr geholfen.

Aber natürlich, altansässige Migrant*innen können viel für die Inklusion Geflüchteter leisten. Sie sprechen oft die gleichen Sprachen, haben manchmal ähnliche Biographien. Häufig sind sie die besten Berater*innen, weil sie sich besonders gut hinein-

versetzen können in die Neuankommenden und ihre Schwierigkeiten und Empfindungen. Natürlich müssen diese altansässigen Migrant*innen gestärkt, qualifiziert und unterstützt werden, damit sie gut beraten können. Es ist wichtig, dieses vorhandene Potenzial zu nutzen. Und es liegt auch an den Migrant*innen, sich zum Beispiel als Vereine zu organisieren, Anträge für Projekte zu stellen und die Möglichkeiten aktiv zu nutzen, die diese Gesellschaft bietet. Doch man muss auch erst lernen, einen Antrag auszufüllen, Kontakte zu haben, sich zu vernetzen ... Von der deutschen Gesellschaft wird oft unterschätzt, dass solche Kompetenzen, die für viele hier geborene Menschen selbstverständlich sind, von Migrant*innen erst erlernt werden müssen.

Was genau tun die Migrant*innenorganisationen, in denen Sie sich engagieren?

Unser Ziel ist es, Migrant*innen – wie man so sagt – zu „empowern“. Also sie zu stärken und zu ermächtigen, damit sie sich zum Beispiel in der Kommunalpolitik engagieren. Einige Migrant*innen sind geradezu hungrig. Sie haben trotz der widrigen Bedingungen, die sie mitbringen, den festen Willen, sich zu engagieren. Dieses Potenzial sollte genutzt werden.

Es gibt aber auch andere Möglichkeiten, Migrant*innen politische Partizipation zu ermöglichen. Wir haben zum Beispiel gute Erfahrungen gemacht mit Migrant*innenräten, die aus Westdeutschland als Modell importiert worden sind. So ist beispielsweise in Rostock der Migrant*innenrat als ein wichtiges kommunales Gremium als Beirat dem Kommunalparlament beigeordnet. Dadurch pflegen wir ein vertrauensvolles Miteinander mit dem Oberbürgermeister sowie den Parlaments-Fraktionen, wir sind

in Ausschüssen vertreten und können so die Interessen der ausländischen Einwohner*innen vertreten. Unser Ziel ist es, solche Strukturen auch in ländliche Regionen zu übertragen. Deswegen führen wir Gespräche zum Beispiel mit Landratsämtern,

Migrant*innen müssen selbstbewusst auftreten. Sie müssen in die Politik gehen, egal für welche Partei, Hauptsache eine demokratische.

um Migrant*innenbeiräte auf Landkreisebene zu etablieren. Für ein solches Projekt müssen sich einerseits die Migrant*innen vor Ort einsetzen; aber wir brauchen auch eine Verwaltung, die das Projekt unterstützt und Ressourcen zur Verfügung stellt. Das ist noch ein langer Weg.

Und Migrant*innen müssen selbstbewusst auftreten. Sie müssen in die Politik gehen, egal für welche Partei, Hauptsache eine demokratische. Die Migrant*innenselbstorganisationen helfen dabei. Ich sehe uns als kleine Schule, wo man lernen kann, wie politische Arbeit hierzulande funktioniert. Wir bilden sozusagen die Politiker*innen der Zukunft aus. Bei uns lernt man, wie man einen Antrag oder eine Pressemitteilung aufsetzt, ein Treffen strukturiert oder ein Protokoll schreibt.

Politische Bildung für Migrant*innen ist jedenfalls eine sehr wichtige Baustelle. Für manche Migrant*innen ist das Funktionieren einer Demokratie etwas völlig Neues, etwa wenn sie aus autoritären Staaten herkommen oder aus Ländern, in denen clanähnliche Strukturen herrschen. Vor einiger Zeit haben

wir zum Beispiel eine Reise mit Migrant*innen in die Landeshauptstadt Schwerin organisiert, und für einige von ihnen war der Besuch des Landtages im Schloss ein echtes Highlight.

Ist es nicht irgendwie frustrierend, wenn man sich – wie Sie – bereits sehr lange für Partizipation einsetzt und trotzdem in dem Land, in dem man lebt, nicht wählen darf?

Na klar, das ist ärgerlich. Frustrierend nicht, aber ärgerlich. Mir geht es da wie rund vier Millionen Menschen, die sich nicht einbürgern lassen möchten, weil sie dafür ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit ablegen müssten. Sie möchten eine moderne Gesellschaft mit einem Recht auf eine doppelte Staatsbürgerschaft. Dies würde sicherlich nicht alle Probleme lösen, aber schon mal viel ermöglichen.

Sehr häufig werden zum Beispiel Menschen mit schwarzer Hautfarbe gefragt, woher sie kommen – dass sie, wenn sie einen deutschen Pass besitzen, nach dem Gesetz natürlich Deutsche sind, ist für viele Menschen hier noch nicht vorstellbar. Dies zeigt beispielhaft, wie sehr sich die deutsche Gesellschaft noch öffnen muss. Der Paradigmenwechsel fand ja erst im Jahr 2005 statt, als sich Deutschland mit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts unter der rot-grünen Bundesregierung erstmals offiziell als Einwanderungsland begriffen hat. Es braucht noch Zeit, bis dieses Bewusstsein überall angekommen ist.

Das Interview führte Dr. Delphine Wollenberg.

Dr. Delphine Wollenberg ist Leiterin im RAA-Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Greifswald.

Zivilgesellschaft im Dorf stärken

Gedanken zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum und zu Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus

Von Christopher Vogel

Die langjährige Erfahrung Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland zeigt, dass Problemlagen und mögliche Bearbeitungsstrategien in städtischen und ländlichen Räumen bisweilen extrem unterschiedlich sind. In Stadtgesellschaften scheint eine Aktivierung unterschiedlicher Milieus für das Engagement gegen menschenfeindliche Einstellungen einfacher mobilisierbar zu sein als in Dörfern.

Dafür gibt es vielerlei Gründe, etwa die in Städten differenzierteren und oft aktionsfähigeren zivilgesellschaftlichen Strukturen (Parteien, Verbände etc.) oder die dort größere Anonymität. Auf dem Land „kennt jede*r jede*n“ – deshalb kann dort ein Eintreten für demokratische Kultur und gegen Rechtsextremismus auch bedeuten, dass man sich beispielsweise gegen seine (rechtsextremen) Nachbar*innen stellen muss, mit dem/der man andererseits auch im Sportverein oder bei der Feuerwehr ge-

meinsam aktiv ist. Und gerade im Dorf, wo es zu Lebensqualität und Notwendigkeit zählt, dass man sich gegenseitig unterstützt und aufeinander angewiesen ist, werden Konflikte selten offen ausgetragen, was eine Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Erscheinungen erschwert.

Die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft zeigt sich natürlich auch in ländlichen Räumen und hat dort bisweilen stärkere Auswirkungen als in der Stadt. Dies zeigte und zeigt sich zum Beispiel im Umgang mit der Aufnahme von Geflüchteten, wo sich ein Teil der Gemeinschaft seit 2015 für die Aufnahme und Integration Geflüchteter einsetzt, während ein anderer Teil gegen ebendiese protestiert – sei es konkret auf der Straße, sei es in der Wahlkabine. Die Ursachen der gesellschaftlichen Polarisierung, die sich auch in der Flüchtlingsdebatte zeigte und zeigt, sind aus Sicht Mobiler Beratung schon länger zu beobachten und haben nur bedingt etwas mit der sogenannten „Flücht-



lingskrise“ 2015/16 zu tun (die korrekter als eine Krise von Verwaltung und Politik wegen Überforderung zu bezeichnen ist).

In vielen Regionen Ost- und Westdeutschlands herrscht schon seit einer Reihe von Jahren das Gefühl, es gehe bergab: Alltagsrelevante Infrastruktur wird nach und nach abgebaut, die Dorfkneipe wird geschlossen, nachdem schon vor Jahren Post und Bank verschwanden. Junge Menschen (häufig mit höherem Bildungsniveau), vor allem Frauen, ziehen weg und kehren nicht wieder. Gewerbe siedelt sich kaum noch an, die Bevölkerung schrumpft und wird im Durchschnitt älter. Schnelles Internet gibt es selten und lässt trotz aller Versprechen aus Politik und Wirtschaft seit Jahren auf sich warten. Überhaupt hat sich ein Gefühl ausgebreitet, die Politik in der Landes- bzw. Bundeshauptstadt kümmere sich nicht mehr.

Während in der alten Bundesrepublik seit spätestens den 1970er Jahren gesetzlich von gleichwertigen Lebensbedingungen im gesamten Bundesgebiet und zur Wiedervereinigung von blühenden Landschaften die Rede war,¹ so ist davon heutzutage in vielen ländlichen Räumen abseits der Großstädte bzw. Ballungsgebiete nichts mehr zu spüren. Dies dürfte ein wichtiger Grund für das Aufkommen und Erstarken von rechts-populistischen Einstellungen sein. „Dürfte“ deswegen, weil es hierzu bislang kaum wissenschaftliche Forschung gibt und die Wahrnehmung von Mobilien Beratungsteams in vielen Bundesländern noch keinen belastbaren „Beweis“ darstellt.

Aber es griffe natürlich viel zu kurz, ländliche Räume nur als defizitäre Sozialräume wahrzunehmen, die fest in der Hand von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

sind. Unzählige Vereine und zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse engagieren sich tagtäglich für ihr Gemeinwesen und treten demokratiefeindlichen Phänomenen entgegen. Im Moment scheint es nicht nur darum zu gehen, wie Rechtsextremismus und -populismus zurückgedrängt werden können, sondern auch darum, wie demokratische Kultur in schrumpfenden Räumen verteidigt und ausgebaut werden kann.

Deshalb an dieser Stelle einige Vorschläge, die sich in der Praxis Mobiler Beratung bewährt haben bzw. daraus entwickelt wurden und werden:

1. Investitionen in Menschen statt in Steine

Es gibt unzählige Förderprogramme von Bund und Ländern, die sich der Förderung ländlicher Räume verschrieben haben. Die allermeisten beziehen sich jedoch auf die Förderung von Infrastruktur und das Ausreichen von Sachmitteln, manchmal sind auch noch befristete Honorarmittel vorgesehen. So wird z.B. die Anschaffung eines sogenannten Bürgerbusses finanziell unterstützt, der Betrieb des Fahrdienstes aber soll dann ehrenamtlich geleistet werden. Vielerorts werden Dorfmoderator*innen ausgebildet, die ehrenamtlich Beteiligungsprozesse anstoßen bzw. begleiten sollen.

Wenn staatliche Aufgaben in der Fläche abgebaut werden, kann dies nicht ehrenamtlich aufgefangen werden. Es braucht neue (Förder-) Konzepte, wie auf die Herausforderungen ländlicher Räume reagiert werden kann. Investitionen in Gebäude, Infrastruktur oder Dorfverschönerung bleiben so lange kosmetisch, wie nicht in hauptamtliches Personal investiert wird. Natürlich gilt es, die Bereitschaft zum Ehrenamt, die gerade

Unzählige Vereine und zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse engagieren sich tagtäglich für ihr Gemeinwesen und treten demokratiefeindlichen Phänomenen entgegen.

in ländlichen Räumen ohnehin und selbstverständlich zum Alltag gehört, weiter zu fördern. Nicht jeder Bereich des Zusammenlebens muss hauptamtlich geleistet werden; aber wo es um staatliche Aufgaben und die vielbeschworene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse geht, muss der Staat auch entsprechend tätig sein.

2. Stärkung von Engagement gegen demokratiefeindliche Bestrebungen – Aufstand der Zuständigen

Häufig werden Menschen, die auf undemokratische Missstände hinweisen, als das eigentliche Problem gesehen, weil sie vermeintlich die Ruhe in der Kommune stören – und nicht jene, die menschenfeindliche Positionen in Wort und Tat verbreiten. Dabei zeigte der Umgang mit der Aufnahme von Geflüchteten in den Jahren 2015/16, dass überall dort, wo Politik und Verwaltung motivierend und mit klarer Haltung voranschritten, die Menschen umso stärker bereit waren, sich für die Neuankommenden zu engagieren. Wenn aber z.B. ein Bürgermeister öffentlich verlautbarte, dass er mit der Politik der Regierung nicht einverstanden war (z.B. mit der Zuweisung einer bestimmten Anzahl von Geflüchteten), dann war die



Foto: MBT Hessen

Hilfs- und Aufnahmebereitschaft in der jeweiligen Kommune entsprechend niedriger.

Dasselbe gilt auch allgemein für den Umgang mit den spezifischen Herausforderungen, die in diesem Band beschrieben werden: Ein*e Bürgermeister*in kann konstatieren, dass der Handlungsspielraum der Kommune gegen Null geht, weil wesentliche Entscheidungen in der Landes- oder Bundeshauptstadt (oder gar in Brüssel) getroffen werden und man halt nichts tun könne. Man kann aber auch versuchen, die Bürger*innen für die Gestaltung des Zusammenlebens zu motivieren, sie nach ihren Ideen und Konzepten zu befragen und in die Umsetzung einzubinden. Und da, wo in Politik und Verwaltung auf übergeordneter Ebene Lücken, falsche Förderpolitik und Schwerpunktsetzungen festgestellt werden, gilt es politisch dagegen zu opponieren – statt populistisch auf

Flüchtlinge oder andere Minderheiten zu zeigen, die angeblich an allem schuld seien.

Der Erfolg rechtspopulistischer Akteure und Parteien liegt aus unserer² Sicht nicht nur in der erfolgreichen Aktivierung rassistischer und minderheitenfeindlicher Ressentiments, sondern in der Möglichkeit via Wahlzettel einen plebiszitären Mittelfinger gegen (Partei-) Politik auszustrecken. Angesichts der Aufregung und Ratlosigkeit in den Volksparteien, wie etwa auf Wahlerfolge der AfD zu reagieren sei, scheint diese Unmutsäußerung bei den Adressaten ja auch anzukommen. Rechtspopulistisch artikuliert Unzufriedenheit sollte mit mehr Demokratie begegnet werden – und nicht mit Resignation oder Abbau demokratischer Errungenschaften, geschweige denn mit Übernahme rechtspopulistischer Positionen.



3. Perspektivwechsel zivilgesellschaftlichen Engagements

Viele Mobile Beratungsteams verzeichnen eine stark erhöhte Nachfrage nach Rat im Umgang mit rechtsextremen und -populistischen Argumentationen. Gerade in den vergangenen drei Jahren sind viele Engagierte verstärkt mit menschenfeindlichen Einstellungen und Aussagen im privaten, ehrenamtlichen und beruflichen Kontext konfrontiert und häufig überfordert mit der Frage, wie darauf angemessen zu reagieren sei. In Argumentationstrainings kann diese Überforderung zwar bearbeitet werden – aber in der Praxis zeigt sich häufig, dass rationale und vernünftige Argumente gegen emotional vorgebrachte Hetze nichts ausrichten können.

Wir plädieren an dieser Stelle für einen Perspektivwechsel, den sowohl engagierte Zivilgesellschaft als auch (Partei-) Politik vollziehen sollten: Statt sich an immer neuen und radikaleren Positionen des rechten Randes abzuarbeiten (auch wenn Gegenrede bei menschenverachtender Hetze nötig bleibt), sollte sich Zivilgesellschaft ihrer Stärke bewusst sein. Sie war es, die mit ihrem Engagement in den vergangenen Jahren dafür sorgte, dass in Deutschland überhaupt von einer Willkommenskultur die Rede sein konnte. Eine vergleichbar breite, ehrenamtlich getragene Hilfsbereitschaft wie angesichts der Aufnahme von Geflüchteten in den Jahren 2015/16 hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie gegeben. Nicht nach Ende des Zweiten Weltkriegs, als mehr als zehn Millionen Geflüchtete aus den ehe-

mals deutschen Ostgebieten aufgenommen werden mussten (was selten freundlich geschah), noch bei irgendeinem Hochwasser oder der Wiedervereinigung.

Die Mehrheit der Menschen hierzulande lehnt rechtsextreme und -populistische Hetze ab, die überwältigende Mehrheit sieht in unserer Demokratie das bevorzugte und beste politische System.³ Fast 90 Prozent der abgegebenen Stimmen bei der Bundestagswahl 2017 gingen nicht an die AfD. Und trotzdem arbeiten sich Medien, Politik und Zivilgesellschaft an Provokationen vom rechten Rand ab, anstatt selbstbewusst eigene Forderungen zu formulieren und Verantwortliche aufzufordern, diese umzusetzen. Fehlen nicht vielerorts bezahlbarer Wohnraum, ausreichend Kitaplätze, eine nach den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Infrastruktur? Dann sollte das geändert werden, egal ob es um Geflüchtete, Menschen mit Migrationshintergrund oder Alteingesessene geht. Politik konzentriert sich auf Ballungsräume, „Metropolregionen“ und urbane Erfordernisse? Dann sollten die Belange ländlicher Räume offensiv formuliert werden. Es wird ein Problem mit politischer Repräsentation gesehen? Dito.

Viele Menschen machen keine Erfahrungen von Selbstwirksamkeit mehr, ihr Engagement scheint nichts zu bewirken. Eine große Motivation bei der Aufnahme von Flüchtlingen war die unmittelbare Erfahrung, Menschen durch das eigene Engagement zur Seite zu stehen und Erfolge (wie auch Rückschläge) direkt mitzubekommen. Dasselbe braucht es für das Engagement gerade in ländlichen Räumen: für Anliegen aller Menschen, die dort leben, egal welcher Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Orientierung oder kulturellen Prägung usw.

“ Eine große Motivation bei der Aufnahme von Flüchtlingen war die unmittelbare Erfahrung, Menschen durch das eigene Engagement zur Seite zu stehen ...

Anstelle der Klage über die Politik von „denen da oben“ bedarf es eines Engagements, das von den Bedürfnissen und Ressourcen der Beteiligten ausgeht und dabei Minderheitenrechte berücksichtigt. Zudem braucht es in der Politik eine Kultur des offenen Ohrs, welches die Meinung der ziemlich leisen Mehrheit entgegennimmt, und deren Forderungen debattiert, statt eine laute Minderheit bedienen zu wollen. Zu den Aufgaben der Mobilen Beratung gehört es, Bedürfnisse vor Ort zu erheben, Prozesse der Teilhabe zu begleiten und Engagierte vor Ort zu unterstützen. Hierbei greift Mobile Beratung auf langjährig erprobte Methoden des Community Organizing⁴ zurück, bildet mit Workshops fort und moderiert auf lokaler Ebene Prozesse zur Demokratiestärkung. Durch die Arbeit „an Ort und Stelle“, von der Analyse bis zur Entwicklung eines Handlungskonzeptes unterstützt Mobile Beratung Akteur*innen und Politik, gerade in ländlichen Räumen, wo Unterstützung besonders gefragt ist.

Christopher Vogel ist Mitarbeiter des MBT Hessen und fungiert als Sprecher der AG Ländliche Räume im Bundesverband Mobile Beratung.

1. Vgl. den Text von Mießner/Naumann auf Seite 30
 2. Der Text stellt ein Ergebnis aus Diskussionen dar, die in der AG Ländliche Räume des Bundesverbandes Mobile Beratung seit 2016 geführt werden
 3. Vgl. z.B.: Decker/Brähler (Hg.): Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen 2018, S.96f.
 4. Ein Konzept, das in Chicago ab den 1930er und vor allem in den 1970er Jahren entwickelt wurde, um Menschen dazu zu motivieren, ihre politischen Interessen aktiv zu vertreten



Leseempfehlungen

Grundlagen:

Gerhard Henkel: Das Dorf. Landleben in Deutschland – gestern und heute, 3. Auflage 2015

Kulturbüro Sachsen e.V. (Hrsg.): (Dia)Logbuch Sachsen. Prozessorientierte Beratung im ländlichen Raum (2013)

Dirk Wilking, Michael Kohlstruck (Hrsg.): Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung: Einblicke V. Ein Werkstattbuch (2016) <https://depositonce.tu-berlin.de/handle/11303/5433>

Friedrich Burschel (Hrsg.): Stadt – Land – Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz, Reihe: Texte der RLS Bd. 63 (2010) http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte_63.pdf

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus: Inhaltliche und methodische Grundsätze der Mobilien Beratung http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2018/03/bmb_grundsaeetze_DinA5_web.pdf

Handreichungen:

Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e.V. und Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hrsg.): Gemeinsam handeln: Für Demokratie in unserem Gemeinwesen! Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremismus im ländlichen Raum (2. aktualisierte Auflage 2015) <https://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/publikationen/handreichung-gemeinsam-handeln.pdf>

Bund der Deutschen Landjugend (Hrsg.): Schweigen heißt Zustimmung. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Aktualisierte Arbeitshilfe (2017) https://www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de/fileadmin/SITE_MASTER/content/Dokumente/Downloads2017/Beitraege2017/08Buch_Rechtsextremismus.pdf

Amadeu-Antonio-Stiftung (Hrsg.): Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien (2014) https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/voelkische_siedler_web.pdf

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hrsg.): Von wegen gähnende Leere. Wie demokratiestärkendes Engagement ländliche Räume belebt. Eine Sammlung ermutigender Projektbeispiele (2016) <https://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/publikationen/2016-von-wegen-gaehrende-leere.pdf>

Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V., Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Handbuch für Lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus (2012) <http://www.freiwilligen-agentur.de/wp-content/uploads/2014/07/B%C3%BCndnisratgeber.pdf>

Mobile Beratungsteams im Bundesverband Mobile Beratung

Stand: 2.4.2019

Baden-Württemberg

Fachstelle Rechtsextremismus/mobirex

📍 [Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung (LAGO) Baden-Württemberg]
Siemensstr. 11
70469 Stuttgart
✉ beratungsnetzwerk@lago-bw.de
🌐 <http://lago-bw.de/beratungsnetzwerk-gegen-rechtsextremismus.html>
☎ 0711 - 89 69 15 23

Bayern

Mobile Beratung in Bayern

[Bayerischer Jugendring]
🌐 www.lks-bayern.de

Büro Süd

📍 Postfach 11 40
85552 Ebersberg
✉ mb-sued@lks-bayern.de
☎ 080 92 - 2509955

Büro Nordwest

📍 Postfach 440112
90206 Nürnberg
✉ mb-nordwest@lks-bayern.de
☎ 0911 - 92300454

Büro Nordost

📍 Postfach 100926
93009 Regensburg
✉ mb-nordost@lks-bayern.de
☎ 0941 - 46528140

Berlin

MBR Berlin – Mobile Beratung gegen Rechts- extremismus

📍 [Verein für demokratische Kultur in Berlin – Initiative für Urbane Demokratieentwicklung e.V.]
Gleimstraße 31
10437 Berlin
✉ info@mbr-berlin.de
🌐 www.mbr-berlin.de
☎ 030 - 817 98 58 10

Bremen

Pro aktiv gegen rechts

📍 [Verein für akzeptierende Jugendarbeit VAJA e.V.]
Bornstraße 14/15
28195 Bremen
✉ proaktiv@vaja-bremen.de
🌐 <https://vaja-bremen.de/teams/pro-aktiv-gegen-rechts>
www.facebook.com/pro.aktiv.gegen.rechts
☎ 0421 - 96 03 84 93

Brandenburg

Mobiles Beratungsteam Brandenburg

[demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung]
🌐 www.big-demos.de

MBT Regionalbüro Angermünde

📍 Berliner Straße 77
16278 Angermünde
✉ mbt-angermuende@BIG-demos.de
☎ 033 31 - 29 99 80

MBT Regionalbüro Cottbus

📍 Friedensplatz 6
03051 Cottbus OT Gallinchen
✉ mbt-cottbus@BIG-demos.de
☎ 0355 - 430 24 41

MBT Regionalbüro Frankfurt (Oder)

📍 Postfach 1344
15203 Frankfurt (Oder)
✉ mbt-ff@BIG-demos.de
☎ 0335 - 500 96 64

MBT Regionalbüro Neuruppin

📍 Alt Ruppiner Allee 40
16816 Neuruppin
✉ mbt-neuruppin@BIG-demos.de
☎ 033 91 - 35 91 89

MBT Regionalbüro Potsdam

📍 Am Kanal 49
14467 Potsdam
✉ mbt-potsdam@BIG-demos.de
☎ 0331 - 505 88 83

MBT Regionalbüro Trebbin

📍 Bahnhofstraße 44
14959 Trebbin
✉ mbt-trebbin@BIG-demos.de
☎ 0337 - 31 329 09

Hamburg

Mobiles Beratungsteam Hamburg gegen Rechtsextremismus

📍 [Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V.]
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
✉ mbt@hamburg.arbeitundleben.de
🌐 <https://hamburg.arbeitundleben.de/pb/mbt>
☎ 040 - 28 40 16-31, -61 und -68

Hessen

MBT Hessen/Regionalstelle Nordhessen

📍 [vhs – Volkshochschule Region Kassel]
Richard-Roosen-Straße 11
34123 Kassel
✉ info@mbt-hessen.org
🌐 www.mbt-hessen.org
☎ 0561 - 861 67 66

MBT Regionalbüro Süd

📍 [Haus am Maiberg – Akademie für politische und soziale Bildung der Diözese Mainz]
Ernst-Ludwig-Straße 19

64646 Heppenheim/Bergstraße
✉ info@haus-am-maiberg.de
🌐 www.haus-am-maiberg.de/akademie/#arbeitsbereiche
☎ 062 52 - 9306-0

Mecklenburg-Vorpommern

Mobile Beratung MV

[RAA Mecklenburg-Vorpommern e.V.]
🌐 www.raa-mv.de/de/content/raa-regionalzentren-für-demokratische-kultur

Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Greifswald

📍 Steinstraße 10
17389 Anklam
✉ vorpommern@raa-mv.de
☎ 039 71 - 24 49 20

Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg

📍 Alexandrienenplatz 7
19288 Ludwigslust
✉ westmecklenburg@raa-mv.de
☎ 03874 - 57 02 20

Niedersachsen

Mobile Beratung Niedersachsen

<https://mbt-niedersachsen.de/>

Regionalbüro Nord/Ost

📍 [WABE e.V.]
Holzmarkt 15
27283 Verden
✉ rex@wabe-info.de
🌐 www.wabe-info.de
☎ 04231 - 67 62 22

Regionalbüro Nord/West

📍 IBIS – Interkulturelle Arbeitsstelle e.V. (GS)
Klättemannstraße 16
26122 Oldenburg
✉ rex@ibis-ev.de
🌐 <http://ibis-ev.de/>
☎ 0157 - 3288 3589

Regionalbüro Süd

📍 Zentrum demokratische Bildung (ZDB) (GS)
Heinrich-Nordhoff-Straße 73-77
38440 Wolfsburg
✉ rex@arug-zdb.de
🌐 www.arug-zdb.de
☎ 0152 - 0343 1429

Nordrhein-Westfalen

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW
www.mobile-beratung-nrw.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg

[Amt für Jugendarbeit der Ev. Kirche von Westfalen]
Iserlohner Straße 25
58239 Schwerte
netzwerk@afj-ekvw.de
www.mbr-arnsberg.de
023 04 – 755 190

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Detmold

[Arbeit und Leben Herford DGB/VHS e.V.]
Kreishausstraße 6a
32051 Herford
info@mobile-beratung-owl.de
www.mobile-beratung-owl.de
052 21 – 17457-25

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Düsseldorf

[Wuppertaler Initiative e.V.]
Bendahler Straße 29
42285 Wuppertal
info@mbr-duesseldorf.de
www.mbr-duesseldorf.de/
0202 – 56 32 809

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln

Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
ibs@stadt-koeln.de
www.mbr-koeln.de
0221 – 22 12 79 632

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Münster

[mobim – Geschichtsort Villa ten Hompel]
Kaiser-Wilhelm-Ring 28
48145 Münster
kontakt@mobim.info
www.mobim.info
0251 – 49 27 109

Rheinland-Pfalz

Mobile Beratung in Rheinland-Pfalz
https://demokratie-leben.rlp.de/de/beratungsangebot/bnw-rex

Beratungsknoten Westerwald/Altenkirchen

0172 – 18 56 261
beratungsknoten-ww@lsjv.rlp.de

Beratungsknoten Koblenz/Mittelrhein

0173 – 3 09 78 00
beratungsknoten-ko@lsjv.rlp.de

Beratungsknoten Trier/Eifel

0176 – 30 49 12 63
beratungsknoten-tr@lsjv.rlp.de

Beratungsknoten Mainz/Rheinhessen/Nahe

0163 – 4 14 52 36
beratungsknoten-mz@lsjv.rlp.de

Beratungsknoten Nordwestpfalz

0157 – 56 30 64 86
beratungsknoten-ku@lsjv.rlp.de

Beratungsknoten Südwestpfalz

0162 – 43 65 863
beratungsknoten-ps@lsjv.rlp.de

Beratungsknoten Vorder- und Südpfalz

0152 – 04 76 96 51
beratungsknoten-lu@lsjv.rlp.de

Beratungsknoten Cochem/Rhein-Hunsrück/Rhein-Lahn

0162 – 43 65 868
beratungsknoten-cohula@lsjv.rlp.de

Beratungsknoten Daun/Bernkastel-Wittlich/Birkenfeld

0172 – 39 08 923
beratungsknoten-dabebi@lsjv.rlp.de

Saarland

Landesweite lokale Fachberatungsstelle Adolf-Bender-Zentrum e.V. (GS)

Gymnasialstraße 5
66606 St. Wendel
info@adolf-bender.de
https://adolfbender.de/beratung/fachstelle-gegen-rechtsextremismus/
068 51 – 80 82 79-4

Sachsen

Mobile Beratung in Sachsen
[Kulturbüro Sachsen e.V.]
https://kulturbuero-sachsen.de/arbeitsbereiche/mobile-beratung

MBT Regionalbüro Mitte-Ost

Bautzener Straße 20
01099 Dresden
mbt.mitte-ost@kulturbuero-sachsen.de
0351 – 810 696 80

MBT Regionalbüro Nordwest

Hedwigstraße 20
04135 Leipzig
mbt.nordwest@kulturbuero-sachsen.de
0341 – 25 66 8000

MBT Regionalbüro Südwest

Henriettenstraße 5
09112 Chemnitz
mbt.suedwest@kulturbuero-sachsen.de
0371 – 27 81 565

Sachsen-Anhalt

Mobiles Beratungsteam in Anhalt

Projekt GegenPart
[Alternatives Jugendzentrum Dessau e.V.]
Schlachthofstraße 25
06844 Dessau-Roßlau
buero@projektgegenpart.org
www.projektgegenpart.org
0340 – 266 02 13

Regionales Beratungsteam Mitte

[Miteinander e.V.]
Erich-Weinert-Straße 30
39104 Magdeburg
rbt.gs@miteinander-ev.de
www.miteinander-ev.de
0391 – 620 77 45

Regionales Beratungsteam Nord

[Miteinander e.V.]
Chüdenstraße 4
29410 Salzwedel
rbt.rzn@miteinander-ev.de
www.miteinander-ev.de
039 01 – 305 99 62

Regionales Beratungsteam Süd

[Miteinander e.V.]
Platanenstraße 9
06114 Halle

rbt.rzs@miteinander-ev.de
www.miteinander-ev.de
0345 – 523 72 14

Regionales Beratungsteam Süd-West

[Freiwilligenagentur Halle-Saalekreis e.V.]
Leipziger Straße 37
06108 Halle
rbt.sw@freiwilligen-agentur.de
www.freiwilligen-agentur.de/the-men-und-projekte/engagement-fuer-vielfalt-und-demokratie/regionales-beratungsteam-suedwest
0345 – 69 49 21 80

Schleswig-Holstein

Regionale Beratungsteams gegen Rechtsextremismus

http://www.rbt-sh.de

Regionales Beratungsteam (RBT) Flensburg

[AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V.]
rbt.flensburg@beranet-sh.de
0461 – 48 06 51 60

RBT Itzehoe

[AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V.]
rbt.itzehoe@beranet-sh.de
048 21 – 77 96 012

RBT Kiel

[AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V. und Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V.]
rbt.kiel@beranet-sh.de
0431 – 26 06 873

RBT Lübeck

[AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V.]
rbt.luebeck@beranet-sh.de
0451 – 79 88 418

Thüringen

Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie, gegen Rechtsextremismus (MOBIT)

[MOBIT e.V.]
Schillerstraße 44
99096 Erfurt
mail@mobit.org
www.mobit.org
0361 – 21 92694

Impressum

Herausgeber:

Bundesverband Mobile Beratung e.V. (BMB)
Bautzner Straße 45
01099 Dresden
Tel.: 0351 – 500 54 16
kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de

Vi.S.d.P.:

Grit Hanneforth,
Sprecherin im Bundesverband Mobile Beratung e.V.

Redaktionsschluss: 30. März 2019

Korrektur: Sabine Büsgen
Auflage: 5.000

BUNDESVERBAND
MOBILE
BERATUNG 

Gefördert
durch die
 bpb
Bundeszentrale für
politische Bildung

